Dienstag, 18. Dezember 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 — Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 296 - 51. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Koalitionskrise: Der stellvertretende israelische Ministerpräsident und Außenminister Schamir hat einen Aufenthalt in Venezuela abgebrochen, um in Jerusalem eine Koalitionskrise überwinden zu helfen. Die kleine orthodoxe Partei „Schas" hat gedroht, die Koalition zu verlassen, wenn sie nicht den Posten des *Religionsministers* erhält. (S. 12)

Einreiseverbot: Die israelischen Behörden wollen die Abgeordnete der Grünen im Europaparlament, Brigitte Heinrich, nicht einreisen lassen. Sie sei wegen „Kooperation mit dem Terrorismus" verurteilt worden. (S. 5)

Privataudienz: Papst Johannes Paul II. hat im Vatikan den zweiten *Mann der libyschen Führung*, Jalloud, in Privataudienz empfangen. Zwischen dem Vatikan und Libyen gibt es keine offiziellen diplomatischen Beziehungen.

Flüchtlinge: Rund 100 Flüchtlinge aus Irak und Iran sowie Staatenlose, die mit einer Fähre aus Saßnitz („DDR") nach Schweden gekommen sind, haben die schwedischen Behörden um Asyl ersucht.

Äthiopien: Der sowjetische Staats- und Parteichef Tschernenko hat Äthiopien weitere Unterstützung zugesagt. In einem Gespräch mit Staatschef Mengistu *im Kreml forderte er eine* atomwaffenfreie Zone in Afrika.

Polen: Die Auseinandersetzungen um den Verbleib von Kreuzen in den Klassenräumen einer Schule in Wloszczowa sind zunächst beendet. Die rund 300 Schüler, die das Gebäude besetzt hielten, haben das Haus verlassen, ohne eine Übereinkunft mit den Behörden erzielt zu haben. (S. 6)

Blockade: Der Lastwagenverkehr zwischen Frankreich und der Schweiz ist gestern weitgehend zum Erliegen gekommen. Aus Protest gegen die Einführung von Schwerverkehrsabgaben in der Schweiz blockierten französische Lastwagen 20 Grenzübergänge. (S. 20)

Protest: Rund 3000 Umweltschützer haben eine Unterbre*chung der Rodungsarbeiten* für das österreichische Wasserkraftwerk Hainburg erzwungen. Die Arbeiten wurden vorübergehend eingestellt.

Streik: Ein Ende des Arbeitskampfes im britischen Kohlebergbau ist nicht in Sicht. Die Arbeitgeber rechnen damit, daß er auch über Weihnachten weitergeht. 120 000 Kumpel sind im Streik.

Medien: Der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) rechnet mit einer Einigung über den Rundfunk-Staatsvertrag noch in diesem Monat. Er geht davon aus, daß der Entwurf dann *auch die Zustimmung* seiner Partei finden wird. (S. 12)

ZITAT DES TAGES



„Wir brauchen keine neuen Pläne, wir brauchen neue Partner"

Der israelische Ministerpräsident Peres in einem Appell an Westeuropa, sich für direkte Gespräche zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn einzusetzen
FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Optimismus: Auch die sich abschwächende Konjunktur in den USA hat zu keinem Stimmungsumschwung in der deutschen Exportwirtschaft geführt; sie bleibt optimistisch. (S. 13)

Harmonisierung: Wirtschaftsminister Bangemann will Tokio die Bildung einer gemeisamen Arbeitsgruppe vorschlagen, die den Weg zur gegenseitigen Anerkennung von Standards vorbereiten soll. (S. 13)

Blockade? Nur beschränkt verhandlungsfähig war die EG zu Beginn der Außenminister-Gespräche über den Beitritt Spaniens und Portugals. (S. 13)

Börse: Die Aktienkurse gaben bei geringen Aufträgen überwiegend nach. WELT-Aktienindex 157,7 (158,3). Am Rentenmarkt konnten sich die Notierungen knapp behaupten. BHF-Rentenindex 102,843 (102,829). Performance-Index 112,307 (112,260). Dollar-Mittelkurs 3,0965 (3,1100) Mark. Goldpreis je Feinunze 315,00 (322,50) Dollar.

KULTUR

Oper: Einen zwiespältigen Eindruck hat die Inszenierung von Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen" in der Deutschen Oper Berlin hinterlassen. Die Aufführ*ung ist dekadent* – nur das ist diese Oper nicht. (S. 19)

Barde: In seiner Heimatstadt Hamburg feiert Boy Gobert als Mister Higgins in dem Musical „My Fair Lady" Triumphe, obwohl die Inszenierung für die Staatsoper „eine Nummer zu klein" geraten ist. (S. 19)

SPORT

Tennis: Wegen anstößigen Benehmens gegen den britischen Schiedsrichter George Grimes beim Daviscupspiel in Göteborg gegen Mats Wilander (Schweden) wurde der Amerikaner Jimmy Connors mit einer Geldstrafe in Höhe von 2000 Dollar belegt. (S. 9)

Olmypia: Nordkorea hat beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) offiziell den Antrag gestellt, der südkoreanischen Hauptstadt Seoul die Olympischen Spiele 1988 zu entziehen. Das IOC schließt eine Verlegung der Sommerspiele aus.

AUS ALLER WELT

Gästehaus: Der geplante Ausbau des Hotels Petersberg bei Bonn zum Gästehaus der Bundesregierung bringt Ärger. Der Besitzer des bisher genutzten Schlosses Gymnich könnte Regreßansprüche anmelden. (S. 20)

Festgenommen: Der ehemalige Geschäftsführer der zusammengebrochenen Privatbank Schröder, Münchmeyer und Hengst (SMH), Ferdinand Graf von Galen, sowie die Mitgesellschafter Hans Lampert und Wolfgang Stryg sind unter dem Verdacht betrügerischer Machenschaften in Frankfurt in Untersuchungshaft genommen worden. (S. 19)

Wetter: Regnerisch, Nebel, teilweise Schnee. Um zwei Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Japans Aufbruch in die Weltpolitik – Leitartikel von Heinz Barth S. 2

Ignaz Kiechle: Wenn der Minister an die „Front" muß – Von Peter Schmalz S. 3

Bremen: *Die deutsche Raumfahrt* hofft auf Geld aus Bonn – Landesbericht S. 4

Berlin: Betrugs-Vorwurf gegen Garski könnte alten Senat entlasten S. 5

Hongkong: „Ja, aber" zum Abkommen – Sorge über Stabilität nach 1997 S. 7

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 10

Fernsehen: Goethe erst mal berlinisch – Milo Barus, der stärkste Mann der Welt S. 11

Mietfinanz: Investitionen der deutschen Wirtschaft nehmen um fünf Prozent zu S. 13

Donauschwaben: Ungarn würdigt deutsche Minderheit mit einer Ausstellung in Wien S. 19

Bundesbahn: Neue Schnellbahntrasse: Köln–Frankfurt in Stundenfrist S. 20

Wirtschaft soll Abiturienten Alternative zum Studium bieten

Neue Vorschläge der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Bildungspolitiker im Bund und in den Ländern wollen die Weichen für das Ausbildungsverhalten der Jugendlichen umstellen. Die „Attraktivität der beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten„ soll so gestärkt werden, daß sie „dauerhaft eine Alternative zum Studium" werden, heißt es in einer Empfehlung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK). Die „besondere Attraktivität für Hochschulberechtigte" ergebe sich vor allem dann, „wenn interessanten und entwicklungsfähige Berufsaussichten eröffnet werden, die konkurrenzfähig mit denen sind, die ein Studium bietet".

Für die deutsche Wirtschaft könnte sich dadurch „ein Potential an Bewerbern mit einem höheren Grad an insbesonderer kognitiver Vorbildung erschließen". Denn infolge des technologischen Trends werden in der nahen Zukunft die Anforderungen in vielen Berufen gerade im kognitiven Bereich zunehmen. Die Betriebe könnten sich „ein weiteres Potential an Fach- und Führungskräften erschließen", wenn die berufliche Ausbildung zu einer wirklichen Alternative zum Studium wird.

Die Jugendlichen scheinen angesichts der verschlechterten Berufsaussichten für Akademiker bereit zu sein, ihre Ausbildungs-Prioritäten neu zu setzen. Nach vorliegenden Abiturienten-Umfragen ist heute bereits jeder fünfte ohne Studienabsicht, sieht allerdings wegen der mangelnden Karriere-Aussichten noch keine Alternative in der nicht-akademischen Ausbildung.

Obwohl der Beschluß der BLK einstimmig gefaßt und von den beiden Vorsitzenden Dorothee Wilms (Bundesbildungsministerin) und Rolf Krumsiek (nordrhein-westfälischer Wissenschaftsminister) unterschieben wurde, haben die Ministerpräsidenten das Papier nicht auf der Tagesordnung ihrer morgigen Konferenz, sondern werden sich nur mit der Lage auf dem Ausbildungsmarkt beschäftigen. Politische Querelen zwischen den Ländern, verfochten von leitenden Beamten und den Chefs der Staatskanzleien, haben das drängende Problem auf Anfang 1985 vertagt.

Dahinter steht zum einen das Gefühl Baden-Württembergs, mit den eigenen Berufsakademien gegenüber den anderen Ländern auf dem Sektor der Uni-Alternativen isoliert zu sein. Dies führt dazu, daß Stuttgart voraussichtlich im Bundesrat auch die Novelle des Hochschulrahmengesetzes versuchen wird, in Richtung auf die Berufsakademien „nachzubessern".

Vor allem aber rührt die Blockade des BLK-Beschlusses aus den Vorbehalten Bayerns, Baden-Württembergs und Niedersachsens gegen die Einrichtung BLK überhaupt: Als im vergangenen Jahr die Entscheidung der Ministerpräsidenten fiel, dieses Bund-Länder-Gremium erst einmal weiterzuführen, wurde dies mit dem – unveröffentlichten – Protokoll-Zusatz dieser drei Länder ergänzt, daß man nur aus Rücksicht auf das Bild der Einheit zugestimmt habe, aber eigentlich nach wie vor für die Abschaffung der BLK sei. Beschlüsse dieses *Gremiums stoßen also sofort* auf grundsätzliche Vorbehalte in diesen Ländern – selbst wenn die eigenen Kultus- bzw. Wissenschaftsminister diese mitunterschrieben haben.

Genscher spricht mit Flüchtlingen

Bundesaußenminister heute in Prag / WELT-Korrespondent wurde Visum verweigert

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird heute zu einem besonders umstrittenen zweieinhalbtägigen Besuch nach Prag fliegen. Er wird dort auch mit den „DDR"-Bewohnern zusammentreffen, die in der Botschaft der Bundesrepublik Zuflucht gesucht haben und von denen sich rund 40 im Hungerstreik befinden. Das Gespräch mit den „DDR"-Flüchtlingen wird voraussichtlich erst nach Abschluß des vereinbarten Programms und ohne Teilnahme von Journalisten stattfinden.

Offiziell lehnte das Auswärtige Amt gestern allerdings – offenbar mit Rücksicht auf die CSSR-Behörden – jede Stellungnahme zu diesem Punkt ab. Operativ sind ohnehin nicht Genscher und sein Amt, sondern das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen für eine Regelung des Flüchtlingsproblems zuständig. Staatssekretär Ludwig Rehlinger vom Inner*deutschen Ministerium, der in dieser* Angelegenheit mehrfach in Prag und Ost-Berlin war, hatte Ende letzter Woche mitgeteilt, daß die „DDR" nicht bereit sei, über die Zusage und Einhaltung der Straffreiheit hinaus weitere Konzessionen zu machen.

Nach Angaben aus diplomatischen Kreisen agiert die CSSR-Regierung in der Frage der Botschafts-Flüchtlinge sehr zurückhaltend und hält das Ganze für eine zwischen der Bundesregierung und der „DDR"-Regierung zu erörternde Sache. Dem Bundesaußenminister, der selbst aus der Gegend von Halle in der „DDR" stammt, wird es vermutlich vor allem darauf ankommen, sich persönlich über die Stimmungslage in der Botschaft zu informieren.

Das offizielle Programm Genschers sieht Begegnungen mit Außenminister Chnoupek, Staats- und Parteichef Husak und Ministerpräsident Strougal sowie eine Kranzniederlegung am Grabmal des Unbekannten Soldaten vor.

Außerhalb des Programms wird der Bundesaußenminister, ebenso wie bei seinem letzten Besuch 1983, *mit Kardinal Tomasek zusammen*treffen und einen Kranz am Grab eines deutschen Soldaten niederlegen. Auch über die letzten beiden Punkte hat es nach Bonner Informationen keine Schwierigkeiten mit den CSSR-Behörden gegeben. Der Widerstand Warschaus gegen den Besuch an einem deutschen Soldatengrab hatte zu den Gründen für die Absage von Genschers Polen-Reise gehört.

Dem WELT-Korrespondenten Carl Gustaf Ströhm hat die CSSR ein Einreisevisum zur Berichterstattung über die Genscher-Reise verweigert. Auch andere Journalisten werden vom Bundesaußenminister nicht im *Flugzeug mitgenommen, sondern* müssen separat nach Prag fliegen.

Es ist das erste Mal, daß Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher heute in einer Sondermaschine der Luftwaffe ohne Journalisten in ein Ostblockland fliegt. Der Grund liegt offensichtlich darin, daß er befürchtete, bei der Mitnahme von Korrespondenten nach Prag wieder, wie im Fall der Polen-Reise, zu einer Absage gezwungen zu sein. Offiziell allerdings *wurden technische Ursachen* und inoffiziell gesamtpolitische Erwägungen als Begründung dafür genannt,

● Fortsetzung Seite 12

„Probleme mit DDR offen ansprechen"

Union will mit eigenen Initiativen Menschenrechtsfrage betonen / Konflikt mit FDP?

fac. Bonn

In der CDU/CSU-Bundestagsfrak*tion wächst die Neigung, 1985 durch* eigene Initiativen im Parlament die Problematik der Menschenrechte in der „DDR" akzentuierter anzusprechen, als dies durch gemeinsame parlamentarische Anfragen mit dem Koalitionspartner FDP möglich wäre. Offensichtlich nimmt man dabei einen möglichen Konflikt mit den Freien Demokraten durchaus in Kauf.

Indiz für solche Absichten ist unter anderem ein Interview des CDU-Bundestagsabgeordneten Gerhard Reddemann, der auch Vorsitzender des Innerdeutschen Ausschusses ist, gestern im Deutschlandfunk. Reddemann reagierte damit auf Erklärungen seines Fraktionskollegen Eduard Lindner, der sich für eigene Initiativen im Parlament ausgesprochen hatte, bemühte sich aber, den Eindruck von „Alleingängen" zu vermeiden. Er verwies darauf, daß man seit längerer Zeit mit Kollegen der FDP versucht habe, eine gemeinsame Große Anfrage vorzubereiten „und daß dies derzeit nicht besonders glücklich gelaufen ist".

Reddemann: „Wir haben 13 Jahre lang nicht miteinander, sondern in der Deutschlandpolitik teilweise gegeneinander gestanden, und wenn auch die Zielvorstellungen gleich sind, ist es doch die Frage, wie man in der Methode mit der DDR-Regierung umgeht, damit man zumindest das eine Ziel besser erreicht: Menschliche Erleichterungen zu schaffen." Hier gebe es „gelegentlich unterschiedliche Auffassungen". Der CDU-Politiker bemerkte unter Anspielung auf FDP-Mahnungen zur Zurückhaltung weiter: „Hier geht es auch nicht um eine härtere Gangart, sondern hier geht es einfach um die Frage, ob man Ereignisse, die in der DDR derzeit von der Regierung forciert werden, einfach links liegenläßt und sagt, wegen der allgemeinen Bemühungen, ein besseres Verhältnis zur DDR-Regierung zu schaffe:., wollen wir über solche unangenehmen Dinge nicht reden, oder aber, ob man nicht zum Beispiel die verstärkte Militarisierung und die Haßerziehung, die derzeit sehr stark drüben propagiert wird, ob man die nicht einfach hier in der Bundesrepublik dadurch bewußt machen muß, daß man dies auch im Parlament behandelt."

Reddemann fügte hinzu, die Bundesrepublik Deutschland setze sich in eine schlechte psychologische Si*tuation, wenn „wir die Attacken* der anderen Seite einfach hinnehmen, ohne darauf zu verweisen, was tatsächlich an Negativem sich leider weiter in der DDR entwickelt". Er habe volles Vertrauen zu Bundesminister Schäuble und wolle diesem auch nicht öffentlich Ratschläge geben. „Aber ich muß immer wieder darauf hinweisen: Das, was der Kollege Schäuble als Mitglied der Bundesregierung bei seinen Verhandlungen tut, ist Sache der Bundesregierung", hob der Unionspolitiker hervor. „Ich habe nicht den Eindruck, daß die Bundesregierung die Absicht hat, irgend jemandem im Parlament deswegen den Mund zu verbieten."

Prognose: Konjunktur gewinnt an Fahrt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Für die nächsten sechs Monate erscheint der Commerzbank an der deutschen Börse ein Kurspotential von zehn Prozent als kaum zu hoch. Favoriten seien aus heutiger Sicht Finanzwerte, Aktien des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und der Großchemie. Ihre Zuversicht gründet die Commerzbank in ihrer Broschüre „Rund um die Börse 1984" auf das freundliche Konjunkturbild, auf die relativ niedrige Gewinnbewertung deutscher Aktien sowie auf den sinkenden Zinstrend.

Nach Ansicht der Bank bleibt die deutsche Wirtschaft auf dem eingeschlagenen Wachstumspfad, wobei sich das Tempo des Konjunkturzuges 1985 sogar noch leicht beschleunigen könnte. Ausrüstungsinvestitionen und Export böten die besten Voraussetzungen für sich selbst verstärkende Konjunktureffekte. Bei einem außerdem weiter wachsenden Konsum hält die Commerzbank trotz der Dämpfung in der Bauwirtschaft ein reales Wirtschaftswachstum von 2,8 bis drei Prozent für erreichbar. Als tragende Säule des konjunkturellen Aufschwungs sieht die Bank vor allem die verbesserten Unternehmenserträge an, für die letztlich der Staat mit seiner Konsolidierungspolitik den Spielraum geschaffen habe. Auch 1985 bleibe die staatliche Finanzpolitik als Rahmendatum eine entscheidende Stütze.

Daraus leitet die Commerzbank auch Zuversicht für die weitere Zinsentwicklung ab. Die Verringerung der Neuverschuldung lasse eine spannungsfreie Zinsentwicklung an den Finanzmärkten erwarten. Zudem übe die nur leichte Budgetausweitung einen anhaltenden Bremsdruck auf die Preisentwicklung aus. Deshalb, so schreibt die Commerzbank, sei bei den Zinsen am langen Ende des Kapitalmarkts zumindest vorübergehend eine sechs vor dem Komma möglich.

Bei nochmals erhöhter Kapazitätsauslastung könnten die Industriegewinne durchschnittlich noch einmal um etwa ein Zehntel steigen, so daß – angesichts stabiler und sinkender Zinsen für Geldkapital – Investitionen in Sachkapital reizvoller werden. Obwohl der Schwerpunkt bei Modernisierungen liegen werde, scheine sich inzwischen auch das Interesse an Erweiterungsinvestitionen allmählich zu beleben, zumindest in Branchen, die fast eine Vollauslastung ihrer Kapazitäten erreicht haben.

Die Bank sieht Risiken des recht vorteilhaften Konjunkturbildes in einer möglichen – aber wenig wahrscheinlichen – scharfen Dollarschwäche. Sollte sie eintreten, könnte sie für den Rentenmarkt, aber auch für die Aktienbörse eine weitere Stütze sein, weil dann D-Mark-Anlagen vom Ausland her gesucht würden.

DER KOMMENTAR

Der Trick

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Die Botschaft der CSSR in Wien hat der Redaktion auf Anfrage mitgeteilt, daß der Osteuropa-Korrespondent der WELT kein Visum zur Berichterstattung über den Besuch des Bundesaußenministers Genscher in Prag erhalten werde. Das Faktum ist also da: Ein kritischer Journalist wird von der Berichterstattung ausgeschlossen, gleichwohl fährt der Bundesaußenminister nach Prag.

Inoffiziell wird in Bonn ein überragendes gesamtpolitisches Interesse an dieser Reise geltend gemacht. Offiziell fehlt der Mut zu einer solchen Aussage, was auf den wirklichen Gehalt des vorgeblichen gesamtpolitischen Interesses schließen läßt. Genscher verschanzt sich hinter der völlig unglaubwürdigen Ausrede, es sei auf technische Gründe zurückzuführen, daß keine Journalisten mitge*nommen würden. Die techni*schen Gründe hat er selbst geschaffen, indem er in einem kleinen Jet nach Prag fliegt und seine Delegation so aufbläht, daß sie jeden der dreißig Flugplätze besetzt.

Geben wir also der Wahrheit die Ehre: Der Bundesaußenminister will sich von der Hartnäckigkeit einer Zeitung oder eines Journalisten seine Prag-Tour nicht vermasseln lassen. Im November war Genscher standhaft genug gewesen, seine Reise nach Polen abzusagen, unter anderem auch deswegen, weil Warschau den Osteuropa-Korrespondenten der WELT nicht in seiner Delegation dulden wollte. Um im Fall Prag eine Wiederholung zu *vermeiden, richtete Genscher* es so ein, daß es ihm angeblich unmöglich ist, Journalisten in seine Delegation aufzunehmen. Er gibt sich mit der Zusicherung Prags zufrieden, daß diejenigen Journalisten, die 1983 den Bundesaußenminister in die CSSR begleitet hatten, auf privaten Antrag auch diesmal das Visum erhalten würden. Daß diese Formel den WELT-Korrespondenten von der Berichterstattung ausschließt, duldet er.

Obschon dem Bundespresseamt für die bedauernde Erklärung zu danken ist, bleibt der Tatbestand wie folgt:

1. Zwar sind die Prozeduren anders, in der Sache jedoch nimmt der Bundesaußenminister im Fall Prag hin, was er im Fall Warschau nicht akzeptiert hatte.

2. Es ist zu befürchten, daß der Bundesaußenminister mit seinem trickhaften Verfahren einen Präzedenzfall für den Ausschluß kritischer Journalisten durch Staaten des sowjetischen Machtbereichs geschaffen hat.

USA sehen Hindernisse für Besuch Reagans

BERNT CONRAD, Bonn

Auf amerikanischer Seite bestehen Befürchtungen, daß sich bei einem Staatsbesuch von Präsident Ronald Reagan in der Bundesrepublik gewalttätige Demonstrationen, wie sie sich am 25. 6. 1983 beim Besuch von Vizepräsident George Bush in Krefeld ereigneten, wiederholen könnten. Diese Besorgnis – und nicht etwa Rücksichtnahme auf den 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1985 – gehört nach zuverlässigen Informationen zu den Hindernissen, die einem Staatsbesuch Reagans im Zusammenhang mit dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai noch entgegenstehen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hofft dennoch, daß der Präsident an den Wirtschaftsgipfel noch einen offiziellen Besuch anhängen wird. Er hat dies auch gegenüber US-Außenminister George Shultz am letzten Samstag in Ludwigshafen zum Ausdruck gebracht. Eine Entscheidung Reagans liegt aber noch nicht vor.

Regierungssprecher Peter Boenisch versicherte gestern vor der Bundespressekonferenz, es gebe bisher keine Pläne für gemeinsame Feiern mit den westlichen Alliierten zum 40. Jahrestag des Kriegsendes. Er schloß allerdings mögliche gemeinsame Projekte nicht grundsätzlich aus.

Wie berichtet, würde der Kanzler gern zusammen mit Reagan auf einem Soldatenfriedhof der Opfer des Zweiten Weltkrieges gedenken, falls sich der Präsident zu einem Anschlußbesuch entschließt (siehe die WELT vom 17. 12. 1984).

Gebührennachlaß für 600 000 Postkunden

pje. Bonn

Die Bundespost senkt ihre Gebühren und entlastet die Fernsprechteilnehmer um jährlich rund 182,5 Millionen Mark. Der Post-Verwaltungsrat stimmte gestern der von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling vorgelegten Änderung der Fernmeldeordnung zu, die neben der Gebührensenkung auch die Einführung des schnurlosen Telefons „Sinus" vorsieht.

Nach der neuen Gebührenordnung erhalten Telefonkunden in strukturschwachen Ortsnetzen (weniger als 30 000 Hauptanschlüsse) vom 1. Juli 1985 an zusätzlich 50 freie Gebühreneinheiten im Monat. Die Regelung bedeutet für gut 600 000 Postkunden einen Gebührennachlaß von 11,50 Mark monatlich. Darüber hinaus erhalten Ortsnetze im Zonenrandgebiet innerhalb der nächsten drei Jahre einen um fünf Kilometer erweiterten Nahbereich mit Billiggebühren. Da auch hier nicht selten Gebührennachlaß für strukturschwache Gebiete erfolgt, ergibt sich eine hohe Zahl von „Doppelbegünstigungen". Schließlich steht von sofort an für eine zusätzliche Monatsgebühr von 38 Mark allen Kunden das Telefon „Sinus" zur Verfügung, das schnurloses Telefonieren bis zu einer Entfernung von 200 Metern erlaubt. Für Tastenwahlapparate wird die Gebühr zum Juli auf einheitlich 2,50 Mark gesenkt.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete *Otto Graf Lambsdorff* forderte die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, daß mit den neuen schnurlosen Telefonen kein Monopol der Bundespost geschaffen wird.

Erzbischof von San Salvador lobt Schritte der Guerrilla

Rivera y Damas besorgt über „Todesschwadronen"

DW. San Salvador/Mexiko-Stadt

Der Erzbischof von San Salvador, Arturo Rivera y Damas, hat die Freilassung von 43 gefangenen Soldaten und die Gewährung eines Waffenstillstands über die Weihnachts- und *Neujahrsfeiertage durch die Guerrilla* als Schritte in Richtung auf eine „Humanisierung des Krieges" gelobt. Die Soldaten, die er in der vergangenen Woche persönlich in Empfang genommen hatte, hätten übereinstimmend berichtet, sie seien von der Guerrilla „menschlich" behandelt worden. Eine solche Haltung müsse auch in den staatlichen Gefängnissen Eingang finden, betonte der Erzbischof.

Besorgt zeigte sich Rivera y Damas über die jüngsten Aktivitäten der „unheilvollen Todesschwadronen". In der vergangenen Woche waren in San Salvador die Leichen von drei Jugendlichen auf einer Müllhalde gefunden worden. Am Wochenende wurde die Gründung einer neuen rechtsextremen Organisation bekannt, des „Sonderkommandos Brigade Domingo Monterrosa Barrios". Sie will eigenen Aussagen nach die Regierung von „kommunistischen Elementen" säubern. Der Erzbischof beklagte abschließend eine von der Armee veröffentlichte Bilanz, nach der in der vergangenen Woche bei Gefechten zwei Soldaten und „70 *Guerilleros" getötet* wurden. Bei von den Streitkräften als „Guerrilleros" aufgeführten Opfern handelt es sich nach Angaben der Kirche meist um Zivilisten.

Der Vorsitzende der mit der Guerrilla verbündeten „Demokratischen Revolutionären Front" (FDR), der Sozialdemokrat Guillermo Ungo, hat am Sonntag die jüngste Stellungnahme des Papstes zur Lage in Mittelamerika gelobt. Die Verurteilung der Gewalt durch Johannes Paul II. sei eine „positive Maßnahme, *die zur* Erlangung des Friedens in der Region führen" könnte, meinte Ungo. Er warf dem Papst vor, seine Aufmerksamkeit bisher mehr auf Polen gerichtet zu haben, ein Land, in dem es „keine massiven Morde und Menschenrechtsverletzungen" gebe wie in El Salvador, wo seit 1980 rund 50 000 Menschen von Armee und Todesschwadronen ermordet wurden.


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Warten auf Godotskij

Von Carl Gustaf Ströhm

Der Westen wartet seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf Godot – auf einen neuen, „reformfreudigen", kooperativen sowjetischen Politiker, der das erstarrte System des Marxismus-Leninismus durchbricht und die Sowjetunion aus der ideologischen Konfrontation mit dem Westen herausführt. Zur Zeit gibt es einen neuen Hoffnungskandidaten: den „Benjamin" des sowjetischen Politbüros, Michail Gorbatschow.

Gerade konnte man ihn in London bewundern: Mit korrekter, unauffälliger Eleganz gekleidet, freundlich lächelnd, mit einem Hut auf dem Kopf, der eher nach italienischen als den Produktionsbedingungen des real existierenden Sozialismus aussieht. Ist er also endlich da, der sowjetische Godot – der Mann, der so anders wirkt als die bärbeißigen Gromykos, Ustinows und Tschernenkos aus der alten Generation?

Manchmal scheint es, als sei im konfliktmüden Westen der Wunsch nach Ruhe der Vater des Gedankens. Gorbatschow mag gebildeter, elastischer und „weltoffener" als die Kreml-Führer der alten Generation sein, wenn auch einer seiner letzten außenpolitischen Auftritte in Sofia dazu führte, daß der bulgarische Partei- und Staatschef Schiwkow eine bereits fest geplante Reise nach Bonn absagen mußte.

Aber so wie jetzt auf Gorbatschow – und morgen vielleicht schon auf den nächsten – hoffte der Westen 1953 nach Stalins Tod auf Malenkow, und, als aus diesem nichts wurde, auf Chruschtschow. Nach dessen Sturz 1964 hoffte man auf den „Wirtschaftsfachmann" Kossygin oder – wer erinnert sich noch an ihn? – auf einen gewissen Dmitri Poljanskij. Zum Schluß klammerte man sich gar an den alten Breschnew; und dann entdeckte man in der Gestalt Andropows einen „Liberalen", der in seiner Freizeit amerikanische Jazz-Musik höre und schottischen Whisky lieber als Wodka trinke.

Alle diese Gedankenspielereien haben nichts außer Verwirrung und Illusionen gestiftet. Statt sich aber zu fragen, ob man nicht mehr auf die Strukturen der Sowjetunion als auf Einzelpersonen achten sollte, stürzt man sich bereits in das nächste Abenteuer: Diesmal mit einem neuen „Liberalen" namens Gorbatschow.

Über die Überstunden

Von Peter Gillies

Selten ist Gegnerschaft so tief, daß sie nicht doch Verständigungen wenigstens minimaler Art zuließe. Wie in der Diplomatie gilt auch für die Sozialpartner, daß es kein Kunststück darstellt, sich über das große Grundlegende zu streiten, wohl aber Geschick dazu gehört, kleinste Signale auszutauschen. Die gemeinsame Erklärung von Ernst Breit, dem DGB-Vorsitzenden, und Arbeitgeberpräsident Otto Esser ist ein solches Signal. Ohne falsches Harmoniepathos: Die Fronten sind nach dem Sommerstreik nicht mehr so starr; auch Norbert Blüm hat daran mitgewirkt.

In dem Appell geht es um mehr Neueinstellungen durch weniger Überstunden. Dieser Weg „legt es nahe, zukünftig die Abgeltung durch bezahlte Freizeit stärker in Betracht zu ziehen," heißt es vorsichtig. Die Betriebe werden aufgefordert, nach der „größtmöglichen beschäftigungspolitischen Wirksamkeit" zu verfahren. Warum tun sie das eigentlich nicht schon heute, fragt man sich.

Überstunden werden heute gefahren, weil Produktions- und Auftragsverlauf sie erfordern. Kunden, Lieferanten und technische Prozesse sind manchmal recht sprunghafte Gesellen, die weder auf Sonntag, Nacht, Jahreszeiten noch auf Tarifvertrag Rücksicht nehmen. Die Mitarbeiter springen durch Überstunden ein. Aber in der Praxis hat sich in manchen Betrieben ein dauerhafter Sockel von Überstunden ergeben, an dessen Abbau niemand Interesse hat: die Mitarbeiter nicht, weil sie den Mehrverdienst schätzen und ihn oft fest eingeplant haben, der Betrieb nicht, weil ihm Neueinstellungen zu riskant sind.

Da ein Verbot von Überstunden einem gesetzlich verordneten Wachstumsverzicht, der die Arbeitslosigkeit steigern würde, gleichkäme, bleibt nur der Appell an den guten Willen. Das wird insofern schwierig, weil die Betriebsräte die Interessen der Beschäftigten und kaum die der Arbeitslosen vertreten (wie auch die Gewerkschaften die der Arbeitsbesitzer). Aber sicher gibt es einen Handlungsspielraum dort, wo Unternehmensführung und Betriebsrat gemeinsam Überstunden in Einstellungen umzuwandeln vermögen. Wenn es beide wollen, seien sie herzlich dazu aufgefordert, meinen Esser und Breit.

Buscettas Lawine

Von Friedrich Meichsner

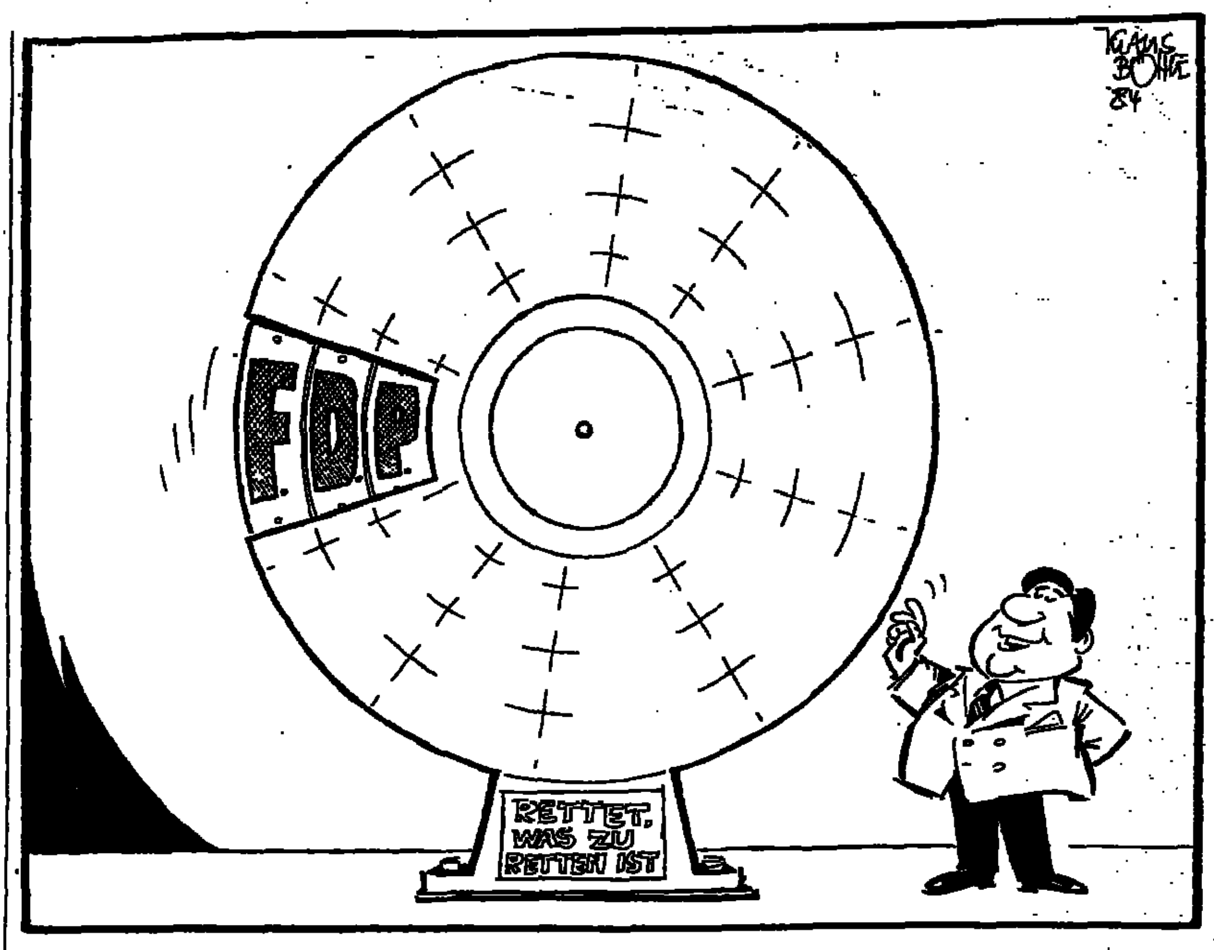
Als sich vor drei Jahren einige der dingfest gemachten Entführer des US-Generals Dozier in der Hoffnung auf Strafmilderung zum Reden entschlossen, öffneten sie eine Bresche in der terroristischen Verschwörung des Schweigens. Dadurch konnte der linken Terrororganisation innerhalb weniger Monate das Rückgrat gebrochen werden.

Als im Sommer dieses Jahres der „Pate" Tommaso Buscetta vor dem Ermittlungsrichter auszupacken begann, warnte zunächst sogar der römische Innenminister davor, dies für den entscheidenden Durchbruch im Kampf gegen die in Sizilien tief verwurzelte und international weit verbreitete Verbrecherbande zu halten. Die Mafia, so warnten viele, sei eine ernstere Bedrohung als die Roten Brigaden. Ihre Mentalität habe nicht nur auf Sizilien ganze Bevölkerungsschichten durchdrungen, und ihr Arm reiche bis in die obersten Schaltzentralen der Macht.

Inzwischen sind fast drei Dutzend inhaftierte Mafiosi dem Beispiel Tommaso Buscettas gefolgt. Durch ihre Aussagen wurden nicht nur mehr als hundert Morde aufgeklärt und serienweise Haftbefehle gegen niedere Mafia-Chargen ausgestellt. Zum ersten Mal erfaßte die Aktion der Justiz auch Personen, die über jeden Verdacht erhaben schienen: zwei hohe sizilianische Richter, einen Carabinieri-Oberst, andere Angehörige dieser Elitetruppe und der Polizei sowie einen renommierten Strafverteidiger.

Wer will, mag einen doppelten Skandal sehen: einmal, daß der Staat offenbar nur durch Mobilisierung niederer Instinkte, wie sie der Hoffnung auf Belohnung für Verrat zweifellos innewohnen, einer kriminellen Organisation Herr zu werden vermag. Und skandalös ist auf der anderen Seite auch die offenkundig werdende Verfilzung hoher Staatsdiener und Angehöriger der gesellschaftlichen Elite mit der Bandenkriminalität.

Aber schon im alten Rom wußte man um die reinigende Wirkung des Skandals. „Oportet ut scandala eveniant" zitiert deshalb Catanias Generalstaatsanwalt Filippo Di Cataldo – gut, daß die Skandale durchschaubar werden.



Aktion Sorgenkind KLAUS BÖHLE

Japans neuer Aufbruch

Von Heinz Barth

Zwei Jahre, nachdem Yasuhiro Nakasone japanischer Regierungschef wurde, hat sich sein Konzept einer Aufwertung der internationalen Rolle seines Landes auf der ganzen Linie durchgesetzt. Mit dem Besuch, den der Premierminister demnächst Washington abstattet, beginnt eine neue und voraussichtlich umwälzende Phase dieser Entwicklung, die durch die Entschlossenheit, sich stärker in die Weltpolitik einzuschalten, gekennzeichnet ist.

Mehr noch als im Fall der Bundesrepublik hat der Schock, den die durch den nuklearen Paukenschlag besiegelte Niederlage von 1945 hinterließ, das japanische Verhältnis zwischen außen- und wirtschaftspolitischer Kreativität aus dem Gleichgewicht gebracht. „Die Diplomatie Japans", befand Außenminister Shintaro Abe in einem vor kurzem gegebenen Interview, „muß schöpferischer werden. Dem Status Japans entsprechend ist unsere internationale Verantwortung wesentlich größer geworden." Das sind völlig neue Töne von der Führung eines Landes, das sich viele Jahre nicht durch Drang zu machtpolitischer Dynamik hervortat.

Man darf daraus schließen, daß Ronald Reagan demnächst in dem japanischen Ministerpräsidenten einen Gesprächspartner finden wird, der dem amerikanischen Bedürfnis nach geostrategischer Entlastung mehr Verständis entgegenbringt als die meisten Europäer. Offiziell hält Tokio aus innenpolitischen Rücksichten zwar noch immer am selbst auferlegten Plafond der Militärausgaben von nur einem Prozent des Bruttosozialproduktes fest. Aber die japanische Regierung hat mittlerweile ihre Bereitschaft erkennen lassen, innerhalb dieses Grenzwertes die „Qualität" ihres Sicherheitsbeitrages anzuheben.

Das Hauptgewicht dürfte allerdings auch in Zukunft auf einer kooperationswilligeren Einpassung der Außenpolitik in das westliche Gesamtkonzept liegen. Nakasones Begegnung mit Reagan dient vor allem der Vorbereitung des im Mai fälligen Bonner Gipfels. Als eines ihrer Ergebnisse ist ein weiter ausgreifender Beitrag Japans zur Überwindung des Nord-Süd-Gefälles zu erwarten. Im wesentlichen beschränkte sich die Rolle Tokios bisher auf die Förderung der asiatischen Entwicklungsländer. Sie soll, wie Außenminister Abe versprach, fortan auch auf den Kampf gegen Hunger und Armut in den notleidenden Regionen Afrikas ausgedehnt werden.

Japan ist außerdem die einzige der großen Industrie-Nationen, die gleich gute Beziehungen zu Iran und Irak unterhält; es hat infolge seiner überdurchschnittlichen Abhängigkeit von den Energiereserven des Mittleren Ostens ein dringlicheres Interesse als die Supermächte an einem baldigen Abschluß des Golfkrieges. Es beabsichtigt nicht, sich als Vermittler zu exponieren, weiß sich aber in einer bevorzugten Position, um zu einer Entschärfung der Atmosphäre beizutragen. Das gilt nach dem Tod Indira Gandhis auch für die Verbesserung des politischen Klimas in ganz Asien, das bisher durch den missionarischen Reformismus der Nehru-Tochter belastet war.

Den mit Abstand größten Gewinn an diplomatischem Bewegungsraum bedeutet für Japan aber die ideologische Umorientierung der chinesischen Volksrepublik unter der realistischen Führung Deng Xiaopings. Keines der tragenden Ereignisse von 1984, weder Reagans Wahlsieg, noch der Kollaps der Ölpreise, noch die Wiederanknüpfung des Großmächte-Dialogs, wird im historischen Rückblick später der Bedeutung vergleichbar sein, die Chinas Abkehr vom Rauschebart-Marxismus hat. Gewiß hat die Pekinger „Volkszeitung" ihre Kritik an der marxistischen und leninistischen Lehre inzwischen wieder relativiert – aber nur ein wenig. Beim Grundgedanken, Marx als nicht mehr verbindlich darzustellen, blieb es. Der Sieg des Dengismus über den Maoismus aber, und damit die anlaufende Umquartierung von einer Milliarde Chinesen ins Lager des aufgeklärten Kapitalismus, verändert das Weltbild mit jedem Tag.



Stärker in die Weltpolitik einschalten: Nakasone FOTO: AP

Das ist die neue Klaviatur Asiens, in deren Tasten Japan jetzt ohne die früheren Hemmungen greifen kann. Das Verhältnis zur Sowjetunion ist das bei weitem schwierigste Kapitel der japanischen Außenpolitik. Daran dürfte sich nichts ändern, solange Moskau einen Friedensvertrag verweigert, der die Rückgabe der 1945 besetzten Kurilen einschließt. Hier kennt Japan kein Nachgeben und keine Äußerung, wie man dergleichen in Deutschland hört: daß die Frage „nicht mehr offen" sei. In dem Maß, in dem Japan zum bestimmenden Faktor einer neuen fernöstlichen Friedensordnung wird, könnte die starre Haltung der Sowjets in dieser Frage sich für sie als Fehlkalkulation erweisen, denn nach Jahrzehnten fast unüberbrückbar scheinender Gegensätze haben sich die japanischen Beziehungen zu Rotchina inzwischen entscheidend verbessert.

Dengs Pragmatismus weist Japan eine bedeutsame Rolle beim Einzug Chinas ins technologische Zeitalter zu. Diese Rolle beschränkt sich heute nicht mehr ausschließlich auf die Wirtschafts-Kooperation. Unter Nakasone ist die japanische Diplomatie aktiv geworden, um Fäden zwischen Peking und Südkorea zu knüpfen, die bisher keine offiziellen Beziehungen haben. Für Tokio ist die davon zu erwartende Stabilisierung der Verhältnisse auf der koreanischen Halbinsel von fundamentaler Bedeutung. Das Risiko, das sich für Japans Sicherheit aus der Teilung Koreas ergibt, ist nicht mehr so bedrückend wie noch vor wenigen Jahren. Mehr als die auch weiterhin begrenzte Militärrüstung der fernöstlichen Industriemacht ist die diplomatische Aufrüstung Japans dabei, dem Gesicht der Weltpolitik einen neuen Zug zu verleihen.

IM GESPRÄCH Manuel Esquivel

Weltmann für Belize

Von Günter Friedländer

Ministaaten bringen verhältnismäßig mehr Männer von Welt hervor als große Länder: da sie nur recht begrenzte Erziehungsmöglichkeiten bieten können, müssen strebsame Geister die Ferne suchen, um ihre intellektuelle Unruhe zu stillen. Zu diesen Menschen gehört der an der nordamerikanischen Loyola-Universität in New Orleans und an der englischen Bristol-Universität ausgebildete, charismatische Manuel Esquivel (44), der bis vor neun Monaten am von den Jesuiten geleiteten St. John's Junior College in Belize City Physik lehrte. Bei den am letzten Wochenende in Belize abgehaltenen Wahlen fügte er dem bisher regierenden George Price und seiner Volkspartei eine vernichtende Niederlage zu. Er blamierte auch alle ausländischen Diplomaten, die diesen Wahlausgang nicht vorausgesehen hatten.

Dabei hätte es für die Berufspolitiker, deren Hauptaufgabe die Beurteilung der politischen Lage an diesem neuralgischen Punkt Mittelamerikas ist, nicht schwer sein sollen, die Stimmung in einem Land zu erfassen, das zwar etwas größer als Hessen ist, aber nur 154 000 Einwohner zählt und dessen größte Stadt Belize City knapp 40 000 Einwohner hat. Überdies geht die Machtübernahme durch die Vereinigte Demokratische Partei, deren Mitbegründer Esquivel ist, weit über einen einfachen Wahlsieg hinaus.

Der mit einer englischen Mathematiklehrerin, die er auf der Universität kennenlernte, verheiratete Esquivel vertritt in der ehemaligen britischen Kronkolonie das lateinische Bevölkerungselement, das durch die Flüchtlinge der mittelamerikanischen Bürgerkriege ständig wächst und bereits vierzig Prozent der Bevölkerung erreicht hat. Esquivel siegte nicht nur, weil die Belizeaner nach 34 Jahren von Price genug hatten und etwas Neues ausprobieren wollten. Das Neue ist größere Freiheit der Wirtschaft, um ausländische Anleger anzuziehen, die das Land dringend braucht. Belizes Hauptprodukt ist bisher Zucker, dessen katastrophal niedrige Weltmarktpreise dem Land großen Schaden zufügen.



Vertritt Belizes Latinos: Esquivel (mit Ehefrau) FOTO: AP

Esquivel sieht die Rettung beim großen Bruder, den USA, für die der wirtschaftliche Beistand im kleinen Belize eine Bagatelle ist. Aber der Physiklehrer denkt dabei auch an das internationale Kräftespiel. Nur die USA können auf die Dauer Guatemala davon abhalten, Belize, auf dessen Gebiet es seit hundert Jahren Anspruch erhebt, mit Gewalt zu besetzen. Die neue Konstellation würde den Engländern die Aufgabe erleichtern, mit ihrer Truppe von 1800 Soldaten die Unantastbarkeit des Landes zu verteidigen; sie würde auch in voraussehbarer Zukunft einen britischen Abzug ermöglichen. Diese Entwicklung würde Belize schließlich zu einem mehr als nur geographisch mittelamerikanischen Land machen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Kölnische Rundschau

Sie meint zu den bevorstehenden Genfer Gesprächen:

Das propagandistische Vokabular der beiden Großmächte ist sensibler geworden und wird längst nicht mehr mit so vielen harten Vorwürfen überfrachtet. Äußerst zurückhaltend, aber dennoch unüberhörbar bescheinigen sich Ost und West sogar ein Minimum an gutem Willen ... Alles, was man aus Washington und Moskau hört, stimmt in der Bewertung der Erwartungen überein: Die Verhandlungen werden äußerst langwierig sein, aber man verfügt inzwischen über ein ausreichendes Instrumentarium, um sie nicht abbrechen zu müssen.

EPOCHE

Die Münchner Monatsschrift beschäftigt sich u. a. mit der peruanischen Untergrundorganisation „Leuchtender Pfad":

Was dieser Bewegung besondere Kraft zu verleihen scheint, ist die dialektische Doppelstrategie, mit der sie für die (mehr oder weniger) Gebildeten einen maoistischen Kommunismus predigt, während sie für die Massen der Indios in einer nostalgisch-mystischen Verklärung das Tahuantinsuyo heraufbeschwört, jenes große Inkareich, das sich vom Süden Ekuadors über Peru und Bolivien bis nach Chile und Argentinien erstreckte, als es von den Spaniern überrannt und zerstört wurde. Dieses Ereignis und der darauffolgende spanische Kolonialismus wird von „Sendero Luminoso" als die zentrale Tragödie für die Indios, die diese Regionen mehrheitlich bevölkern, dargestellt. Nach 400 Jahren der Unterdrückung durch die Spanier und ihre Nachfahren, durch andere Einwanderer und letztlich durch den amerikanisch-europäischen „Imperialismus" in Gestalt der großen Bergwerks- und Ölgesellschaften soll nun der Augenblick für die Befreiung und Unabhängigkeit der Nachkommen des alten Inkareichs gekommen sein.

Westfälische Nachrichten

Die Zeitung aus Münster kommentiert die nordrhein-westfälische FDP:

Die nordrhein-westfälischen Liberalen haben auf ihrem Landesparteitag am Wochenende in Gütersloh eine völlig neue Erfahrung gemacht. Sie sind sich einig. Ob es um die Wahl ihres neuen Spitzenkandidaten Achim Rohde, um den Beschluß der Koalitionsaussage oder um die Verabschiedung des Wahlprogramms ging, immer gab es Mehrheiten von über 90 Prozent ... Zu denken geben müssen der Partei aber zwei Punkte: Ihr Spitzenkandidat Rohde ist im Land viel zu wenig bekannt .. Der zweite Punkt ist das Wahlprogramm, das erst gar nicht mehr den Versuch macht, breitere Wählerschichten anzusprechen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie blickt auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen:

Die Grünen haben sich, ihrer aktuellen Lieblingsbeschäftigung nachgehend, von der SPD abgegrenzt und damit vielleicht schon ausgegrenzt. Ihre Forderung, die SPD müsse den Bannfluch über Kernenergie und Großchemie aussprechen, ist praktisch gleichbedeutend mit Fundamentalopposition. Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Bundesland, war schon oft die Wasserscheide, an der sich die politischen Strömungen der Republik brachen. Das könnte sich wiederholen. Der Urnengang am 12. Mai bildet den Schlußpunkt der drei Landtagswahlen des nächsten Jahres. Verlieren die Liberalen am Stück, muß sich die Union in Bonn entscheiden, ob sie 1987 mit Blick auf ihre Koalitionsgenossen einen Erhaltungs- oder einen Vernichtungswahlkampf führen will.

Liebe Nachbarn, hier wohnt das Zionistenschwein

Der Kampf gegen Israel in Grün-Alternativ / Von Werner Kahl

Von den deutschen Grünen seien die meisten „gesunde Antisemiten", meinte die israelische Zeitung „Jediot Acharonot", als im Sommer eine Delegation aus Bonn in den israelischen Wahlkampf einzugreifen versuchte. Grünen-Anwalt Otto Schily sprach daraufhin von einer Beleidigung. Inzwischen vermerken israelische Korrespondentenbericht aus Bonn erneut den Rassismusverdacht, als Reaktion auf Programmvorschläge aus den Reihen der Grünen für eine neue Reise ihrer Vertreter in den Nahen Osten.

Das Programm sieht das Sammeln von Informationen über den nahöstlichen Krisenherd vor, enthält aber zugleich eine vorfabrizierte Verurteilung von „Unterdrückung und Terror" der Israelis. Das Arbeitspapier sei ein weiterer Beweis „für den Israel-Haß, der in dieser Partei wuchert", kommentierte die Zeitung „Maariv". Das Papier wurde zwar von den Grünen heruntergespielt, inhaltlich wurde jedoch nichts von den antiisraelischen Schmähungen und Beschuldigungen zurückgenommen.

Im Text hatte es beispielsweise geheißen, man werde in Beirut eine Pressekonferenz abhalten, „auf der wir den Terror der Israelis im Süden des Landes verurteilen". Auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv wollte man eine „Bilanz ziehen" mit dem Kerngedanken: „Die israelische Führung ist nicht nur verantwortlich für die Vertreibung von Palästinensern, Unterdrückung und Terror in den besetzten Gebieten, Verewigung antidemokratischer Verhältnisse in den israelischen Gebieten, sondern trägt auch die volle Verantwortung für das sich abzeichnende Blutbad im Nahen Osten, wenn sie ihre Politik nicht entscheidend ändert."

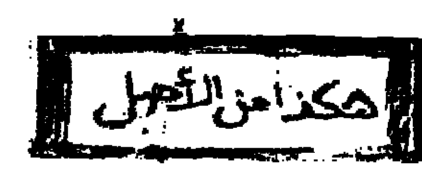
Dies sind nicht die ersten Erfahrungen der Israelis mit den Grünen in der Bundesrepublik, speziell mit den Linksradikalen in der Berliner alternativen Szene. Was dort an „Kampfappellen" gegen Israel zutage kam, waren keine Zufallsprodukte emotionaler Solidarität mit emotionalen Palästinensern. Am 15. Juli 1982 beispielsweise fand ein Redakteur einer linken Zeitung in Berlin-Kreuzberg seine Wohnungsfenster von Steinwürfen zerstört. Gesprühter Kommentar im Treppenhaus: „Liebe Nachbarn, hier wohnt das Zionistenschwein ... Werft ihn raus." Und die Drohung: „Das nächstemal schlagen wir Dir die Fresse ein."

Die Stürmer kamen nicht aus der neonazistischen Ecke. Hier entlud eine grüne Gruppe ihre Wut über einen Zeitungsbericht, in dem das Opfer „unbewußten Antisemitismus" in der Unterstützung für die Palästinenser kritisiert hatte. Im Mitteilungsblatt der Szene, das diesen Beitrag publiziert hatte, sprachen sechs Redakteure daraufhin von „Zionismus" in der Redaktion und erklärten den Anschlag auf die Wohnung für „verständlich".

Man muß nicht weit zurückgehen, um die Wurzeln dieser Frontstellung zu finden. Die Aussaat erfolgte gleichzeitig mit dem Beginn der Außerparlamentarischen Opposition Ende der sechziger Jahre. Damals war plötzlich die Unterstützung palästinensischer Untergrundbewegungen „in" geworden. Wie auf ein Stichwort setzten häufige Reisen in den Nahen Osten ein. Linksradikale junge Deutsche ließen sich dort militärisch und konspirativ ausbilden. Woher die Souffleure plötzlich zur Apo stießen, wäre gewiß noch eine Untersuchung wert.

Im Jahr 1970, als die Apo sich in Terroristen einerseits und Marschierer durch die Institutionen andererseits spaltete, wurde der Staat Israel zum Feind ausgerufen. Da wirkte in einschlägigen Kreisen Berlins eine Person, die auf ihrem Marsch inzwischen den deutschen Bundestag erreicht hat: der heutige grüne Bundestagsabgeordnete Dirk Schneider. Die linksradikale Flugschrift „883", der Schneider angehörte, stellte in ihrer Ausgabe Nr. 55 vom 3. April 1970 die als Aufforderung zum Handeln verstandene Frage: „Wann endlich beginnt der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?" Das wurde unter dem Vorwand, den Imperialismus und seine Erscheinungsformen zu treffen, inszeniert.

Selbst die israelische KP ließ durch ihren Sprecher über die Einmischung der Grünen (in den Wahlkampf) erklären: „Ausgerechnet die Deutschen, warum nicht ein paar Eskimos?" Die Grünen selbst sind den Ursachen für ihr Erscheinungsbild in Israel in der Bewegung nicht nachgegangen. Da wird pauschal mit einer „antifaschistischen" Grundhaltung operiert. Aber André Glucksmann, der führende Philosoph der jungen Generation in Frankreich und prominente Vertreter der „Neuen Philosophie", der 1968 noch an der Apo-Front stand, zog aus seinen Erfahrungen die Lehre: „Ein gewisser Antifaschismus kann zu einem anderen Faschismus führen."



Wenn der Minister an die „Front" muß

„Du hast das Vertrauen der Bauern verloren", rügte CSU-Chef Strauß vor Monaten seinen Parteifreund Ignaz Kiechle, Landwirtschaftsminister in Bonn. Der zieht nun übers Land, Vertrauen zurückzugewinnen. Die Proteste sind noch nicht verstummt, aber sie sind leiser geworden.

Von PETER SCHMALZ

Die Ehrengäste, sagt Werner Schuster vom örtlichen Bauernverband, habe man nicht auf dem Podium, sondern unter den Zuhörern in der ersten Reihe plaziert, denn „wenn hier oben die Eier fliegen ..." Die 400 in der kirchlichen Mehrzweckhalle von Bad Alexandersbad, hoch im bayerischen Norden, kichern über die eher scherzhaft gemeinte Annahme, sie könnten als renitente Eierwerfer dem Gast des Abends den Anzug besudeln und sich damit ihren Unmut und Ärger, aber auch ihre Enttäuschung und Verzweiflung von der Seele werfen.

Ignaz Kiechle muß nicht mehr um seine saubere Weste fürchten, wenn er sich vor die Landwirte stellt und sagt, er werde ihnen jetzt etwas sagen, wofür er *nicht* nur Beifall bekomme, das aber ehrlich sei und wozu er auch noch in fünf Jahren stehen könne.

An diesem Abend hält der Bundeslandwirtschaftsminister die 129. Rede dieses Jahres vor Bauern, eine Stunde zuvor beendete er im oberfränkischen Naila die 128., am nächsten Morgen wird es im oberfränkischen Fürstenfeldbruck die 130. sein, wo er hemdsärmelig gesteht, er komme sich vor wie eine Schallplatte, aber „ich werde es als Minister so lange sagen, bis es verstanden wird".

Zum Beispiel das mit den Produktionsüberschüssen, wofür er einen eingängigen Vergleich gefunden hat. „Das ist", sagt Kiechle, „wie mit den Semmeln. Ein Bäcker kann auch nicht sagen, ich backe 5000 Semmeln, und wenn die Leute nur 3000 holen, dann muß der Bürgermeister eben die anderen 2000 kaufen." Das bringt die Lacher auf seine Seite.

Solch kleiner Erfolg macht Kiechle sichtlich Mut, er fühlt wieder festeren Boden unter sich. Er muß nicht mehr mit hochrotem Schädel anschreien gegen aufgebrachte und brüllende Bauern, auch sein Parteivorsitzender in München, der ihn mit Vorwürfen und Ungnade reichlich eindeckte, widmet sich wieder anderen Geschäften. Vorüber sind auch die schlimmen Wochen, in denen ein Kiechle als Redner umgeben war von einem Wald wortgewaltiger Protestplakate. Jetzt absolviert er drei Veranstaltungen hintereinander und muß nur einmal vor einem schwarzen Transparent stehen, auf dem in weißen Lettern geschrieben steht: „Kiechles Beschlüsse sind für uns Frankenwald-Bauern Todesschüsse". Das ist in Naila, nur wenige 100 Meter vom Todesstreifen entfernt, und damit wohl auch eine Geschmacksfrage.

Hier oben bei Hof, in der nördlichsten Ecke des Freistaats, staut sich der Unmut offenbar am längsten, hier wird der Minister aus Bonn, der zur Verstärkung seinen ortsansässigen Kollegen Jürgen Warnke mitgebracht hat, noch eingedeckt mit einem grellen Pfeifkonzert. Hier erntet er Buhrufe, wenn ihn ein Bauernfunktionär als „hochverehrter Herr Bundesminister" anspricht.



Empfang mit faulem Getreide und starken Sprüchen: Ignaz Kiechle auf einer Bauernversammlung in Naila FOTO: CLAUS HAMPEL

Der Ärger wird aus der Verzweiflung genährt. Auf den kargen Böden dieser klimatischen Düsternis, wo die Niederschlagsmenge mit jährlich 900 Millimeter weit über und die Jahresmitteltemperatur mit 5,7 Grad weit unter dem Durchschnitt liegt, verdient sich der Bauer sein tägliches Brot noch im Schweiße seines Angesichts. In den Kleinbetrieben, die kaum Geld aufbringen für teures, weil weit von der Küste herangefahrenes Kraftfutter, spürt man keine Verantwortung für den europäischen Milchsee, dafür aber viel Ungerechtigkeit, daß auch hier die Quotenregelung zu Kürzungen der Milchmenge geführt hat, die zum Garantiepreis von gut 70 Pfennig abgeliefert werden darf. Die Sünder, davon sind die Landwirte in dieser von Gottes Gnaden vernachlässigten Gegend überzeugt, sitzen woanders, weshalb Bauernverbands-Obmann Heinz Bauer reichlich Beifall erntet für sein mutiges Wort in des Ministers Angesicht: „Wir werden den Eindruck nicht los, daß Sie, lieber Herr Minister, von einer unter norddeutschem Einfluß stehenden Ministerialbürokratie überfahren wurden." Eine Unterstellung, die der Angesprochene erwartungsgemäß zurückweist.

Aber die Bauern an der Grenze plagt noch mehr: Während die EG in diesem Jahr eine ungeahnte Rekordernte an Getreide in die übervollen Scheuern fuhr, zerstörten hier prasselnde Sommerregen 70 Prozent des erhofften Ertrags, die Körner wuchsen noch auf dem Halm aus und wurden unverkäuflich. Dem Redner aus Bonn hat man ein garstiges Gebinde aus dieser verwachsenen Frucht neben das Pult gestellt, das weniger attraktiv wirkt als der Strauß aus weißen Astern und roten Nelken, neben dem Kiechle tags darauf im Oberbayerischen sprechen darf.

Aber auch hier setzt der Allgäuer Bauern-Minister seine stärkste Waffe reichlich und mit Erfolg ein: Er redet und redet und redet. Wie schon auf dem letzten CSU-Parteitag, als die Abrechnung der verärgerten Partei mit dem in Ungnade gefallenen Minister erwartet wurde und dieser die Kritiker munter schwäbelnd ins Abseits schwätzte.

So erzählt er von der Million Tonnen Butter und der Million Tonnen Magermilchpulver, den sieben Millionen Tonnen Getreide und den 300 000 Tonnen Rindfleisch, die er als Erbe seines FDP-Vorgängers Ertl in den Kühlhäusern und Lagern vorgefunden hat, erläutert wortreich, wie die Überschüsse den Preis gefährden – und hat dafür zwei verständliche Beispiele: In der Schweiz ist die Milchmenge seit 1977 um nur drei Prozent gestiegen, der Preis aber um 36 Prozent. Und in Südtirol, wo mehr Milch verbraucht als produziert wird, gibt's für den Liter gut 20 Pfennig mehr als in Bayern, weshalb fast jeder zweite Liter weiß-blauer Milch über den Brenner exportiert wird. Er berichtet von den Regierungserfolgen bei den Sozialzuschüssen für die Bauern („heute morgen habe ich mich mit meinem Kollegen Blüm darüber geeinigt") und von der Ausdehnung der benachteiligten Gebiete, von denen künftig 40 Prozent allein in Bayern liegen. Er holt weit aus, um die Nachteile der deutschen Bauern durch die europäische Ecu-Verrechnung zu erklären. Und er sagt, weil er nur knapp eine Stunde Redezeit hat: „Ich könnte Ihnen noch viel erzählen."

Da steht dann schon mal einer auf, und meint, hier seien „viele Worte gesprochen worden, die wir alle schon kennen", weshalb ein anderer fordert: „Wir wollen Taten sehen." Daß die Zeit zur Entwarnung noch längst nicht gekommen ist, das spürt der trotz seiner Leibesfülle dünnhäutige Minister allerorten. „Ich bin", so Obmann Bauer in Naila, „seit 25 Jahren Mitglied der Partei, der auch Sie angehören, aber ich war noch nie so enttäuscht über die Politik dieser Partei wie jetzt." Und sein Kollege Dinkel wird in Fürstenfeldbruck noch deutlicher: „Wir Bauern haben endlich begriffen, was man mit fünf Prozent Stimmen anfangen kann."

Nachts blüht das Geschäft am Bullauge

Manch ein sowjetischer Seemann nutzte den Landgang auf den Kanarischen Inseln, wo Moskau einen Fischerei-Stützpunkt unterhält, zur Flucht. So auch der Autor des folgenden Berichts, ein junger Mann aus Sewastopol. Er schildert, wie die Seeleute das Unternehmen Kanarische Inseln erleben.

Von ANDREJ J. SOLMIN

Seemann wurde ich, um an Land zu gehen. Im Westen, auf den Kanarischen Inseln, dem Ziel der Sehnsucht vieler Bürger der Sowjetunion. Nur die wenigsten wollen sich von dort in die Freiheit absetzen und nach Amerika gehen. Die meisten heuern auf den Fischtrawlern oder Fabrikschiffen an, um an Bord ein paar Rubel mehr zu verdienen und um mit spanischen Pesetas Dinge einzukaufen, die zu Hause das 20- und 30fache kosten oder überhaupt nicht zu haben sind.

Wer in Las Palmas oder Santa Cruz auf einen Trawler unserer Fischereiflotte steigen will, muß zunächst einen Antrag stellen, Interesse zeigen an der Ernährung der Sowjetvölker und Papiere ausfüllen können. Die Behörden *wollen wissen, warum* einer zur See fahren will und was man bisher getan hat. Schule, Berufsweg, Militärdienst, Zeugnis der letzten Arbeitsstelle – alles wollen sie wissen. Man muß niederschreiben, wer die Eltern sind, wo sie herkommen, wo sie jetzt wohnen und wo sie arbeiten. Verwandte außerhalb der Sowjetunion? Wenn ja, ist die Ablehnung gewiß.

Zuletzt entscheidet ein Komitee nach einer mündlichen Prüfung. Da saß ich also, vor mir den Vorsitzenden des Komitees, den Sekretär, die Vertreter der Miliz und der Polizei. Sie wollten vor allem wissen, wie einer über die Sowjetunion denkt, was man von der Innen- und von der Außenpolitik weiß. Wichtig ist die Bereitschaft für die kommunistische Revolution in der Welt.

Natürlich fahren alle lieber im Winter als im Sommer, wo es auch bei uns warm ist, und so machen sich die Funktionäre daraus ein Geschäft. Die Winterreise kann 100 bis 150 Rubel kosten – wenn man den richtigen Mann im richtigen Komitee kennt. So stand ich nun schon zum zweiten Mal auf dem Moskauer Flughafen vor der Aeroflot-Maschine nach Las Palmas. Mit mir die anderen 81 Besatzungsmitglieder des Fangschiffes „Nina Onilova". Sechs Monate nur Meer und eine strenge Rangordnung. Der Kapitän, die Offiziere und Maschinisten in ihren Kammern und wir Arbeiter unter Deck. Zwei getrennte Klassen, mit dem Kommissar als Aufpasser dazwischen.

Nach sechs Monaten wird die gesamte Besatzung ausgewechselt. Länger dürfen wir nicht zusammenbleiben, ganz gleich, ob der ständige Wechsel für die Maschinen und die Elektronik gut ist oder nicht. Er ist es nicht. So dauerte meine erste Reise nur zwei Monate. Dann mußte der Trawler wegen Maschinenschadens in die Werft.

Die Seeleute und die Mechaniker arbeiten im 8-Stunden-Wechsel. Wir an den Fischverarbeitungs-Maschinen immer 12 Stunden. In den Freistunden: Schlafen, täglich einen Film ansehen – vaterländisch und lustig – und immer wieder politischen Unterricht anhören, je nach dem Eifer des politischen Kommissars, der wütend wird, wenn wir den selbstgebrannten Schnaps wichtiger nehmen als die Kommunistische Partei. Zehn Tage muß das Gebräu aus Wasser, Zucker, Gerste oder Reis in einer Ecke gären, dann ist das unser Wodka. Nur einmal im Jahr, am „Tag des Fischers", stehen jedem Besatzungsmitglied 200 Gramm Wein zu.

Dennoch lohnt sich die Plackerei und der Fischgestank. Denn am Ende können 2000 Rubel winken, und das ist viel Geld für einen, der sonst in sechs Monaten nur 450 Rubel, 600 oder gar 700 Rubel nach Hause bringt. 2000 Rubel – wenn die morschen und häufig geflickten Netze auch einen vollen Steert aushalten. Oft zahlt man nur 1600 oder gar nur 1200 Rubel – je nach Fangergebnis. Der Kapitän, der Kommissar und die Offiziere bekommen natürlich mehr, aber auch ihre Rubel müssen sie mit Fischen aufwiegen.

Sieben Prozent der Heuer streicht man in Devisen ein, und 80 Prozent davon kann man in Las Palmas in Peseten ausgeben. Der Rest ist für die Devisengeschäfte in der Sowjetunion, wo sonst nur Funktionäre oder Touristen einkaufen dürfen.

Die Peseten lassen sich vermehren, nachts im Hafen, durch das Bullauge. In Ruderbooten kommen Spanier leise längsseits, nehmen russische Leicas für 3000 bis 4000 Peseten oder Aluminiumkästen, die zur Schiffsausrüstung gehören, für 1000 Peseten (18 DM). Manchmal verschwinden auch Kupferteile, die einer irgendwo abschraubt, durch das Bullauge. Die Spanier unten in den Ruderbooten kaufen alles und zahlen prompt. Der Posten an Deck weiß Bescheid, er gehört schließlich zu uns.

Der Lohn der Reise liegt im Landgang in Las Palmas oder in Santa Cruz, kurz vor dem Rückflug nach Moskau. Niemand hat die Straßen je gesehen, an denen die Läden liegen, aber alle kennen sie von Erzählungen anderer, wissen ganz genau Bescheid. Zu viert oder zu dritt, aber immer mit einem Aufpasser von der Schiffsführung, stolpern wir langsam in die ersten kleinen Hinduläden. Die indischen Händler sind billiger. Niemand darf ein Geschäft allein betreten. Wir kaufen alle immer dasselbe: Blaurote Sportschuhe, Jeans, Parfums, japanische Transistorgeräte und Kassettenrecorder. Und natürlich Wodka. Wodka zuallererst.

Kein Bordell, nicht einmal ein Kino dürfen wir betreten. Selbst Literatur ist verdächtig. Ein Kapitän, zum Beispiel, kaufte sich ein Buch von Solschenizyn und mußte ins Gefängnis. Man erzählte sich, er müsse noch einmal zur Steuermannsschule, und zu den Kanarischen Inseln darf er nie wieder. Das ganz große Geschäft kommt dann zu Hause: Sonnenbrillen, Jeans und vor allem die Schuhe und der Wodka bringen oft das 30fache von dem, was *die indischen* Händler in Las Palmas kassierten.

Bei der ersten Reise war meine Flucht mißlungen, einfach weil der Kahn kaputtging und wir sofort nach Hause geflogen wurden. Diesmal bin ich gleich am ersten Tag von Bord gegangen. Die anderen fischen jetzt weiter, reden in ihren Kojen über ihre Mädchen und Frauen, fluchen und lachen.

Der Kommissar hat bestimmt meine *Artikel* an sich genommen, die ich schon geschrieben habe, bevor es losging. Ich will in Amerika Bücher oder Artikel schreiben über die vielen Jugendgruppen bei uns in Sewastopol, die Rock und Pop mehr lieben als die vaterländischen Filme, und ich will schreiben, was die Soldaten erzählten, die aus Afghanistan zurückkamen. Die jetzt aus Afghanistan kommen, bringen grausame Geschichten mit, die nicht in den Zeitungen stehen, und sie haben Drogen in ihre Heimatkasernen mitgebracht – und das Verlangen nach Drogen.

WIE WAR DAS?

Als Ulbricht das Schloß schleifen ließ

Von WERNER KAHL

Im Alter von 76 Jahren starb in Ost-Berlin der führende SED-Kunstwissenschaftler Professor Gerhard Strauss. Die SED lobte ihn als „Aktivisten der ersten Stunde". Der Nachruf des SED-Zentralkomitees schweigt über den wichtigsten Parteiauftrag für den Alt-Kommunisten im Berliner Sowjet-Sektor: Von Strauss ließ sich Walter Ulbricht den beschlossenen Abriß des Berliner Stadtschlosses wissenschaftlich als unumgänglich bescheinigen. Heute würde Ulbrichts Nachfolger vermutlich viel dafür geben, könnte die Entscheidung rückgängig gemacht werden. Das Schloß wäre die Perle in der wiederentdeckten Traditionspflege.

Augenzeugen der Bombenangriffe auf Berlin glaubten schon beinahe an ein Wunder. Der mächtige Königsbau gegenüber dem Dom schien den Bombenteppichen zu widerstehen. Rings um das Schloß – als großartigster Profanbau in Deutschland nach dem Dreißigjährigen Krieg gerühmt – schlugen Spreng- und Brandbomben tiefe Wunden in das Stadtbild. Aber nur ein Treffer beschädigte bis 1944 das Schloß. Das nährte im vorletzten Kriegsjahr Hoffnungen, der Bau werde die stärksten Angriffe seiner bewegten 500jährigen Geschichte überdauern.

„Das Schloß wird allgemein angesehen als ein Denkmal der Gründer des Königlichen Hauses, welches in seiner Würde und Pracht diesem Charakter vollkommen entspricht und mit den ersten Gebäuden Europas in jeder Hinsicht gleichgestellt werden kann." Das schrieb Karl Friedrich Schinkel in einem Gutachten an Wilhelm III. Die meisten preußischen Könige haben im Berliner Stadtschloß gewohnt. Im Jahre 1443 hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg den Grundstein gelegt. Daraus entstand das Schloß, das im europäischen Barock einen hohen Ruf erlangte.

Am 3. März 1945, acht Wochen vor der Kapitulation, glühte das Schloß aus. Mit der Überzeugung, den Bau dennoch zu retten, machte sich Hans Scharoun an die Arbeit. Schon 1946 eröffnete er im unersetzten Nordwestflügel mit dem weißen Saal die Ausstellung „Berlin plant". Scharoun, der später die Philharmonie schuf, forderte als Baustadtrat im Magistrat Mittel für notdürftige Reparaturen. Aber in den Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Funktionären zeichnete sich bereits das Todesurteil ab. Das Königshaus erschien der „Gruppe Ulbricht" als verhaßtes Symbol.


Das Berliner Schloß am Lustgarten um die Jahrhundertwende FOTO: ULLSTEIN

Auf dem 3. SED-Parteitag im Juli 1950 ordnete Ulbricht an, das Schloß dem Erdboden gleichzumachen und einen zentralen Appell- und Demonstrationsplatz herzurichten, auf dem „Kampf- und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können".

Die Nachricht vom Abriß erregte die Stadt. „Seitdem wandern viele Berliner morgens und abends zum Schloßplatz", registrierte auch das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland". Die kommunistische Parteipresse verteidigte vor den Berlinern den Befehl zur Sprengung mit der Behauptung, die SED versuche „zu retten", was erhaltenswert sei. Laut „Neues Deutschland" war Gerhard Strauss „Hauptbeauftragter für den Abriß". Der Wissenschaftler, seit 1929 in der KPD, leitete zugleich die Denkmalpflege in der sowjetischen Besatzungszone.

Am 6. September 1950 begann die Sprengung, am vorletzten Tag des Jahres wurde das unvergleichliche Eosander-Portal mit der Schloßkapelle zertrümmert. Die SED-Führung wußte sich dabei der Zustimmung des Kreml gewiß.

Aus der „Täglichen Rundschau", dem Amtsblatt der sowjetischen Militärverwaltung, erfuhren die Berliner am 10. September 1950 die Moskauer Meinung: das „ehemalige Kurfürsten-, Königs- und Kaiserschloß zu sprengen", um „Platz zu schaffen für das neue Gesicht Berlins". Zehn Millionen Mark soll die Sprengung gekostet haben. Die Kosten für einen Wiederaufbau schätzten Experten in den fünfziger Jahren auf etwa 35 Millionen Mark. Auf einem Teil des Schloßareals erhebt sich heute der „Palast der Republik".

Union und SPD: Flick-Ausschuß arbeitet gut

hey. Bonn

CDU/CSU und SPD bewerten die bisherige Arbeit des Flick-Ausschusses positiv. Nach Ansicht des Obmanns der Union im Ausschuß, Hans Günther Hüsch, kann das Parlament bereits mit „Gewißheit" den Schluß ziehen, daß „der Fall Flick wohl Einzelfall" war. Man dürfe nicht sagen, „daß die deutsche Politik korrupt wäre". Es bestehe aber „die Notwendigkeit, ein paar Grenzen neu zu ziehen". Denn der notwendige, unbefangene Gedankenaustausch zwischen Politikern und gesellschaftlichen Gruppen würde Schaden nehmen, wenn eine Seite ihn mit „nicht der deutschen politischen Kultur" entsprechenden Erwartungen befrachten wolle.

Während Hüsch fordert, „insgesamt zum Abschluß" zu kommen, kündigten der stellvertretende Vorsitzende Wilfried Penner und Obmann Peter Struck für das erste Quartal 1985 Vernehmungen an 22 Tagen an. Für die beiden SPD-Politiker ist es „ebenso ungerecht wie grotesk", von „Verdunkelungsmanövern" zu sprechen. Ohne Otto Schily (Grüne) namentlich zu nennen, bezeichneten sie es als „unzulässig", wenn sich „ein einzelnes Mitglied" oder andere am Untersuchungsauftrag vorbei orientieren wollten. Schily wird mindestens bis zum Ende der Vernehmungen im Bundestag bleiben. Der Parteitag der NRW-Grünen setzte mit über 90prozentiger Zustimmung dessen für März anstehende Rotation vorerst aus.

30 RAF-Häftlinge hungern weiter

dpa, Karlsruhe

30 der in der Bundesrepublik insgesamt 37 inhaftierten mutmaßlichen Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) befinden sich weiterhin im Hungerstreik, bestätigte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe. Damit dementierte er Meldungen, wonach die RAF-Mitglieder den Hungerstreik schon in der vergangenen Woche offen oder heimlich abgebrochen hätten. Am 4. Dezember hatten die als Rädelsführer der RAF in Stuttgart-Stammheim angeklagten Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar einen Hungerstreik für eine Zusammenlegung in „großen, interaktionsfähigen Gruppen" begonnen. Ihnen hatten sich andere RAF-Mitglieder angeschlossen.

Wie ein Sprecher des Stuttgarter Justizministeriums gestern erklärte, ist der Gesundheitszustand der fünf in Baden-Württemberg inhaftierten RAF-Mitglieder den „Umständen entsprechend". Die Verfassung von Frau Mohnhaupt, die wegen einer Magenerkrankung einige Zeit keine Flüssigkeit mehr zu sich nehmen konnte, habe sich stabilisiert, sagte ein Verteidiger. Ihr sei es nun wieder möglich, Tee zu trinken.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die deutsche Raumfahrt hofft auf Geld aus Bonn

Von W. WESSENDORF

Die Bundesregierung läßt die deutschen Raumfahrtexperten zwischen Weser und Bodensee zappeln. Seit Monaten sollen im Kabinett Entscheidungen über die neuen Raumfahrtprogramme getroffen werden. Doch der Kanzler und seine Minister weichen richtungweisenden Entscheidungen aus. Raumfahrtexperten werfen Bonn vor, daß man dabei jetzt die USA mit ihren dreistelligen Milliardendefiziten im Haushalt als Buhmann aufgebaut hat.

Die brisante politische Entscheidung ist an großen finanziellen Aufwand gebunden. Finanzminister Stoltenberg soll 2,9 Milliarden Mark für das „Columbus"-Programm bis 1995 freigeben, damit sich die Bundesrepublik zusammen mit europäischen Partnern an einer permanenten, für bemannte und unbemannte Aufgaben auszubauende Raumstationen beteiligen kann.

Die Raumfahrtexperten sind sich darin einig, daß eine Entscheidung pro Raumstation mit der Freigabe weiterer Mittel für die künftige europäische Trägerrakete „Ariane 5" sinnvoll gekoppelt werden muß. Denn nur beide langfristigen Programme stärken die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Raumfahrtindustrie und sichern das mit dem Weltraumlabor Spacelab und der ersten Ariane-Generation erworbene Know-how.



Landesbericht Bremen

Die Spacelab-Entwicklung hat eine technologische Lücke zu den USA geschlossen. Im Nutzungsbereich hat sich Deutschland mit seinen europäischen Partnerländern sogar einen wissenschaftlichen und technologischen Vorsprung aufgebaut. Bremer Fachleute sind der Meinung, daß die Erfahrungen und der Technologie-Transfer durch die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten wesentlich mehr wert ist als das „Geschenk", das 1983 mit Spacelab gemacht worden ist. Europa investierte in diese Entwicklung rund 2 Milliarden Mark (finanziert über zehn Jahre) und muß jetzt für die Nutzung des Labors zahlen.

Dieses Geld und die damit erreichte Wettbewerbsfähigkeit wäre buchstäblich für die Katz – sagen die Experten an der Weser –, würde auf diesem hohen Niveau nicht weitergemacht. Es müsse nicht um die Frage gehen Raumstation ja oder nein, sondern nur um die Konditionen der Beteiligung und den freien Zugang zur Nutzung und zu den Daten. Dieser Ansicht sind auch alle Bremer Politiker, denn mit dieser Perspektive bestehen für das wirtschaftlich schwer angeschlagene Bremen in diesem Bereich glänzende Aussichten.

Im deutschen Raumfahrtzentrum Bremen haben die Fachleute die Zukunft längst skizziert, auf den Reißbrettern steht die Raumstation „Columbus", schon eine Weiterentwicklung des Spacelab, mit der zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden sollen.

Einmal ist das Konzept der europäischen Weltraumorganisation ESA als gemeinsames Programm und als Beitrag zur amerikanischen Raumstation vorgeschlagen worden. Die europäischen ESA-Staaten wollen auf Ministerpräsidentenebene am 29./30. Januar in Rom darüber entscheiden. Zum anderen können die verschiedenen Elemente des „Columbus"-Projektes zum späteren Aufbau einer eigenständigen europäischen Station dienen. Und dazu wird letztendlich die Superrakete „Ariane 5" benötigt, um Strukturen im Weltraum abzusetzen.

Den ersten Schritt haben die Europäer bereits getan und die Entwicklung einer frei fliegenden und rückführbaren, damit wiederverwendbaren Plattform freigegeben. Dieses unbemannte System bauen die Bremer von MBB Erno schon. „Eureca" heißt die 600-Millionen-Mark-Plattform, die sechs Monate im All bleiben und dann zur Erde zurückgebracht werden soll. Dieses unbemannte Element wird auch Teil der Raumstation sein.

Die bevorstehende politische Entscheidung zur Durchsetzung der neuen Programme birgt indes erheblichen Zündstoff in sich. Wissenschaftler leisten starken Widerstand gegen die bemannte Raumfahrt. Sie fürchten, daß ihre Mittel gekürzt werden und bezeichnen es als unsinnig, Menschen in den Weltraum zu bringen. Roboter könnten die Arbeit besser und billiger verrichten.

Doch ist dieses Argument nach Ansicht der Raumfahrtexperten zu vordergründig. Sie verweisen auf die bisherigen Erfahrungen mit Wissenschaftsastronauten im Spacelab und machen deutlich, daß der Wissenschaft kein Geld abgeknapst werden soll. Denn ein Drittel der veranschlagten Kosten könnte beispielsweise aus dem Topf Energie abgezweigt werden. Zwei Drittel müßten dem Haushalt des Forschungsministers zufließen.

Der Rückfluß für die Industrie in der Bundesrepublik würde 600 hochqualifizierte neue Arbeitsplätze schaffen und rund 4000 sichern. Das impliziert auch die Durchsetzung wichtiger technologischer Produkte, die sich wirtschaftlich bis ins nächste Jahrtausend auswirken. Die Raumfahrtexperten weisen auf die Notwendigkeit hin, nicht nur auf Erreichtem auszuruhen, sondern immer Neuland zu betreten. In den sechziger Jahren habe niemand einen Pfifferling für Nachrichtensatelliten gegeben. Dieser Technologiebereich sei heute ein immenser Wirtschaftsfaktor.

Und schon werden die nächsten Großprojekte auf den Reißbrettern konzipiert. Bei MBB Erno in Ottobrunn wird am Triebwerk (HM 60) für „Ariane 5" gearbeitet. Zugeschnitten auf „Ariane 5" entwerfen französische Ingenieure einen Euroshuttle. Von Astronauten gesteuert, wird dieser Transporter auf der Spitze der Superrakete starten, Strukturen absetzen, Menschen und Material zur Station bringen und dann wie ein Segelflugzeug zur Erde zurückkehren.

Haarscharf an Spaltung vorbei

Die Grünen in Frankfurt liefern neues Beispiel für die Zerrissenheit der Partei

D. GURATZSCH, Frankfurt

Nur eine Woche hat der „Scheinfrieden" des Hamburger Bundesparteitags gehalten – da sind die Grünen schon wieder tief und unversöhnlich zerstritten. Die beiden Flügel der Partei, die „Realpolitiker" (Realos), die zu Tolerierungsbündnissen mit anderen Parteien bereit sind, und die „Fundamentalisten" (Fundis), die derartige Bündnisse ausschließen wollen und deshalb unerfüllbare Vorbedingungen stellen, hatten Frankfurt zum Schauplatz einer Machtprobe auserkoren, die bundesweit „Signalwirkung" haben sollte. Dabei entging die Partei nur haarscharf einer Spaltung.

Exemplarischer Streitfall war die Aufstellung einer Kandidatenliste für die Kommunalwahl am 10. März 1985. Zwei Anläufe zu einer einvernehmlichen Liste der beiden Flügel waren bereits an den vergangenen Wochenenden gescheitert. Der Grund jedesmal: Die „Fundis" hatten sich unterrepräsentiert gefühlt.

„Nichts bewegt"

Bisher haben die Fundamentalisten um Manfred Zieran und Jutta Ditfurth in Frankfurt den Ton angegeben. Von ihrer Mitarbeit im Römerparlament zeugen dicke Bände von Anfragen und Anträgen, mit denen sie sich nicht nur von der Mehrheitsfraktion der CDU, sondern auch von den Sozialdemokraten brüsk abgesetzt haben. Die Realos in der eigenen Partei werfen ihnen deshalb vor, „nichts, aber auch gar nichts bewegt zu haben".

Gegen diese „Verweigerungshaltung" haben in den vergangenen Monaten besonders die „Spontis" um Daniel Cohn-Bendit, den einstigen Tribun der 68er Bewegung und Herausgeber des Frankfurter „Metropolenmagazin Pflasterstrand", mobil gemacht. Der „rote Dany", wie er früher genannt wurde, trat selbst den Grünen bei und organisierte, wie ihm Zieran heute vorwirft, „Masseneintritte nach DKP-Manier", um die Mehrheitsverhältnisse in der Partei zu ändern. Vor den Sponti-Eintritten habe die Partei in Frankfurt nur 280 Mitglieder gehabt, jetzt seien es 456.

Zuerst hatten Zieran und Jutta Ditfurth noch die Hälfte der Listenplätze für die „Fundis" verlangt. Beim dritten Anlauf am Sonntag in der Fachhochschule Frankfurt forderten sie nur noch vier von den ersten zwölf und drohten, andernfalls eine eigene Liste für die Kommunalwahl aufstellen zu wollen. Als daraufhin die „Realos" von „Erpressung" und versuchter Spaltung sprachen und als Cohn-Bendit über Zierans Parteigänger sagte: „Viele, die mit euch stimmen, kommen aus dem KB (Kommunistischer Bund), für die ist es noch eine Ehre, als Bolschewisten bezeichnet zu werden", schienen die Risse nicht mehr zu kitten. Einige vermuteten, in Frankfurt wollten die Fundamentalisten den von Rudolf Bahro auf dem Hamburger Bundesparteitag ausgerufenen innerparteilichen Krieg gegen die „Realos" bis zur möglichen Spaltung der Partei durchexerzieren. Mit zwei Kandidatenlisten würden die Grünen womöglich die Fünf-Prozent-Hürde verfehlen und der CDU in Frankfurt einen nahezu sicheren Wahlsieg bescheren.

Erst in letzter Minute gab eine Gruppe um den selbst aus der Frankfurter Sponti-Bewegung hervorgegangenen grünen Bundestagsabgeordneten Joschka Fischer dem „Ultimatum" nach. Allerdings malte Fischer fatale Folgen für die Partei aus: Die „politische Vergewaltigung" durch die Fundamentalisten gehe an die „Grundlagen", die Partei werde künftig „eine andere sein".

Keim zur neuen Fehde

Fischer: „Wir werden beim radikal-ökologischen Selbstmord enden." Dann wurde der „Fundamentalist" Hans Peter von Soosten mit der hauchdünnen Mehrheit von 114 zu 104 Stimmen als zwölfter Kandidat und vierter „Fundi" in die Kandidatenliste gewählt.

Die Art und Weise, wie die Frankfurter Kommunalwahlliste der Grünen zustandegekommen ist, enthält allerdings bereits den Keim zur Fortsetzung der innerparteilichen Fehde. Die „Realpolitiker", die sich mit ihrer Absetzbewegung von der SPD eine Versöhnung der Fundamentalisten versprochen hatten, sehen sich brüskiert. Von den Vorschlägen der „Fundis" für eine „ökologische Stadtgestaltung" in Frankfurt, die der „Pflasterstrand" polemisch zitiert: „Abriß der Hochhäuser, U-Bahn weg, Feuchtbiotope in die Innenstadt, Dorfplätze in die Stadtteile", erwarten sie einen Wählerschock.

Weniger Macht für die Landräte

Widerstand gegen geplante Wiederaufarbeitungsanlage führte zu Gesetzentwurf

PETER SCHMALZ, München

Als Weihnachtsmann wollte die „Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen" (DWK) nicht auftreten und Niedersachsen für den Standort Dragahn oder Bayern für Wackersdorf das Milliardengeschenk einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage noch vor dem Fest überreichen. Die außerordentliche Sitzung des DWK-Aufsichtsrates, die für heute vorgesehen war, wurde abgesagt, eine Entscheidung kann nun frühestens beim nächsten Sondertermin am 4. Februar fallen. Beide Länder fühlen sich als Favorit. „Wir haben objektiv die besseren Argumente", sagt Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht. Das CSU-Parteiblatt „Bayernkurier" meint dagegen: „Alles spricht für Wackersdorf."

Nach dem monatelangen Wettlauf der beiden Bundesländer um das 4,3-Milliarden-Projekt, das den strukturschwachen Gebieten einen wirtschaftlichen Aufschwung bescheren soll, werden inzwischen vermehrt Zweifel geäußert, ob die Anlage überhaupt noch gebaut wird. Nach Meinung von Fachleuten ist die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente und die Rückgewinnung des in ihnen verborgenen unverbrauchten Urans heute teurer als der Ankauf neuen Urans, dessen Weltmarktpreise als niedrig und dessen Vorräte als reichlich bezeichnet werden. Einige Elektrizitätsversorgungsunternehmen sollen als Träger der DWK die Möglichkeit bevorzugen, auf eine Wiederaufarbeitung zu verzichten und den Müll aus den Kernkraftwerken billiger einzulagern.

Wie der Milliarden-Poker auch ausgehen mag, ob für Niedersachsen oder für Bayern oder für keinen von beiden, er wird zumindest im bayerischen Gesetzbuch Niederschlag gefunden haben. In erster Lesung hat ein Entwurf bereits das Münchner Parlament passiert und ist zur Beratung an die Ausschüsse verwiesen, der im Vorfeld zu einer kleinen Revolte im Freistaat geführt hat. Die SPD-Opposition sprach von „Entmündigung", und selbst gestandene CSU-Kommunalpolitiker wurden bei ihren Parteifreunden in der Landesregierung vorstellig.

Der Grund für den Protest: Mit dem Gesetz sollen Bayerns 71 Landräte, die vom Volk gewählt werden und damit eine beachtliche Machtposition in ihren Landkreisen besitzen, dadurch an eine kürzere Leine genommen werden, daß die Regierung notfalls gegen ihren Widerstand und über ihre Köpfe hinweg Projektplanungen durchsetzen kann. Das Verwaltungsrecht spricht von „Selbsteintrittsrecht", das dem Minister den vollen Durchgriff bis in den Landkreis hinein gestattet.

Worin aber besteht der Zusammenhang zwischen der Wiederaufarbeitungsanlage und diesem Gesetzesvorhaben? Dieser wird durch zwei Fakten erkennbar: Zum einen umwirbt Bayern die DWK mit dem Argument, der Freistaat sei politisch stabil, bei Planung, Bau und Betrieb werde es deshalb kein Risiko geben. Zum anderen aber liegt der Standort Wakkersdorf ausgerechnet in einem der wenigen bayerischen Landkreise, die von einem SPD-Politiker verwaltet werden. Und dieser Landrat Hans Schuierer hat sich von einem WAA-Befürworter zum entschiedenen Gegner gewandelt und weigerte sich lange Zeit, den Bebauungsplan öffentlich auszulegen.

Ohne Schuierer und seinen WAA-Widerstand wäre dieses Gesetz nicht entstanden, gab CSU-Generalsekretär Gerold Tandler unumwunden zu. „Aber wir können es uns nicht leisten", so der CSU-Politiker, „1600 hochqualifizierte Arbeitsplätze in einem besonders strukturschwachen Gebiet aufs Spiel zu setzen, nur weil ein der SPD angehörender Landrat aus parteipolitischen Gründen dieses Vorhaben ablehnt und die ihm gegebenen rechtlichen Möglichkeiten mißbraucht." Dagegen meint der SPD-Politiker Karl-Heinz Hiersemann, die CSU wolle die vom Volk gewählten Landräte zu Marionetten degradieren.

Der Protest der sich betroffen fühlenden Landräte führte inzwischen zu einer Einschränkung: Die Regierung darf das Selbsteintrittsrecht nur bei besonderen, landesweit bedeutsamen Fällen anwenden. Noch aber ist unklar, wie dieser Begriff unzweideutig umrissen werden kann. Mehr Klarheit darüber erhofft sich die CSU aus einem Hearing, das ihre Landtagsfraktion im Januar plant.

Neues Gesetz soll für klareres Wasser sorgen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Eine über die Mindestanforderungen hinausgehende Abwasserreinigung soll belohnt werden. Bei einer noch festzulegenden Unterschreitung dieser Mindestanforderungen wird Abgabefreiheit gewährt. Dies sieht eine Novelle zum Abwasser-Abgabengesetz (AbwAG) vor, die zusammen mit einer Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz (WHG) entscheidende Verbesserungen der Wasserqualität herbeiführen soll und im Januar vom Innenministerium in Bonn den zuständigen Bundes- und Länderressorts zur Stellungnahme übersandt wird.

Das neue Wasserhaushaltsgesetz wird strengere Anforderungen an die zu treffenden Vermeidungsmaßnahmen bei der Einleitung gefährlicher Stoffe in Gewässer stellen. Bei der Überdüngung von landwirtschaftlichen Flächen, wo zum Beispiel abfließende Phosphate das Leben in Bächen und Seen töten können, sind verbesserte Eingriffsmöglichkeiten zur Vermeidung von Grundwasserbelastungen vorgesehen.

Erfahrungsbericht

In die Grundsatzvorschrift des Paragraphen 1 wird die ausdrückliche Anordnung wassersparender Maßnahmen aufgenommen. Anlagen zum Herstellen und Verwenden wassergefährdender Stoffe werden nach dem Gesetzentwurf, über den Mitte Januar 1985 das Kabinett beschließen soll, in die Gewässerschutzregelungen des WHG mit einbezogen.

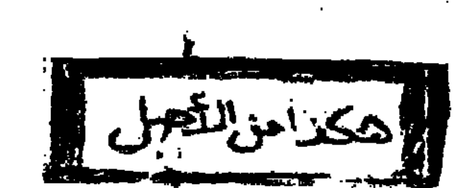
Zehn Jahre nach der Vorlage des ersten Entwurfes für ein Abwasserabgabengesetz, das dann im Mai 1976 nahezu einstimmig vom Bundestag verabschiedet wurde, hat das Bundesinnenministerium auf der Basis eines 1983 vorgelegten Erfahrungsberichts eine Neuregelung vorgeschlagen. Die Abwasserabgabe, die früher hier festgesetzt wurde, richtete sich nach der Schädlichkeit des Abwassers, wobei als Parameter der Schädlichkeit die Schwermetalle Quecksilber und Cadmium mit berücksichtigt wurden. Jetzt sollen weitere Schwermetalle darüber hinaus sowie die organischen Halogenverbindungen abgabepflichtig werden.

Das alte Gesetz kennt beispielsweise nicht Schädlichkeitsparameter wie Zyanide, Öle und Fette, Chrom und Blei. Hält ein Einleiter die vorgegebenen Werte mehrmals nicht ein, so soll nach dem Gesetzentwurf der höchste gemessene Einzelwert der Abgabenrechnung zugrunde gelegt werden.

Befreiung möglich

Die abgabenrechtliche Erfassung von verschmutztem Niederschlagswasser wird geändert. Damit will man erreichen, daß das Niederschlagswasser von allen Gewerbeflächen abgabepflichtig ist, und ein Anreiz für eine ordnungsgemäße Ableitung und Behandlung durch eine mögliche Abgabenbefreiung geschaffen wird.

Im „Erfahrungsbericht zum Abwasserabgabengesetz" von 1983 war vom Bundesinnenministerium kritisiert worden, daß die Abwälzbarkeit der Abgabe, die das Bundesrecht zwingend fordert, in den Landesgesetzen sowohl als „Kann"- wie als „Soll"-Vorschrift erscheint.



Fünf Kilometer Autobahn für 250 Millionen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das neueste Stück *deutscher* Autobahn wird morgen von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger seiner Bestimmmung übergeben. Damit wird durchgehend die Strecke Bonn–Königswinter der B 42 n für den Verkehr frei. Jeder Kilometer der 5200-Meter-Strecke zwischen Bonns rechtsrheinischem Stadtteil Oberkassel und der *Stadt am Drachenfels hat* rund 50 Millionen Mark gekostet.

Dollinger, der die Verkehrsfreigabe noch in diesem Jahr im August *versprochen hatte, weist mit Stolz* darauf hin, daß die enge Ortsdurchfahrt im Rheintal von täglich bis zu 24 000 Fahrzeugen entlastet wird. An der engsten Stelle kommen zwei Lastwagen nicht aneinander vorbei. Verkehrsexperten verweisen in diesem Zusammenhang auf den Umstand, daß durch den neuen Straßen*abschnitt* Bonn–Königswinter pro Jahr eine Million Liter Kraftstoff gespart werden.

Das Bundesverkehrsministerium weist anläßlich der Straßeneröffnung auf die über 30jährige Planungszeit hin, außerdem auf die Entstehungsgeschichte der Strecke, die reich an Prozessen vor Gericht war. Den Planern stellte sich die schwierige Aufgabe, eine neue Trasse zwischen dem Rhein und dem Naturschutzgebiet „Siebengebirge" zu finden. Dabei war manchmal jeder Meter Boden umkämpft.

Der Preis entstand durch die hohen *Forderungen* nach *Lärm-* und Umweltschutz. Für das Verkehrsministerium ist die fertiggestellte Straße ein Beweis für die Integration ökologischer Belange in die ziele der Verkehrspolitik.

Bereits die Abdeckbauwerke an den Stellen, wo die autobahnartige Schnellstraße aus *Lärmschutzgründen* durch betonierte Tröge führt, kosteten 113 Millionen Mark. Das Bundesverkehrsministerium und mit ihm *Minister Dolliner sind stolz darauf*, daß allein in den vergangenen Jahren im Zuge von Bundesfernstraßen und Landstraßen Jahr für Jahr etwa 15 Millionen Bäume und Sträucher neu angepflanzt werden, die einen Wert von über 140 Millionen Mark darstellen.

Die *Planung* der *immer umstrittenen* Strecke begann eigentlich schon 1938, wurde dann aber wegen des Krieges nicht weiterverfolgt. 1967 faßte man den Beschluß, einer „Tal-Linie" den Vorzug vor einer „Hang-Linie" zu geben, die in das Naturschutzgebiet eingegriffen hätte.

Mehr als 80 private Betroffene aus den anliegenden Orten reichten daraufhin Klage beim Verwaltungsgericht Köln ein, die zwei Jahre später und nach vier Musterprozessen abschlägig beschieden wurde. Insgesamt sind für diesen Straßenbau 35 Gebäude abgerissen worden.

Späth: Weiterbildung als zentrale Zukunftsaufgabe

1200 Bildungsexperten bei Kongreß der Landesregierung

XING-HU KUO, Stuttgart

Zum dritten Mal hat die baden-württembergische Landesregierung zum Jahresende einen „Zukunftskongreß" einberufen. Gestern und heute werden von 1200 Bildungsexperten aus dem In- und Ausland das Thema „Zukunftschancen eines Industrielandes – Herausforderung *Weiterbildung*" eingehend beraten.

Zum Auftakt der Veranstaltung im Neuen Schloß in Stuttgart erklärte Ministerpräsident Lothar Späth (CDU), *die Schaffung neuer Weiter*bildungschancen sei eine der „zentralen gesellschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft". Es sei in einer „wissenschaftsgeprägten Zeit" ein „Gebot der Humanität und der präventiven Sozialstaatlichkeit", den Bürgern genügend Angebote und Motivationen „zum lebenslangen Lernen zu unterbreiten".

Der Regierungschef verwies auf die „wachsende Bedeutung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien" im Berufsleben und Alltag. Hier seien Betriebe, freie Träger und öffentliche Bildungseinrichtungen aufgerufen, „konzentrierte und aufeinander abgestimmte Anstrengungen zu unternehmen", um den Menschen den Übergang „in eine informationstechnisch geprägte Umwelt zu erleichtern".

Zur Vorbereitung dieses Kongresses hatte eine regierungsunabhängige Kommission für Weiterbildung im Auftrage der Landesregierung einen 148 Seiten umfassenden Bericht als Diskussionsgrundlage vorgelegt. Der Vorsitzende des Gremiums, das fast ein Jahr lang an diesem Papier gearbeitet hat, der Mannheimer Professor Eduard Gaugler, verwies in einer Art Rechenschaftsbericht auf dem Kongreß darauf, daß die Kommission sich „nicht mit grundsätzlichen Zweifeln in die Bildungsfähigkeit des Menschen und die Lernfähigkeit der Gesellschaft gequält" habe. Vielmehr gingen die Kommissionsmitglieder „ohne ausholende Diskurse und scharfsinnige Dispute" davon aus, „daß der Mensch lernen kann, wenn er will und geeignete Möglichkeiten zum Lernen bekommt".

Der Kommissionsvorsitzende verwies auf die „sehr konkreten Inhalte" des Abschlußberichtes, der 20 Empfehlungen an Regierung, Bildungseinrichtungen und letztlich alle Bürger des Landes enthalte.

Die Weiterbildung müsse grundsätzlich zum Ziel haben, „ein humanes und sinnvolles Leben" zu ermöglichen. Sie sei zur Bewältigung der neuen Aufgaben (Umweltschutz, neue Technologien) unverzichtbar. Der Staat müsse ein „weiterbildungsfreundliches Klima" *schaffen: Land* und Kommunen sollen mit Zuschüssen die Arbeit der Träger einschließlich einer besseren Kooperation unter ihnen fördern, heißt es in dem Empfehlungskatalog.

Gleichzeitig sollen auch die Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnah*men in der Regel* angemessen an den Kosten beteiligt werden. Bereits in der Schule sollen die Kinder nach dem Prinzip „Das Lernen lernen" auf eine Weiterbildung vorbereitet werden. Hochschulen, Bibliotheken und nicht zuletzt Vereinen wird empfohlen, durch verbesserte Rahmenbedingungen ihr Angebot in diesem Bereich zu verbessern.

Rehberger: FDP sollte sich nicht „offenhalten"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der saarländische FDP-Chef und Wirtschaftsminister Horst Rehberger sieht gegenwärtig keinerlei Chance für Koalitionen mit der SPD in den Bundesländern. Allerdings hält er eine „Gleichschaltung", also Regierungsbündnisse zwischen denselben Parteien im Bund und in den Ländern, für „nicht gut". So sei er 1969 wegen der Ostpolitik für die SPD/FDP-Koalition in Bonn eingetreten. Rehberger, der auch Bundesvorstandsmitglied ist, meinte gestern, die Liberalen müßten sich in Bündnisfragen künftig auf jeden Fall „noch konsequenter verhalten". Die FDP „wäre nicht gut beraten", wenn sie sich „offenhalten" würde.

Drei Monate vor den Wahlen im Saarland habe er „Grund zu der Hoffnung", daß seine Partei die Koalition mit den Christlichen Demokraten fortsetzen könne. Gegenwärtig liege die FDP an der Saar nach einer IPOS-Umfrage wieder bei 5,1 Prozent. 1980 hatte sie noch 6,9 Prozent erhalten.

Rehberger rechnet für den 10. März jetzt auch mit Stimmen aus dem „rechten" SPD- und insbesondere aus dem „linken" CDU-Lager, weil seiner Ansicht nach viele Wähler ein rot-grünes Bündnis unter dem Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine (SPD) befürchten. Deshalb werde die „neue FDP", die wieder „positiv wahrgenommen" werde, im Wahlkampf auch nicht verdrängt werden können.

Er bekräftigte, daß es kein Regierungsbündnis mit der SPD geben werde. Denn es sei wichtiger, daß die FDP „ihre Glaubwürdigkeit behält", als daß er, Rehberger, Minister bleibe.

Eine private Initiative zur Erhaltung der FDP

Regionale „Freundeskreise" sollen Partei unterstützen

WILM HERLYN, *Königswinter*

Mit dem Arbeitstitel „Freundeskreis der FDP" hat sich jetzt ein loser Zusammenschluß von Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur gebildet. Er setzt sich zum Ziel, die liberale Partei als eigenständige Kraft zu erhalten. Initiator ist der Journalist Leo Brawand, der zunächst einen ausgewählten Kreis in den Margaretenhof nach Königswinter eingeladen hatte.

Brawand: „Ich lasse hier niemanden aus dem Saal, bis wir einen Beschluß gefaßt haben – ob positiv oder negativ." Seine Initiative begründete er im Beisein des FDP-Bundesvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher und dessen Generalsekretärs Helmut Haussmann, die als zuhörende Gäste geladen waren, er sei als Liberaler zwar nicht immer einverstanden, was die FDP treibe: „Es gibt sogar manchen Anlaß für Unmut und Ärger. Aber ich bin fest davon überzeugt, daß wir in der Bundesrepublik die *FDP brauchen." Nur durch* eine Partei der Mitte könnten auf Dauer so große Pendelschläge vermieden werden, wie sie in Ländern mit einem Zwei-Parteien-System beobachtet werden. Er halte es für geboten, die Vielzahl von liberalen Bürgern, die sich gerne für die FDP engagieren, ohne direkt Mitglied werden zu wollen, anzusprechen.

Mehrere der etwa 60 Personen, unter ihnen Professor Wolfgang Leonhardt oder auch Vorstandsmitglied Helmut Schmidt von Daimler-Benz, erklärten sich spontan bereit, nach der Konstituierung auf Bundesebene lokale und regionale Freundeskreise zu gründen. Sie wollen unter ande*rem Nachbarschaftspartys mit FDP-*Politikern veranstalten oder Vortragsabende oder Vereine und Vereinigungen von Rotary bis zum Traditionsverein ansprechen. Es ist, dies wurde in Königswinter ausdrücklich festgelegt, an keine finanzielle Verzahnung mit der Partei gedacht.

Auch wollen die Initiatoren des Kreises sich keine feste Vereinsform mit Beiträgen und Vorstand geben. Brawand selbst versteht seine Rolle als Moderator. Diese werde er noch einmal bei dem schon jetzt fixierten zweiten Treffen übernehmen, danach sollen sich andere Persönlichkeiten im Wechsel ablösen. Die nächste Zusammenkunft wird am 22. Februar, am Vorabend des Saarbrücker Bundesparteitages der FDP, stattfinden. Ausdrücklich wurde festgelegt, daß die Kreise nicht nur Bestand haben sollen vor den für die FDP wichtigen Landtagswahlen im kommenden Frühjahr im Saarland, in Berlin und in Nordrhein-Westfalen.

Offensichtlich erhofft sich die Parteispitze von diesen Initiativen auch eine Motivierung der eigenen Mitglieder. In der offenen Diskussion, in der von Genscher und Haussmann vor allem eine deutlichere Profilierung der FDP verlangt wurde, kritisierten einige Teilnehmer, daß die FDP es *noch nicht verstanden hätte*, dem Bürger ihr „Marktprofil" besser verständlich zu machen. Genscher räumte ein, daß das Verhalten der Parteiführung häufig als taktische Züge aufgefaßt worden seien, „obwohl sie Strategie waren". Dies gelte für die Wende selbst oder auch für die Haltung der Partei bei der „Neidsteuer".

Israel läßt Grüne nicht einreisen

lav. Jerusalem

Die israelischen Behörden wollen Brigitte Heinrich, eine Abgeordnete der Grünen im Europaparlament, wegen ihrer „Vergangenheit" nicht einreisen lassen. Sie sei wegen „Mitarbeit bei einer Terrortätigkeit von einem deutschen Gericht" verurteilt worden, und „aller Welt" sei die Einstellung Israels „gegenüber internationalem *Terrorismus* und denjenigen, die mit dem Terrorismus zusammenarbeiten, bekannt", hieß es gestern aus gutinformierten Kreisen des Jerusalemer Außenministeriums. Die israelischen Behörden hätten von ihrer gesetzlichen Befugnis Gebrauch gemacht und ihre Grenzstellen angewiesen, Frau Heinrich die Einreise zu verwehren.

Die Abgeordnete ist Mitglied einer Delegation der Grünen, die sich auf Informationsreise durch den Nahen Osten befindet und nächste Woche auch in Israel eintreffen soll. Die israelischen Behörden stehen der ganzen Reise skeptisch gegenüber, wollen sich aber der Einreise der Delegation als solcher nicht widersetzen.

Ein Antrag auf ein Gespräch der Delegation mit einem israelischen Regierungsvertreter wird noch erwogen. Den Israelis ist es bekannt, daß dieser Antrag erst gestellt wurde, nachdem ein „Strategie-Papier" der Grünen für ihre Nahost-Reise an die Presse durchgesickert war. In dem Papier hieß es, die Delegation solle sich nicht mit offiziellen Vertretern treffen, solange Israel die PLO nicht anerkannt habe.

Priester unter Hitlers Terror

AP, Köln

Mehr als 8000 Welt- und Ordenspriester haben nach Angaben des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Josef Höffner, in der NS-Zeit Widerstand geleistet. Eine Dokumentation darüber mit dem Titel „*Priester unter* Hitlers Terror" wurde gestern in Köln vorgestellt. Wie Höffner über die damalige Zeit erklärte, war „die den Nationalsozialismus ablehnende Haltung" unter den Priestern allgemein verbreitet. Die Dokumentation war im Jahr 1979 vom Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz angeregt worden und wurde von der „Kommission für Zeitgeschichte" unter Mitwirkung der Diözesanarchive erstellt. Nach der Untersuchung waren in den Jahren zwischen 1933 bis 45 insgesamt 7145 Welt-Priester und 866 Ordensleute mit den nationalsozialistischen Machthabern „in Kon*flikt* geraten". Das entspricht nach Angaben Höffners mehr als einem Drittel der damals in der Seelsorge tätigen Pfarrer und Kapläne. Das bedeute nicht, daß sich die übrigen „angepaßt oder feige" verhalten hätten, erklärte Höffner. „Nur wurden die meisten nicht erwischt."

Betrugs-Vorwurf gegen Garski könnte alten Senat entlasten

Von HANS-R. KARUTZ

Wenn voraussichtlich im Herbst 1985 nach mehrjährigen Ermittlungen der Prozeß um den größten Finanzskandal der Berliner Nachkriegszeit mit seinen beträchtlichen politischen Folgen beginnt, kann der frühere SPD/FDP-Senat unter dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) auf Rehabilitierung hoffen.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem jetzt wegen Fluchtgefahr erneut verhafteten ehemaligen Star-Architekten *Dietrich* Garski unter anderem vor, im Sommer 1980 die städtische „Berliner Bank" mit falschen Zahlen getäuscht zu haben. Aufgrund der Bank-Angaben hatte der Senat wiederum einen letzten Nachschuß von 25,8 Millionen Mark für Bauprojekte in Saudi-Arabien verbürgt.

Garski war in der vorigen Woche überraschend wieder in Untersuchungshaft genommen worden, nachdem er sich monatelang gegen eine Kaution von einer Million Mark und mit bestimmten Melde-Auflagen auf freiem Fuß befand. Von erheblicher Tragweite kann der erwähnte Anklagepunkt der Staatsanwaltschaft sein, Garski habe über die finanzielle Lage eines bestimmten Projekts in Saudi-Arabien, wo Garskis Firma „Bautechnik" tätig war, *gegenüber der kreditgebenden Berliner* Bank unwahre Angaben gemacht.

Denn nach den Unterlagen des Bankvorstandes, der damals im Amtszimmer des „Regierenden" Dietrich Stobbe gemeinsam mit einigen SPD/FDP-Fachsenatoren eine Beratungsrunde abhielt, beschloß schließlich der Senat im Juli 1980, den Bürgschaftsantrag zu bewilligen. Offenbar entschieden somit die Politiker in bestem Glauben und der sicheren Annahme, die von der Bank mitgeteilten Angaben seien verläßlich. Die Anklage glaubt nun nachweisen zu können, daß die von Garski vorgelegten Zahlen falsch und folglich sowohl die Bank als letzten Endes auch der Senat wegen des wahren Sachverhalts hinters Licht geführt worden wären.

Die Koalitionspolitiker stellten damals nach dem Vortrag der Bankvertreter ihre Bedenken zurück. Die kritischste Einstellung gegenüber dem weiteren *25,8-Millionen-Kredit legte* der damalige Finanzsenator Klaus Riebschläger (SPD) an den Tag, drang damit jedoch nicht durch.

Als das Unternehmen Ende 1980 Konkurs anmeldete, nachdem die Berliner Bank alle Zahlungen gestoppt hatte, wurde der SPD/FDP-Senat für den Bürgschaftsfall von rund 93 Millionen Mark an Steuergeldern politisch haftbar gemacht. Unter dem Druck seiner eigenen FDP-Fraktion mußte zunächst Wirtschaftssenator und Bürgermeister Wolfgang Lüder seinen Hut nehmen.

Mitte Januar 1981 geriet der Senat unter Stobbe schließlich insgesamt in den Strudel der Ereignisse, als Stobbe vergebens versuchte, durch eine umfassende Senatsumbildung neuen politischen Bewegungsspielraum zu gewinnen. Der Senat trat zurück.

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß, noch in der kurzen Ära *Vogel* eingesetzt, vermochte schon damals keinem der beteiligten Politiker irgendeine konkrete Schuld oder Leichtfertigkeit bei ihrer Ent*scheidung nachzuweisen*.

Die Staatsanwälte arbeiteten sich bei ihren Ermittlungen durch 1000 Aktenordner. Die Anklageschrift umfaßt 391 Blatt und weist auf 401 Dokumente hin. Die Ankläger wollen 51 Zeugen – darunter viel politische Prominenz mitsamt früheren Senatsmitgliedern –, zwei sachverständige Zeugen und einen Sachverständigen benennen.

Die Staatsanwaltschaft wirft Garski forgesetzten Betrug in besonders schweren Fällen und in einem speziellen Fall sowie die mehrfache Fälschung seines Reisepasses vor. Dabei soll Garski seinen Namen in „Gardeiner" und „Dietrich" geändert haben, um nicht entdeckt zu werden. Nach Garski war seit Juli 1982 weltweit gefahndet worden. Im April 1983 *wurde er auf den niederländischen* Antillen festgenommen und nach Berlin gebracht.

Folgt das Gericht den Vorwürfen der Anklage, müßte Garski mit einer Freiheitsstrafe zwischen einem und zehn Jahren rechnen. Sein Anwalt Manfred Studier meinte, im Prozeß werde er alle Vorwürfe gegen seinen Mandanten entkräften, „wenn die Verhandlung vorurteilsfrei und sachgerecht geführt wird". Zunächst haben Garskis Verteidiger eine Erklärungsfrist zur Anklage bis zum 1. März.

Zahl der Asylbewerber steigt wieder

dpa, Frankfurt

Die Welle ausländischer Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland steigt nach einem vorübergehenden Rückgang in den Jahren 1982 und 1983 wieder an. Allein in Hessen haben im Oktober und November jeweils mehr als 600 Flüchtlinge um Asyl nachgesucht. Damit kamen in diese zentrale hessische Anlaufstelle während der vergangenen beiden Monate halb soviel Asylbewerber wie im gesamten vergangenen Jahr, als in Hessen knapp 2400 Asylanträge gestellt wurden.

Das hessische Innenministerium hatte zuvor den vorübergehenden Rückgang der Flüchtlingszahl 1982/83 auf das Inkrafttreten des neuen Asylverfahrensgesetzes am 1. August 1982 zurückgeführt. Mit der Gesetzesnovelle wurde unter anderem die Sozialhilfe für die Betroffenen beschränkt, das Anerkennungsverfahren verkürzt und ein zweijähriges Arbeitsverbot für Asylbewerber ausgesprochen. Damit sollten sogenannte Wirtschafts-Flüchtlinge abgeschreckt werden.

Die meisten Flüchtlinge kommen aus Iran, Afghanistan, Sri Lanka, Indien und Äthiopien. Sie melden sich überwiegend in Bebra (aus Sri Lanka via Ost-Berlin und die „DDR") oder auf dem Frankfurter Flughafen (aus Afrika und Asien) bei den Behörden.

Befreiungstheologie hat keine Wurzeln im Volk

WELT-Gespräch mit Bonaventura Kloppenburg

JÜRGEN LIMINSKI, Köln

Die Theologie der Befreiung ist ein „elitäres Denken in wenigen Köpfen". Die Masse der Menschen in Lateinamerika „bleibt davon unberührt". Diese Thesen vertritt der Weihbischof von Salvador da Bahia/Brasilien, Bonaventura Kloppenburg, der jahrzehntelang Priesterseminare in Mexiko, Ecuador, Kolumbien und Peru führte und heute als Leiter des Pastoralinstituts der lateinamerikanischen Bischofskonferenz einen ziemlich umfassenden Überblick über die Denkweisen im Klerus der Region hat. In den Seminaren konnte er aus nächster Nähe die Arbeit führender Befreiungstheologen wie Leonardo Boff oder Gustavo Gutierrez kennenlernen und beobachten. Boff war jahrelang Sekretär Kloppenburgs.

In einem Gespräch mit der WELT am Rande des vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln ausgerichteten Symposiums „Kirche und Wirtschaft im Dialog über Probleme der Entwicklungspolitik" sagte der Bischof: „Die Befreiungstheologie hat keine Wurzeln im Volk. Von den jährlich 300 Absolventen des Pastoralinstituts kennen vielleicht 50 etwas genauer diesen Begriff. 20 davon können sich für die Befreiungstheologie begeistern, 30 sind dagegen. Die anderen kümmern sich nicht darum."

Das große Echo im Ausland erklärt der besonnen und abwägend sprechende Bischof zum einen mit der „Lautsprecher-Funktion der Medien". Die Befreiungstheologen hätten wichtige Zeitschriften in ihrer Hand, unter anderem „Contacto", „Servir", „Christus" und „Revista Ecclesiastica Brasiliera". Zum anderen sei das große Echo wohl auch darauf zurückzuführen, daß im Ursprungskontinent der Befreiungstheologie, nämlich Europa, dieses Thema auf ein besonders starkes Interesse stoße. Kloppenburg: „Alle führenden Befreiungstheologen in Lateinamerika haben in Europa studiert und ihre Ideen von dort mitgebracht. Diese Theologie ist in Europa geboren." Mit der Popularität der Befreiungstheologie in Lateinamerika verhalte es sich etwa so wie mit der kommunistischen Partei bei den jüngsten Wahlen in Kolumbien. Überall habe man ihre Plakate gesehen. Sie erhielt aber nur sechs Prozent der Stimmen.

Der Weihbischof von Bahia warnt davor, diese Spielart der Theologie mit der Option für die Armen zu verwechseln. Diese Option sei „notwendig" und „für uns eine Gewähr für die Glaubwürdigkeit unseres christlichen Lebens". Das Verständnis aber, das manche Bischöfe in Lateinamerika für die „Mystik aufbringen, wie sie die Befreiungstheologie nennen", lehnt Kloppenburg ab, wenn damit auch die marxistischen Elemente dieser Theologie gedeckt werden sollen. Denn die kritiklose Übernahme marxistischer Termini und Denkweisen in die Pastorale führe zur Gleichsetzung von Arme und Proletarier, Sozialkonflikt und Klassenkampf. Wer das nicht erkenne, komme in den Verdacht der Ignoranz.

Die durch die Instructio der Glaubenskongregation verurteilte (marxistische) Variante der Befreiungstheologie sei gewiß „kein Phantasiegebilde des Heiligen Stuhls". Hier widerspreche er auch den Ansichten von Kardinal Paolo Arns (Sao Paulo), eines Lehrers von Leonardo Boff. Theologen wie Boff „wollen den Klassenkampf in die Kirche hineintragen, weil sie den Kapitalismus für ein in sich schlechtes, nicht korrigierbares Übel und die Methode der marxistischen Analyse für wirklich wissenschaftlich halten."

Kloppenburg unterscheidet zwei Generationen von Befreiungstheologen. Zur älteren rechnet er Gutierrez, Torres, Gonzalo Royo, Paolo Richard, Enrique Dussel, der die Kirchengeschichte Lateinamerikas im Sinne des Marxismus umschreiben wolle, ferner Juan Luis Segundo und Segundo Galileo. Sie alle würden gern die katholische Soziallehre zugunsten des Marxismus verstoßen.

Er sei in diesem Zusammenhang sehr erfreut darüber, daß das Symposium des Instituts der deutschen Wirtschaft sich so deutlich für eine Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung ausgesprochen habe. Der Dialog der Wirtschaft mit den Kirchen müsse auch in Lateinamerika auf dieser Basis geführt werden. Zur zweiten Generation zählt der Autor des angefeindeten Buches „Die Volkskirche" ,in dem er schon Mitte der siebziger Jahre die Entwicklung richtig voraussagte, vor allem die Gebrüder Boff und ihre Schule.

So nutzen Frauen ihre Chancen

Von M. WEIDENHILLER

Ankara im Dezember: vom Smog umgeben, von Kälte durchdrungen. Auf seinen Höhen die monumentale Grabstätte Atatürks. Kaum ein Besucher findet jetzt den Weg hierher. Aber sein Name fällt dieser Tage um so häufiger, ihm vorangesetzt die Worte „unser großer Führer". Ausgesprochen von Frauen, die ihn zutiefst verehren und achten. Denn sie verdanken ihm, „nicht mehr Bürger zweiter Klasse zu sein". Sie feiern, was er ihnen vor 50 Jahren als Geschenk darbot: das Wahlrecht.

Schon 1926 hatte Atatürk das Schweizer Zivilrecht eingeführt, die Frau gleichberechtigt, die Polygamie in der Türkei abgeschafft. Hand in Hand damit ging die Säkularisierung. Revolutionär waren diese Reformen allemal, hatte doch die moslemische Priesterschaft das Leben der Nation mehr als 1000 Jahre lang geprägt. Und heute? Wie haben die Türkinnen diese Gesetze mit Leben erfüllt, wie haben sie ihre Chancen genutzt? Mit diesen Fragen beschäftigten sich türkische und ausländische Parlamentarierinnen, Vertreterinnen von Frauenverbänden, Professorinnen, Frauen, die sich für „ihre Sache" engagieren.

Das Parlament, 1983 nach drei Jahren Militärherrschaft gewählt, verneigte sich vor den Frauen mit einer Sondersitzung. Stolz wiesen diese darauf hin, daß Frankreich zehn Jahre später als die Türkei, Portugal gar erst 1976 den Frauen das Wahlrecht gewährte. Aber der Fortschritt trägt keine Siebenmeilenstiefel: Von den 400 Mandaten im Parlament in Ankara haben Frauen nur zwölf inne. Und sie sind nicht Durchschnitt, sondern Elite, Frauen, die aus privilegierten Familien stammen, daher die Chance zu Ausbildung und Karriere hatten.

Nur eimal in den 50 Jahren hat eine Frau aus dörflichem Milieu es geschafft, ins Parlament gewählt zu werden. Die Mehrheit der Frauen lebt in den etwa 40 000 Dörfern des Landes.

Hier ist Fatma oder Göksel zu Hause, wie wir die Türkin hierzulande als typisch empfinden und erleben. Mit Kopftuch und bunter Pluderhose, eingemummt und konturenlos und ganz der Familie, den Kindern, der täglichen Plackerei auf den Feldern zugewandt. Der Karikaturist der „Turkish Daily News" fing ihr Dasein ein: Männer sitzen im Kaffeehaus, Frauen werkeln auf den Feldern, ein Mann reitet auf dem Esel, während seine Frau neben ihm zu Fuß einhertrottet. Dennoch, so hat eine Umfrage ergeben, ist die Mehrheit dieser Frauen zufrieden, beurteilen sie ihre Situation als glücklich.

Die Frauen, deren kritische und auch selbstzufriedene Vorträge wir in Ankara anhören, mit denen wir uns unterhalten, denen wir auf Empfängen begegnen, tragen Pelz und Schmuck, sind selbstbewußt. Welten trennen also die Türkin von der Türkin.

Eine Brücke zu bauen, um die sozioökonomischen Unterschiede zu mindern und den Dorffrauen eine Chance zu Schulbildung zu geben, ist die vordringliche Aufgabe, der sich die Regierung stellen muß, der sich die Frauenverbände verschrieben haben. Nur so können sich Frauen Wissen über ihre Rechte aneignen, um sie dann auch, und nicht nur zu ihrem eigenen Vorteil, zu nutzen. Schulpflicht herrscht zwar bis zum Alter von 15 Jahren, aber es fehlt an Schulen. Noch immer sind 75 Prozent der weiblichen Landbevölkerung von 20 bis 24 Jahren noch nie zur Schule gegangen.

TÜRKEI

Im Nachteil waren sie schon immer, die Mädchen. Turkan Akyol, die 1971 die erste Ministerin (für Gesundheit) wurde, erinnert sich: „Wurde nach der Zahl der Kinder gefragt, gab man nur die Zahl der Jungen an. Die Mädchen zählten nicht. Ich habe es selbst erlebt." Solche Sätze zeigen an, welche Leistungen in den 50 Jahren erbracht wurden, welche Arbeit noch zu erbringen ist.

Türkan Arikan, Hochschullehrerin und Abgeordnete, eine zupackende und pragmatische Frau, arbeitet an einem Lehr- und Lernprogramm mit, das vor allem den Frauen auf dem Lande zugute kommen soll: Bücher über die Frau, ihren Lebens- und Problemkreis darstellend, werden in den Dörfern verteilt, finden auch Eingang in den Schulungsplan bei den Streitkräften. Denn eine Frauenemanzipation, so Frau Arikan, ist nur möglich, „wenn sich auch Bewußtsein und Verhalten der Männer ändern". Theaterstücke und Kassetten (Videorecorder gibt es in vielen Dörfern) sollen neues Bewußtsein wecken, verkrustete Traditionen aufbrechen, praktische Hilfe geben.

Hilfebedürftig sind die Türkinnen nicht in allen Bereichen, wie statistische Angaben belegen: jeder fünfte Jurist, jeder sechste Arzt ist eine Frau. Weibliche Abgeordnete und Offiziere, Angestellte im öffentlichen Dienst weisen ein höheres Bildungsniveau auf als ihre männlichen Kollegen. Lehrerin, Sozialarbeiterin, Sekretärin gelten auch hier als typisch weibliche Berufe. Überraschend daher, daß sie überwiegend von Männern ausgeübt werden.

Genießt die Frau im Arbeitsleben einige gesetzlich verbürgte Vorteile, muß sie darauf achten, daß sie ihr nicht ins Gegenteil verwandelt werden. So sind Firmen, die mehr als 300 Frauen beschäftigen, verpflichtet, eine Kindertagesstätte einzurichten. Viele unterlaufen aber diese Zahl, machen bei 299 halt. Frauen können ungeachtet ihres Alters nach 20 Jahren beruflicher Tätigkeit in Rente gehen. Dies soll künftig erst möglich sein, wenn sie mindestens 50 Jahre alt sind. Ihre Lebensarbeitszeit würde dadurch erheblich verlängert.

Zwar verbietet es kein Gesetz, es ist dennoch Tatsache. Eine Türkin kann nicht „Kaymakam" werden, Gouverneur auf Provinz- oder Lokalebene. Dem türkischen Mann scheint es unerträglich zu sein, daß eine Frau „einem Dutzend Männern übergeordnet ist", heißt es dazu in einem kritischen Kommentar zum Jubelfest des Frauenwahlrechts.

So hätten vor einigen Jahren mehrere Frauen versucht, die Prüfung zur Aufnahme in das Innenministerium zu machen, sich also auch den Weg zum Kaymakam zu ebnen. Aber sie „versagten" entweder bei den Tests, oder ihre Unterlagen gingen „verloren". Nur eine Frau schaffte die Hürde. Sie hieß Muzaffer. Muzaffer ist auch ein Männername... Der Innenminister wies die Beschuldigungen prompt zurück. Warten wir's ab, ob er bald die erste Gouverneurin präsentiert.

Wie denken die Frauen nun selbst über die Gleichberechtigung? 61 Prozent der weiblichen ländlichen Bevölkerung akzeptieren die dominierende Stellung des Mannes, dagegen nur 28 Prozent der Türkinnen in den Städten.

Fatma wird das Kopftuch noch lange tragen.

Partei greift jetzt Pater Jankowski an

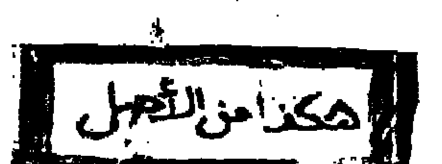
DW. Warschau

Nach den Arbeiterdemonstrationen vom vergangenen Sonntag hat die Danziger Presse gestern scharfe Kritik an dem Beichtvater Lech Walesas, Pater Henryk Jankowski, geäußert. Das KP-Organ „Glos Wybrzeza" warf dem Pater vor, seine Brigitten-Kirche zu einem Zentrum für Menschen aus ganz Polen gemacht zu haben, die dort ihrer „Abneigung gegen den Sozialismus" freien Lauf ließen. Die Zeitung forderte die Vorgesetzten Jankowskis auf, gegen den Geistlichen vorzugehen.

Jankowski kündigte seinerseits an, daß er bei den zuständigen Behörden offiziell gegen das Vorgehen der „Anti-Aufruhr"-Einheiten protestieren werde. Am Sonntag waren in Danzig 10 000 Menschen von der Brigitten-Kirche zu dem Mahnmal vor der Lenin-Werft für die Opfer des 16. Dezember 1970 gezogen. Die Demonstration war von der „Zomo" gewaltsam aufgelöst worden. Die rund 20 Festgenommenen, darunter der ehemalige „Solidaritäts"-Vize Andrzej Gwiazda und der frühere „Solidaritäts"-Führer von Lodz, Grzegorz Palka, waren bis Montag nachmittag noch nicht wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Der Arzt des Warschauer City-Krankenhauses, Marek Bagniewski, glaubt nicht daran, daß die Mörder des Priesters Popieluszko einen „ordentlichen" Prozeß bekommen. Man werde die Mörder genauso decken, wie das im Fall des Abiturienten Grzegorz Przemyk der Fall gewesen sei, erklärte der Arzt auf einer vom britischen Parlamentsabgeordneten Sir Philip Goodhart einberufenen Pressekonferenz in London. Der gesamte darauffolgende Prozeß, bei dem den Krankenpflegern der Tod des Abiturienten zur Last gelegt wurde und die Polizeibeamten freigesprochen wurden, sei eine makabre Farce gewesen.

Er habe als diensthabender Arzt am 13. Mai 1982 den jungen Lyriker bei der Aufnahme in das Krankenhaus gründlich untersucht, im Beisein der Mutter habe der junge Mann kurz vor seinem Tode bei vollem Bewußtsein seine Peiniger genannt, also die Milizbeamten, die ihn mißhandelt hätten. Seine Aussagen seien zuerst von der Staatsanwaltschaft protokolliert, dann jedoch vom Staatsanwalt aus dem Verkehr gezogen worden.



Hongkonger sagen zum Abkommen „ja, aber“

Umfragen drücken Sorge über Stabilität nach 1997 aus

JOHNNY ERLING, Bonn

Wenn Margaret Thatcher morgen mit dem chinesischen Premier Zhao Ziyang in Peking eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung unterzeichnet, die im Jahr 1997 die Übergabe Hongkongs an die Volksrepublik China vorsieht, kann sie davon ausgehen, daß die an dem Vertragswerk unbeteiligten 5,4 Millionen Hongkonger mit Vorbehalten einverstanden sind. Zu diesem Ergebnis sind übereinstimmend mehrere Umfragen gekommen, mit denen die Stimmung in der Kronkolonie erforscht wurde.

Eine von britischer Seite gestartete Befragung im November kommt zu dem Schluß, daß „die meisten Bewohner Hongkongs das Abkommen akzeptieren“. In siebenwöchiger Arbeit hatte das vom Gouverneur dafür eingesetzte Assessment Office (Amt für Beurteilung) unter Aufsicht einer vom britischen Außenminister Howe ernannten Expertengruppe repräsentative Meinungen ausgewertet. Unter 679 Stellungnahmen von Organisationen und Firmen sprachen sich nur 33 gegen das Abkommen aus; von 1815 Privatpersonen äußerten sich 364 ablehnend. Peking bezeichnete den Report offiziell als eine rein „britische Angelegenheit“, ließ aber durchblikken, daß es ihn für nützlich hält.

Differenzierter fiel die bislang größte Umfrage aus, die kurz zuvor von der unabhängigen „South China Morning Post“ veröffentlicht wurde. Zwischen dem 16. Oktober und dem 2. November ließ sie 6124 Personen interviewen. 90 Prozent der Befragten konnten sich darauf verständigen, das mit Peking vereinbarte Abkommen sei besser als keines zu haben. Nur zehn Prozent der Befragten bewerteten es mit einem „sehr gut für uns“ und weniger als ein Prozent mit „sehr schlecht“. Die Mehrheit gab ein Votum ab, daß die Zeitung als ein „Ja, aber“ charakterisierte.

Das „Aber“, so alle Umfragen, bestimmt heute das Denken der Hongkonger. „Wir hatten keine Mitsprachemöglichkeit“, hörten die Untersucher von den Befragten, „was haben wir für eine andere Alternative als zuzustimmen?“ Mit diesem Argument hatten Kritiker bereits die Umfrage des Assessment Office als Farce abgetan. Das sei sie nicht, entgegnete ein hoher Beamter, so die „Far Eastern Economic Review“. Die Umfrage, in der sich auch Ängste und Nöte der Bevölkerung Gehör verschaffen, könnte die plötzliche Londoner „Euphorie“ über das „perfekte Abkommen“ dämpfen. Die Hongkonger betrachten es gerade nur als „gut“.

Wenn Frau Thatcher am 21. Dezember über Hongkong wieder nach Hause fährt, wird sie dies mit auf den Weg bekommen. Die häufigsten Fragen in Verbindung mit dem Abkommen listete die „South China Morning Post“ auf: „Welche Garantien gibt es für die auf dem Papier stehende Erhaltung der Stabilität und des Wohlstandes bis 1997 und noch für 50 Jahre später, und wer garantiert sie?“ Fragen, die sowohl nach der politischen Landschaft Chinas nach dem Tod Deng Xiaopings, als auch nach der Praktizierbarkeit der Versprechungen eines Nebeneinanderbestehens „zweier Systeme in einem Land“ gestellt sind.

Mit Sorge registrierten Interviewte das von Peking betonte Recht, nach 1997 in Hongkong Soldaten zu stationieren. Die Umfragen zeigten aber zugleich: Je vertrauter die Befragten mit dem Abkommensentwurf waren, desto höher der Grad ihrer Zustimmung. Acht Prozent wußten noch Ende November nichts von dem Abkommen, das immerhin in 2,4 Millionen Exemplaren verteilt worden war, mehr als die Hälfte war nur allgemein informiert.

Eine jetzt veröffentlichte Analyse des Zentrums für Asiatische Studien an der Universität Hongkong über öffentliche Meinung und das Jahr 1997 vergleicht Dutzende von Umfragen, die von Mai 1982 bis Juli 1984 durchgeführt wurden. Während noch 1982 bis zur Hälfte der Befragten sich um den Zeitpunkt 1997 nicht sorgten, *ist es heute nur noch ein* verschwindender Prozentsatz. Die Gründe sieht die Studie in der zu 98 Prozent aus Chinesen bestehenden Bevölkerung, die sich zurückhielten, solange sie ungestört ihren Geschäften nachgehen konnten. Die Studie prognostiziert ein wachsendes Interesse am sozialen, politischen und internationalen Geschehen auch bei der Masse der Hongkonger, die zu aktiverer politischer Mitbeteiligung führen und sowohl London als auch Peking noch Sorgen bereiten dürfte.

Unsicherheit in der Welt (I): Spanien

Wer zuerst schießt, überlebt

In fast allen Ländern wachsen die Kriminalität und die Verbrechensbekämpfung zu einem innenpolitisch brisanten Thema heran. In einer losen Artikelfolge schildern die Korrespondenten der WELT Zustand und Problematik der Sicherheitslage in Europa und Amerika.

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Noch hat das Klima der Unsicherheit nicht den Grad panischer Psychose erreicht, wohl aber existiert eine tief empfundene Angst nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Wohnungen.“ So offen charakterisierte dieser Tage der Chef der neugeschaffenen Sondereinheit der Polizei zur Bandenbekämpfung in Barcelona die blasse Angst seiner Mitbürger. In Villenvororten von Madrid kurven privatbezahlte bewaffnete Wacheinheiten, in Arbeitervierteln, die nicht weniger unter der Plage vor allem jugendlicher Raubbanden leiden, rottet man sich gelegentlich zu einer Selbstwehr zusammen.

Madrid setzte dieses Jahr 550 Polizisten zusätzlich ein. Sie sollen zu Fuß die motorisierten Streifen ergänzen. „Aber was sind schon 550 Mann mehr in 38 besonders gefährdeten Stadtteilen einer Viermillionenstadt“, fragten vor allem Apotheker, Juweliere, Uhrmacher und Bankangestellte. Es gibt Geschäfte, die im vergangenen Jahr bis zu dreißigmal den nervös herausgepreßten Satz hörten: „Dies ist ein Überfall!“

Angst wird Routine

Junge Leute, viele Minderjährige darunter, stehen dann mit Pistolen, Jagdgewehren mit abgesägtem Lauf, scharf gefeilten Schraubenziehern oder Messern vor Ladeninhabern, Kunden und Angestellten. Angst wurde zur Routine. Und Verzweiflung. Der sechzigjährige Inhaber eines kleinen Madrider Schmuckgeschäftes sah aus dem Hinterzimmer kommend seine Frau, bedroht von zwei Bewaffneten, deren Nervosität die Drogensucht erkennen ließ. „Ich zog meine Pistole und schoß. Ich traf auch; aber ich werde es nie wieder loswerden, daß ich einen Menschen erschoß.“ Meist liegt allerdings der Geschäftsinhaber am Boden.

Wer zuerst schießt, überlebt. Diese Chicagoer Devise macht auch hierzulande Schule: In Galizien erschoß ein Ladeninhaber einen jungen Mann, der seinen Wagen für eine Demon*stration als* Barrikade umwerfen wollte. Allein im letzten Jahr stieg die Zahl der Verbrechen nach einer inoffiziellen Statistik um 35 Prozent, wie aus einem Kommentar der Zeitung „La Vanguardia“ hervorgeht. In einer geheimen Besprechung im Innenministerium habe man eine Steigerung von 10 Prozent der Untaten als für den Bürger „noch hinnehmbar“ bezeichnet. Am Beispiel Malaga erklärt der Kommentator die Gründe für die dreifache Steigerung. Die Hauptstadt der Costa del Sol von über 500 000 Einwohnern muß nämlich mit einem einzigen Polizeikommissariat auskommen. Wer einen Überfall, einen Einbruch oder nur den Diebstahl seines Wagens anmelden will, muß buchstäblich Schlange stehen bis auf die Straße, bis ein überlasteter Polizist seinen Bericht anhört und – archiviert. Entsetzt äußerten sich Scotland-Yard-Leute an der Costa del Sol über das unbehinderte Paradies der Ganoven aus aller Welt: „Die gefährlichsten Räuber Englands geben hier Interviews in ihren Villen, in denen sie ihre geraubten Millionen weißwaschen.“

Die Explosion des Verbrechens muß aus der Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren gesehen werden. Nach Methoden der Dorfgendarmen des 19. Jahrhunderts sorgten während der Franco-Ära die Polizisten – sehr wirksam – auf ihre Weise für Ordnung: Hühnerdiebe und kleine Ganoven wurden auf der Wache verprügelt und wieder nach Hause geschickt. Für schwere Vergehen wurden hohe Gefängnisstrafen verhängt.

So sorgte vor allem die Furcht vor der Guardia Civil für die Sicherheit des Bürgers. Sicherheit wurde in den sechziger Jahren sogar eine besondere Attraktion des spanischen Tourismus. Die Rechtsstaatlichkeit der Demokratie bedeutete das Ende der Polizeijustiz. Schlagartig dehnte sich das Verbrechen aus. Die Polizei war darauf überhaupt nicht vorbereitet. Die Rechtssprechung und Avantgardisten der Justiz orientierten sich gleich an Vorbildern wie Schweden. Und ihren neuen gesetzlichen Schutz voll ausnutzend, strömten jugendliche Missetäter auf die Straße. An das Vagabundieren ohnehin gewöhnt, das Messer sehr locker in der Tasche, stellten sie schnell fest, daß sie bestenfalls eine Nacht im Polizeigewahrsam bleiben mußten, bevor sie der Wachhabende oder der Untersuchungsrichter Tags darauf wieder auf freien Fuß setzte.

Innenminister Barrionuevo gibt der internationalen Drogenwelle einen großen Teil Schuld an der Explosion des Gewaltverbrechens. Wie eine Sturmflut stürzte sie über dem von Heroin und LSD noch so gut wie unberührten Spanien *zusammen*.

Verantwortungslos

Ideologische „Fortschritte“ kamen ihnen entgegen: „Die weiche Droge schadet nichts. Wir lassen sie zu“, befanden vor fünf Jahren auf Kommunalebene verantwortliche Politiker, wie Madrids Bürgermeister Tierno Galván, damals noch Ehrenpräsident der Sozialistischen Partei.

Abgesehen davon, daß die Polizei den Organisationen des internationalen Drogenhandels, die sich auf den neuen Markt stürzen, noch lange nicht gewachsen sein wird, bedeutet diese ideologisch begründete Verantwortungslosigkeit für viele junge Spanier den Tod. Jede Woche stirbt in Madrid ein Heroinsüchtiger. Die Bischöfe des Baskenlandes denunzierten in einer genauen Untersuchung den Zusammenhang zwischen Waffen- und Drogenhandel in der Terroristenszene. 11 000 junge Basken sind heroinsüchtig (bei zwei Millionen Einwohnern), „somit haben wir Hongkong überflügelt“, stellten die Bischöfe fest.

Der Innenminister, selbst Sozialist, stellte fest, daß die weiche Droge zur härteren überleitet und daß ein Heroinsüchtiger eigentlich nicht mehr zu retten sei. Eine halbe Million Peseten – etwa 9000 Mark – braucht er im Monat, um „leben“ zu können. Wirtschaftliche Not, die Arbeitslosigkeit, unter der allein 800 000 Schulentlassene leiden, und die sich auch hierzulande lockernden Familienbande tragen ihren Teil zur Unsicherheit bei. (SAD)

Jugoslawischer Politiker rügt Kardinal König

Würdigung Stepinacs sei eine „grobe Einmischung“

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der extrem scharfe Angriff eines führenden jugoslawischen Politikers auf den Wiener Erzbischof und Kardinal Franz König hat Spekulationen über *eine mögliche Verschlechterung* der Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche in Jugoslawien ausgelöst.

Dusan Dragosavac, Mitglied des Präsidiums der jugoslawischen KP und einer der einflußreichsten Spitzenfunktionäre in Kroatien, hat den Wiener Kardinal beschuldigt, sich auf „grobe Weise“ in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens eingemischt zu haben. König habe während des eucharistischen Kongresses in Marija Bistrica den verstorbenen kroatischen Kardinal Aloizije Stepinac positiv gewürdigt.

Dragosavac, der zur serbischen nationalen Minderheit in Kroatien gehört und in Zagreb als Vertreter eines harten Kurses gilt, richtete auch Attacken gegen namentlich nicht genannte jugoslawische Regierungsvertreter. Diese hätten sich von einer Predigt Kardinal Königs im kroatischen Marien-Wallfahrtsort „desorientieren“ lassen. Dragosavac wirft diesen Regierungsvertretern vor, sie hätten den Wiener Kardinal nach dessen Eintreten für Stepinac sofort des Landes verweisen müssen.

Kardinal Aloizije Stepinac, um den immer wieder Polemiken zwischen Kommunisten und katholischer Kirche in Jugoslawien und Kroatien aufflammen, war während des Zweiten Weltkrieges und danach katholischer *Erzbischof von Zagreb. Die Kommu*nisten, die ihn zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilten, bezeichnen ihn heute noch als Staatsfeind, Reaktionär und Kriegsverbrecher. Stepinac starb 1960 in der Verbannung. Seine Beisetzung in der Zagreber Kathedrale wurde zu einer Massendemonstration. Heute ist sein Grab ein Wallfahrtsort. Von vielen kroatischen Katholiken wird er als Märtyrer betrachtet.

Erstaunlich ist, daß das Präsidiumsmitglied Dragosavac erst jetzt auf einen Vorfall zu sprechen kommt, der sich im September ereignete. Damals erklärte Kardinal König – der als persönlicher Vertreter des Papstes zum kroatischen eucharistischen Kongreß gekommen war – in einer Predit wörtlich: „Es war mir eine große Freude, als ich gestern in der Zagreber Kathedrale als Abgesandter des Heiligen Vaters der Eröffnung des eucharistischen Kongresses beiwohnen konnte – in der Nähe des Grabes von Stepinac, mit dem mich Jahre gemeinsamer Studien in Rom ebenso wie Jahre der Gemeinschaft über das Grab hinaus verbinden.“

Diese an sich unpolitische Bemerkung hat bei Dragosavac und wahrscheinlich auch bei anderen jugoslawischen Spitzenfunktionären zu einer hochpolitischen Reaktion geführt, aus der sich die ganze Empfindlichkeit des „Falles Stepinac“ – und damit das Erbe des innerkroatischen und innerjugoslawischen Bürgerkrieges zwischen Katholiken und Orthodoxen, Kommunisten und Faschisten, Nationalisten und Moslems ergibt.

Zugleich gibt Dragosavac zu erkennen, daß es in der Politik gegenüber der katholischen Kirche – ebenso wie in vielen anderen Fragen – innerhalb der jugoslawischen Kollektivführung offenbar keine einheitliche Linie mehr gibt. Übrigens zeigte sich das bereits am Verlauf des eucharistischen Kongresses im Spätsommer, zu dem der Papst ursprünglich eingeladen war, dann aber – auf Druck dogmatischer Parteikreise – wieder *ausgeladen werden* mußte.

Kardinal König, der damals anstelle von Johannes Paul II. erschien –, obwohl man weiß, wie gerne der polnische Papst zu seinen slawischen Glaubensbrüdern in Kroatien gefahren wäre –, *ist nun in das Schußfeld* auch der jugoslawischen Medien geraten. Die Belgrader Parteizeitung „Borba“ bezeichnete den Wiener Kardinal als „typischen Vertreter des habsburgischen Österreich“ und folglich als Gegner der jugoslawischen Staatsidee. König habe, so heißt es in der „Borba“, die jugoslawische katholische Kirche unter „österreichisches Kuratel“ gestellt. Obwohl Kardinal König von höchsten jugoslawischen Politikern – unter anderem durch den verstorbenen Tito-Stellvertreter Edvard Kardelj – über den „nationalen Verrat“ des Kardinals Stepinac unterrichtet worden sei, habe er an seiner positiven Bewertung des verstorbenen kroatischen Kirchenfürsten festgehalten.

FUSSBALL / Großes Lob für den Debütanten Olaf Thon

● Der 3:2-Sieg der deutschen Fußball-Nationalmannschaft gegen Malta war der Abschluß eines Jahres, das vom Umbruch gekennzeichnet war. Der Wechsel von Jupp Derwall zu Franz Beckenbauer hat 1984 geprägt. Äußeres Zeichen der Veränderung: 33 Spieler kamen in der Nationalmannschaft zum Einsatz, 1983 waren es nur 26.

● Elf Länderspiele gab es 1984, mit sieben Siegen, einem Unentschieden und drei Niederlagen (0:1 gegen Frankreich, 0:1 gegen Spanien bei der Europameisterschaft, 1:3 gegen Argentinien bei Beckenbauers Einstand). Nur Rudi Völler und Andreas Brehme haben alle Spiele mitgemacht. Letzter Debütant: Olaf Thon auf Malta, der hoch gelobt wird.

● „Wir sind so glücklich wie bei einem Sieg." So sieht die Zeitung „L'Orizzoni" das 2:3 gegen Deutschland. „Ein bemerkenswertes Spiel und ein überaus ehrenvolles Ergebnis", urteilte Maltas Zeitung „The Times". Und George Abela, der Präsident des Fußball-Verbandes: „Das kleine Malta hat das große Deutschland zittern lassen."

Der Kaiser zeigt Härte – jetzt gegen Funktionäre und Schlachtenbummler

ULRICH DOST, La Valletta

Er hat stets etwas Liebenswürdiges an sich. Dazu weiche Gesichtszüge, die einen angenehmen und umgänglichen Menschen vermuten lassen. Franz Beckenbauer strahlt Ruhe und Souveränität aus. Doch hinter dieser Fassade brodelt es. Franz Beckenbauer, der so geduldig und liebenswert sein kann, hat die große Schere rausgeholt, um lange Zöpfe im deutschen Fußball abzuschneiden. Franz Beckenbauer, der sich nicht so leicht blenden läßt („Auf Malta stimmte nur das Ergebnis und die Leistung von Olaf Thon"), hat seinem Umfeld den Kampf angesagt: Die Funktionäre und die Schlachtenbummler des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), die in dem Verein „Freunde der Nationalmannschaft" zusammengefaßt sind, müssen sich in acht nehmen. „Kaiser Franz", wie Beckenbauer als Spieler genannt wurde, steckt auch hier seinen Rahmen ab, in dem es nur einen Herrscher gibt: ihn selbst.

Der einzige, der vor des Kaisers Augen Gnade findet, ist sein Chef, Präsident Hermann Neuberger. Beckenbauer: „Er darf als einziger an Mannschaftssitzungen teilnehmen, auch wenn er es bislang noch nicht tat, oder mit der Mannschaft im Bus mitfahren." Die vielen Funktionäre, die der DFB bei jedem Länderspiel im Schlepptau hat, sind dem Teamchef ein Dorn im Auge. Erst recht dann, wenn einer seine Spieler kritisiert. Die Mannschaft und Lothar Matthäus trennen Welten, hat der alte Hamburger Spielausschuß-Vorsitzende Walter Baresel nach dem 3:2-Erfolg der Nationalmannschaft auf der Mittelmeerinsel Malta etwas leichtfertig einem Journalisten anvertraut. Der konfrontierte sogleich Franz Beckenbauer mit dieser Aussage, der sich kaum bremsen konnte: „Wenn der Walter Baresel nicht aufhört, die Spieler zu kritisieren, werde ich dafür sorgen, daß er zum letzten Mal mitgefahren ist." Was sicherlich eine Demonstration von Stärke am falschen Objekt wäre. Denn gerade dem älteren, liebenswerten Herrn Baresel liegt es fern, ihm Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Und weil der Teamchef gerade einmal in Fahrt war, gab es noch weitere Rügen. „Manchmal dachte ich", so Beckenbauer, „ich wäre auf einer Hochzeitsreise." Der Lärm der Schlachtenbummler, ihre ständigen Autogrammwünsche – dies alles will Beckenbauer künftig nicht mehr haben. Er meint: „Die Mannschaft muß alleine wohnen und sich in Ruhe auf das Spiel konzentrieren können. Künftig werden wir nicht mehr mit den Schlachtenbummlern unter einem Dach wohnen. Wir richten eine halbstündige Autogrammstunde ein, damit hat es sich." Nach außen angenehm und nett, nach innen aber ein harter Hund, so präsentiert sich Franz Beckenbauer heute, ein Kaiser, der längst nicht mehr das Mäntelchen der Barmherzigkeit trägt.

Kaum jemand hat im deutschen Fußball einen Namen zu verlieren wie Franz Beckenbauer. Sein Name steht für Genialität im internationalen Fußball, Beckenbauer, das ist ein Markenartikel erster Güte. Einer wie er, der läßt sich nicht von Trittbrettfahrern beeindrucken. Der versucht alles auszuschalten, um sich später nicht den Vorwurf machen zu müssen, etwas übersehen zu haben.

So lebt er seinen Spielern den Beruf Fußball vor, die es allmählich auch begreifen. „Es war sicherlich nicht alles Gold, was glänzte", meinte Mannschaftsführer Karl-Heinz Rummenigge nach seinem 80. Länderspiel, das sicherlich nicht zu seinen besten zählen wird. Aber er sagt auch: „Bei uns stimmt wieder das Engagement. Wir haben nie daran gezweifelt, daß wir verlieren könnten, auch als es 0:1 stand. Alle haben mitgezogen, niemand gab auf. Auf so eine Moral läßt sich aufbauen." Ob sie dieses Spiel mit Jupp Derwall noch umgebogen hätten? Eine hypothetische Frage gewiß und dennoch gab es meistens ein Kopfschütteln.

Bei ihrem neuen Teamchef gibt es keine Entschuldigungen oder Ausreden, das wissen die Spieler. Franz Beckenbauer geht auch nicht so leicht zur Tagesordnung über. Selbst nicht nach so einem Spiel, das meistens in die Kategorie fällt: Hauptsache gewonnen, möglichst schnell vergessen. Über die zwei Tore, die die deutsche Hintermannschaft hinnehmen mußte, wird noch geredet werden müssen. Beckenbauer: „Da haben wir uns ja ausspielen lassen wie eine Schülermannschaft." Er klopfte sich auch auf die eigene Brust, denn in der Vorbereitung sei das Hauptgewicht auf die Offensive gerichtet worden, weil es ja doch sehr unwahrscheinlich war, daß die Malteser oft vor das deutsche Tor kommen würden. Versäumnisse dieser Art wird es vor dem dritten WM-Qualifikationsspiel am 24. Februar 1985 in Lissabon gegen Portugal nicht geben.

Ob denn die Abstimmung zwischen drei Stürmern besser geklappt habe als bei der EM in Frankreich, wurde Karl-Heinz Rummenigge gefragt. Seine Antwort: „Wesentlich besser als in Frankreich. Wir standen uns nicht gegenseitig auf den Füßen." Und das nächste Spiel in Portugal, wieder mit Rummenigge, Völler und Klaus Allofs, der nach seinen beiden Kopfballtoren von Malta gute Karten besitzt? Rummenigge: „Das will ich nicht beantworten, das ist Sache von Franz Beckenbauer. Da will ich ihm bestimmt nicht reinreden." Beckenbauer wird es vom jeweiligen Gegner abhängig machen.

Die Einwechslung zur Pause des erst 18 Jahre alten Olaf Thon beim noch kritischen Spielstand von 1:1 beweist die Experimentierfreude des neuen Teamchefs. Sein Assistent Horst Köppel meinte: „Da haben wir gezeigt, daß wir auch Mut haben." Schon vor dem Spiel hat Beckenbauer über Thon gesagt: „Das wird einmal einer." Der nur 1,70 Meter große Schalker, der bei seinem ersten Dabeisein gleich 45 Minuten spielen durfte und voll überzeugen konnte, hat schnell begriffen, in welche Richtung die Nationalmannschaft marschiert. Er sagt: „Ich muß jetzt auf dem Teppich bleiben, man darf von mir keine Wunderdinge erwarten, die Sache war doch halb so schlimm. Rummenige oder Völler, die sind doch noch zwei Klassen besser als ich, und die Malteser waren nicht stärker als eine defensiv eingestellte Oberliga-Mannschaft."

Auf diese Leute kann Beckenbauer bauen, die nicht so schnell mit sich selbst zufrieden sind und die sich nicht in Selbstgefälligkeit ergehen. Das Jahr 1985 wird es endgültig zeigen, ob im deutschen Fußball eine neue Zeitrechnung begonnen hat.

STAND ● PUNKT

Bobfahren und Arbeit

Stefan Gaisreiter, ehedem Bob-Pilot der Weltklasse, jetzt Bundestrainer, bemängelt die fehlende professionelle Einstellung der deutschen Fahrer. Daß sie international hinterherfahren, habe einen simplen Grund, sagt Gaisreiter: „Sie gehen, und müssen das wohl auch, in erster Linie ihrem Beruf nach, bevor sie sich im Eiskanal quälen." Einer von ihnen, der zweimalige deutsche Meister Toni Fischer aus Ohlstadt, ist dennoch ein Bob-Besessener. Der 30 Jahre alte Kraftfahrzeugmechaniker mußte einen Kredit aufnehmen, um sich die Triumph-Fahrten in Königssee überhaupt leisten zu können.

Das ist die Situation – und sie ist international noch dadurch verschärft, daß in der „DDR" und in der Sowjetunion regelrechte Forschungsinstitute bei der Konstruktion eines Schlittens und beim Entwurf von Trainingsprogrammen zur Verfügung stehen. Dem will der Verband der Bundesrepublik nun entgegenwirken. Nach osteuropäischem Vorbild ist geplant, die Zusammensetzung der einzelnen deutschen Spitzenteams nicht mehr dem Zufall zu überlassen. Nicht mehr die Kameradschaft im Schlitten sei das Ausschlaggebende, sondern, wer fahrerisch und athletisch zueinander passe.

Das kann helfen, muß aber nicht unbedingt. Denn hinter solchen Überlegungen steckt eine Menge an Erfolgsdruck – von vornherein. Und wer sich bisher hierzulande diesem Sport mit Haut und Haaren verschrieben hat – wie zum Beispiel der Dortmunder Siegfried Rothe –, hatte sich damit auch selbst motiviert. So gesehen, wird die Idee des ehemaligen Bremsers und jetzigen Sportdirektors des Verbandes, Siegfried Radant, erst noch ein Experiment bleiben. Denn wie sagte doch ein Bobfahrer in Königssee: „Wir müssen in erster Linie arbeiten, denn mit Bobfahren können wir kein Geld verdienen." Und wenn das schon nicht möglich ist – dann sollte es wenigstens noch etwas Spaß machen. Bobfahrer waren schon immer Männer mit oft eigenwilligen Dickköpfen.

K. Bl.

EISHOCKEY

Unsinn ist zufrieden

dpa, Moskau

Eishockey-Bundestrainer Xaver Unsinn ist so leicht durch nichts zu erschüttern. Was macht da schon eine 0:6-Niederlage gegen den Eishockey-Weltmeister UdSSR? Wenn Unsinn, wie jetzt beim Auftaktspiel der deutschen Mannschaft beim Iswestija-Turnier in Moskau, sagt, er sei „nicht unzufrieden", dann hat der 55 Jahre alte Augsburger wieder einmal das Image des deutschen Eishockeys vor größerem Schaden bewahrt.

Zwei Drittel lang konnte das Team von Xaver Unsinn bei der zweiten Teilnahme an diesem traditionsreichen Turnier sehr gut mithalten. Sogar Viktor Tichonow, Trainer der UdSSR, bestätigte, daß sich die Mannschaft „wirkunsvoll verteidigt hat". Nach 40 Minuten stand es im Luschniki-Park nur 0:2. Das ist schon etwas. Vor einigen Jahren hatte der damalige Trainer Anatoli Tarasow aus ähnlichem Anlaß bei einem Spiel gegen die Deutschen seine Stars in der Drittelpause noch zum Straftraining verdonnert.

Tichonow hat dies nicht nötig. Als die Sowjets etwas ernster machten, war es schnell um das deutsche Team geschehen. Die 14 000 Zuschauer, unter ihnen etwas 300 deutsche Fans, konnten aber nicht übersehen, daß die UdSSR nicht mit dem letzten Druck spielte. Sie boten gepflegtes; schönes Eishockey mit schnellen Kombinationen und herrlichen Treffern. Einen steuerte jedoch der Kölner Marcus Kuhl bei, denn bei einer mißglückten Rettungsaktion überwand er seinen eigenen Torwart Helmut de Raaf.

Mit der Leistung der jungen Spieler darf Xaver Unsinn beruhigt dem weiteren Verlauf des Turniers entgegen sehen. Bestnoten verteilte der Trainer an Torwart Helmut de Raaf (Kölner EC), der Karl Friesen (Rosenheim) glänzend vertrat, und an den 19 Jahre alten Axel Kammerer vom SB Rosenheim, der sein erstes Länderspiel mit kämpferischen Einsatz gut durchstand. Unsinn: „Die Burschen sind noch steigerungsfähig. Man muß sie nur langsam an die großen Turniere heranführen." Beim Bundestrainer sind sie in bewährte Hände.

NACHRICHTEN

Girardellis dritter Sieg

Madonna di Campiglio (dpa) – Der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli (21) gewann sein drittes Weltcup-Ski-Rennen in dieser Saison. Beim Super-Riesenslalom in Madonna lag er vor den Schweizern Pirmin Zurbriggen und Martin Hangl. Bester Deutscher war Markus Wasmeier auf Platz zwölf. Die Kombination aus Slalom und Super-Riesenslalom gewann Andreas Wenzel aus Liechtenstein.

Peter Angerer Zweiter

Stjordal (sid) – Olympiasieger Peter Angerer belegte bei einem Biathlon-Wettbewerb über zehn Kilometer in Geilo (Norwegen) Platz zwei hinter dem Norweger Rolf Storsveen. Hinter Angerer folgten mit Pichler, Reiter und Fischer noch drei Läufer aus der Bundesrepublik Deutschland.

Schuster verwarnt

Barcelona (dpa) – Der FC Barcelona verlor sein erstes Spiel der spanischen Fußballmeisterschaft mit 0:1 bei Athletico Bilbao. Bernd Schuster wurde wegen eines Foulspiels verwarnt.

Keine Bescheinigungen

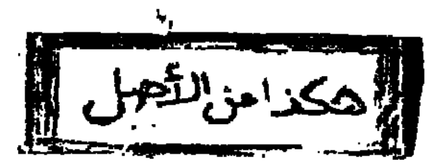
Bonn (sid) – Die 60 000 Sportvereine dürfen auch weiterhin keine Spendenbescheinigungen für das Finanzamt ausstellen. Dies teilte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministeriums, Friedrich Voss, dem SPD-Bundesabgeordneten Uwe Lambinus auf eine parlamentarische Anfrage mit.

Rückerstattung

Stuttgart (sid) – Mit der Verabschiedung des Haushaltsplans für 1985/86 hat der Landtag von Baden-Württemberg auch die Rückerstattungsquote der Totalisatorsteuer von 80 auf 90 Prozent erhöht. 1982 war die Rückerstattung dieser Steuer von 96 auf 80 Prozent gekürzt worden.

China besiegt

Singapur (sid) – Saudi-Arabien gewann das Finale des 8. Asien-Cups im Fußball mit 2:0 über China. Das Spiel in Singapur sahen 50 000 Zuschauer.



TENNIS / Schweden führt im Finale des Davis-Cups gegen die USA

Connors nur beim Fluchen stark

sid/dpa, Göteborg

Im Finale um den Davis-Cup haben *die schwedischen Tennisspieler auf* Sand gebaut, allerdings mit Erfolg. Nach dem ersten Tag führten sie überraschend gegen die USA, die mit John McEnroe und Jimmy Connors nach Göteborg angereist waren, mit 2:0. Und ein entscheidender Faktor für die Niederlagen der Amerikaner *in den ersten beiden* Einzeln war eben der langsame Aschenplatz, der eigens für dieses Endspiel in der „Skandinavium"-Halle aufgebaut worden war.

Die Niederlage von Jimmy Connors gegen den Schweden Mats Wilander (1:6, 3:6, 3:6) war von den 14 000 Zuschauern zwar nicht erwartet, aber erhofft worden. Mit dem Sieg von Henrik Sundström über Wimbledon-Sieger John McEnroe (13:11, 6:4, 6:3) hatte allerdings keiner gerechnet.

„So leicht hatte ich mir das nicht vorgestellt", sagte Sundström später. McEnroe *gewann gegen den Schweden* keinen Satz, für den ersten hatten die beiden Spieler allein 122 Minuten gebraucht. *Als Hauptgrund* für seine Niederlage führte McEnroe an: „Ich habe selten so schlecht aufgeschlagen wie in diesem Spiel."

Hatten die beiden Amerikaner spielerisch an diesem Tag nicht so viel zu bieten wie gewohnt, so zeichneten sie sich *auf einem anderen Felde* aus: Beim Beschimpfen von Schiedsrichter und Zuschauern. Immer, wenn Connors beim Seitenwechsel am Hochsitz des englischen Schiedsrichters George Grime vorbeiging, nannte er ihn mal einen „warmen Bruder", mal einen „Blinden", mal schlug er mit seinem Schläger gegen den Schiedsrichterstuhl. Connors mußte wegen seiner zum Teil obszönen Gesten sogar Punkt- und Spielverluste hinnehmen. Ihm drohte sogar eine Disqualifikation für das zweite Einzel, das heute gespielt wird. *Nachdem er sich gestern entschuldigt hatte*, wurde er aber lediglich mit einer Geldstrafe in Höhe von *2000 Dollar* belegt. *Connors zu den* Vorwürfen: „Ich habe nur über mich selbst geflucht."

Mats Wilander, den die Streiterei in keiner Weise beeindruckte, sagte hinterher: „Ich habe die Regeln nicht gemacht. Doch sind sie nun mal da, und wir Spieler haben uns danach zu richten – oder man wird bei Verstößen eben bestraft."

Im zweiten Match ließ McEnroe nichts unversucht, sich mit den Zuschauern anzulegen. Einem schrie er zu „Halt's Maul", dann beschwerte er sich beim Schiedsrichter, weil ihn das Schwenken einer schwedischen Flagge störte. Des öfteren gab er den Besuchern mit obszönen Handzeichen zu verstehen, was er von ihnen hielt. Diese revanchierten sich auf ihre Weise. Als McEnroe zweimal auf der roten Asche wegrutschte, hatten sie nur *höhnisches Gelächter für* ihn übrig.

ZAHLEN

SKI ALPIN

Super-Riesenslalom der Herren in Madonna di Campiglio: 1. Girardelli (Luxemburg) 1:41,87, 2. Zurbriggen (Schweiz) 1:42,78, 3. Hangl (Schweiz) 1:43,20, 4. Enn (Österreich) 1:43,21, 5. Hinterseer (Österreich) 1:43,59, 6. Wenzel (Liechtenstein) 1:43,66 ... 12. Wasmeier 1:44,32, 19. Roth 1:44,88, 20. Felbinger (alle Deutschland) 1:44,92. – Zwischenstand des Weltcups: 1. Zurbriggen (Schweiz) 104 Punkte, 2. Girardelli (Luxemburg) 95, 3. Wenzel (Liechtenstein) 67, 4. Erlacher (Italien) 65, 5. Julen (Schweiz) 60, 6. Hangl (Schweiz) 58.

SKISPRINGEN

Weltcup in Lake Placid, 70-m-Schanze: 1. Felder (Österreich) Note 223,9 (91,0+85m), 2. Puikkonen (Finnland) 223,2 (89+82m), 3. Bergerud (Norwegen) 220,6 (86,5+84m), ... 10. Steiert (Deutschland) 199,7.

HANDBALL

Bundesliga, TuRa Bergkamen – Wallau-Massenheim 18:17.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 2, 1, 1, 1, 0, 1, 1, 0, 2, 2, 1. – 6 aus 45: 5, 18, 24, 40, 43, 45, Zusatzzahl: 36. – **Rennquintett:** Rennen A: 2, 15, 12. – Rennen B: 33, 28, 30. (ohne Gewähr).

SCHWIMMEN / Europapokal-Sieg in Bergen um einen Punkt verpaßt

Kritik an Superstar Michael Groß

dpa, Bergen

„So kaputt habe ich den Michael noch *nie gesehen. Der war heute tot.*" Schwimm-Bundestrainer Manfred Thiesmann sprach von Doppel-Olympiasieger Michael Groß (20). Den „Albatros", wie er in Los Angeles genannt wurde, hatten beim Europacup in Bergen die Kräfte verlassen. Groß: „So kaputt war ich selten."

Siege am Samstag über *200* m Schmetterling und mit der Lagen-Staffel. Sieg auch noch am Sonntag, im ersten Rennen über 200 m Freistil. Danach ging er baden. Nur Dritter über 100 m Schmetterling, dann eine Niederlage mit der Freistil-Staffel: 255 Punkte für die „DDR", 254 Punkte für die Bundesrepublik Deutschland – der große Traum vom ersten Europacupsieg war ausgeträumt. Förmlich nach Luft ringend verließ Michael Groß das Wasser, die Wangen eingefallen: „14 Tage brauche ich, bis ich wieder fit bin."

18 Rennen in neun Tagen, fünf bei der Deutschen Mannschaftsmeisterschaft in Schwäbisch Gmünd, fünf bei *den Rekordrennen seines* Klubs EOSC Offenbach und acht am Wochenende beim Europacup hatten ihren Tribut gefordert. Groß war fertig, fix und fertig. Und er erntete Kritik. Nach der Führung nach dem ersten Tag war die Erwartungshaltung im DSV-Lager in Bergen in die Höhe *geschnellt*. Nach *dem olympischen* Medaillenregen träumten Athleten, ihre Trainer und Funktionäre über Nacht vom Sprung auf Europas Schwimm-Thron. Doch der Goldjunge von Los Angeles schwamm, als habe er Eisen an den Füßen. Er kämpfte zwar, aber der Körper machte nicht mit. Schwimmwart Kozel: „Er hat wirklich versucht, alles zu geben. Das rechne ich ihm hoch an. Andererseits aber hat er in den letzten Tagen mit seinen Kräften nicht richtig hausgehalten. Ich ärgere mich einfach darüber, daß ein Verein vor einem so wichtigen Termin solche Rekordversuche durchführt. Man kann bestimmt nicht sagen, es sei Michaels Schuld, daß wir verloren haben. Aber er hätte das Ding für uns gewinnen können ..." Das hätte allerdings auch Frank Kleinert, wäre er über 100 m Brust nicht Letzter, sondern Fünfter geworden.

Michael Groß selbst sah keinen Zusammenhang zwischen seinen Re*kordversuchen in Offenbach und* dem Einbruch von Bergen. „Das hat nichts damit zu tun", sagt er, „ob man nun 13 Rennen bestreitet oder 18, das ist am Ende egal." Seine Erklärung für die Europacup-Niederlagen: „Der Aufbau fehlte."

Bundestrainer Thiesmann ist dagegen überzeugt: „Das Rekordschwimmen war für die Nationalmannschaft bestimmt nicht gut. Mit einem ausgeruhteren Michael Groß hätten wir gewinnen können. Da fehlte aber auch ein Mann wie Thomas Fahrner, der dem Michael etwas Arbeit hätte abnehmen können."

Ansehen in Europa kommt Delors zugute

Der französische Ex-Minister wird Präsident der EG-Kommission / Vertrauen in den Franc seine größte Leistung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Mit dem Großen Bundesverdienstkreuz einschließlich Stern und Schulterband dekoriert, sieht der frühere französische Finanzminister Jacques Delors seinem neuen Amt als Präsident der EG-Kommission entgegen. Gerhard Stoltenberg hatte ihm bei der Ordensverleihung seine Verdienste für Europa und für die deutsch-französische Verständigung ausdrücklich bescheinigt. Die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens in den Franc wurde dabei zu Recht als die größte Leistung Delors' hervorgehoben. Als Kommissionspräsident hat er sich das wichtige Währungsreferat vorbehalten. Werden damit für das EWS und den Ecu die Weichen neu gestellt?

Seitdem Delors im August aus der französischen Regierung auf eigenen Wunsch ausgeschieden ist – zu seinem Nachfolger ernannte Präsident Mitterrand im Rahmen der Kabinettsumbildung den als Sanierer der französischen Sozialversicherung bekannt gewordenen Sozialminister Pierre Bérégovoy –, hat er es vermieden, sich zu seinen Brüsseler Absichten zu äußern. Er wolle unter keinen Umständen dem noch amtierenden Präsidenten Thorn ins Handwerk pfuschen, ließ seine Umgebung in Paris wissen. Außerdem wollte sich „Jacques" erst einmal gründlich mit den diversen EG-Sprachen vertraut machen, hieß es.

Nur einmal meldete sich Delors nach seinem Abgang zu Wort, als nämlich kürzlich der Nationale Rechnungshof sein „Budget" für 1983 als zu reichlich frisiert beanstandete. Bei Ausgaben wie bei Einnahmen soll Delors das Budgetdefizit um 19 Milliarden Franc verschönert und es mit rechnerisch nur noch 138 Milliarden Franc auf drei Prozent des Bruttosozialprodukts gebracht haben. Solche durchaus legalen Kunstgriffe habe es in Frankreich aber schon immer gegeben, erwiderte Delors.

Der Delors-Plan mußte glaubwürdig sein

Nun mag die französische Regierung, die Delors' Budgetrechnung voll abgedeckt hatte – selbst Bérégovoy stellte sich voll vor seinen früheren Kollegen –, bei der Durchführung des letztjährigen Staatshaushalts in besonders starkem Maße dem Motto gehuldigt haben, daß der Zweck die Mittel heilige. Denn es kam damals darauf an, den großen Stabilisierungsplan vom März 1983 – den „Delors-Plan" – international glaubwürdig zu machen. Deshalb durfte unter keinen Umständen die Dreiprozentschwelle, die allgemein als Grenze für ein noch vertretbares Budgetdefizit angesehen wird, überschritten werden.

Daß Frankreich auf dieses Niveau gekommen ist, lag allerdings an der von Delors mitgetragenen außerordentlich expansiven Wirtschaftspolitik der ersten beiden Jahre des sozialistischen Septennats. Um der zunehmenden Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten, wurde das Beamtenheer gewaltig aufgebläht – vor allem die sozialistisch beherrschte Lehrerschaft –, und mit großen Staatshilfen wurden notwendige Entlassungen verhindert. Gleichzeitig versuchte man, den Massenkonsum durch höhere Sozialleistungen (ebenfalls weitgehend zu Lasten der Staatskasse) anzukurbeln.

Die Folge dieser gegen den internationalen Trend gerichteten Politik war, daß die Staatsausgaben weit stärker als die Staatseinnahmen stiegen, obwohl diese durch verschärfte Besteuerung der „Reichen" sowie der Unternehmen ebenfalls stark zunahm. Das französische Budget wurde und wird immer noch durch einen gewaltigen Schuldendienst stark belastet. Seit Mai 1981 verdoppelte sich die Inlandsschuld des Staates auf rund 100 Milliarden Franc und die Ausslandsschuld verdreifachte sich auf mehr als 500 Milliarden Franc.

Nun hatte die Regierung Giscard/Barre ihrer Nachfolgerin allerdings extrem niedrige Schulden und ein Budgetdefizit von gerade einem Prozent des Sozialprodukts hinterlassen. Delors mochte deshalb die Finanzierung mancher Volksbeglükkungsmaßnahmen mit den Grundsätzen einer gesunden Finanzverwaltung als vereinbart angesehen haben.

Das größte Problem bestand für Delors darin, mit den Handels- und Leistungsbilanzdefiziten fertigzuwerden, die nicht zuletzt dadurch entstanden sind, daß die stark angeheizte Binnennachfrage zu boomartigen Importen führte, wovon nebenbei gesagt nicht zuletzt die deutsche Wirtschaft profitierte. So kam es unter seinem Regime zu drei Franc-Abwertungen um insgesamt 11¼ Prozent. Gegenüber der Bundesrepublik erreichten sie einschließlich der D-Mark-Aufwertungen 26½ Prozent. Bonn hat also stark beigetragen, dabei zuletzt acht Prozent im März 1983.

Bundeswirtschaftsminister Stoltenberg hätte damals Delors wohl noch nicht das Verdienstkreuz ausgehändigt. Hatte nicht der temperamentvolle französische Minister in aller Öffentlichkeit von „deutscher Arroganz" gesprochen? Aber unter vier Augen versicherte er Stoltenberg doch, daß Frankreich keine protektionistischen Maßnahmen ergreifen würde. Dies war eine mutige und außerordentlich verdienstvolle Entscheidung, die Delors schließlich gegen die Mehrheit im Kabinett durchsetzte.

Internationales Vertrauen hat sich Delors aber schon Ende 1981/Anfang 1982 erworben, als er eine außerordentlich großzügige Entschädigung der durch die sozialistischen Nationalisierungsgesetze betroffenen in- und ausländischen Aktionäre bewirkte. Dabei wurden deutsche Interessen (Hoechst AG) in besonderem Maße geschont. So erholten sich die französischen Aktien sehr schnell wieder von dem Kurssturz, zu dem es nach der Wahl Mitterrands gekommen war. Im bisherigen Verlauf seines Mandats stieg der Kursindex der Pariser Börse um immerhin 80 Prozent gegenüber um 1,5 Prozent während der siebenjährigen Amtszeit Giscard d'Estaings.

Die Inflationsrate wurde stark gesenkt

Die große Leistung Delors' war aber sein Sanierungsplan vom März 1983 und dessen konsequente Durchführung. Er hat durch die Beschränkung der Binnennachfrage durch Steuererhöhungen und eine scharfe Einkommenspolitik das Handelsbilanzdefizit und die Inflationsrate stark reduziert. Dabei ist es ihm gelungen, die Lohnpreisindexierung aus den Angeln zu heben. Dies hatte in Frankreich bis dahin noch keine Regierung fertiggebracht. Ungelöst geblieben ist allerdings das Arbeitslosenproblem.

Gewiß, über den Berg ist Frankreich noch nicht. Die für die Stabilisierung und Abtragung der Auslandsschulden notwendigen Leistungsbilanzüberschüsse lassen auf sich warten. Auch muß der französische Franc früher oder später wohl doch noch einmal gegenüber der D-Mark abgewertet werden. Aber die wirtschatspolitische Konvergenz zwischen Paris und Bonn hat sich erheblich verstärkt. Dies ist zu einem ganz wesentlichen Teil Delors zu verdanken.

Während die anderen große Reden schwingen, stünde er in der Küche am Herd, um aufzupassen, daß die Suppe nicht überkocht, hatte Delors in der ihm eigenen plastischen Ausdrucksweise erklärt, als er noch französischer Finanzminister war. Jetzt will er „bescheiden, aber muskulär" seine neue Aufgabe bewältigen, sagte er kürzlich. Sein großes Ansehen in Europa wird ihm dabei zugute kommen.



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714.

Ein anderes Schulsystem

„Deutsche Lehrer begeistern amerikanische Schüler": WELT vom 7. Dezember

Sehr geehrte Redaktion,

Ihr Bericht überrascht nicht. Eine vertikale Gliederung der amerikanischen Oberschulen nach Haupt-, Realschulen und Gymnasien gibt es nicht. Es gibt nach der Grundschule nur die Comprehensive High School (Gesamtschule) sowie Berufsschulen und Colleges.

Daß freilich auch nicht einmal der Bildungsstand einer deutschen Hauptschule erreicht zu werden braucht, ist ein warnendes Beispiel für uns, um unsere Schüler nicht noch länger den „Segnungen" der Gesamtschulen auszusetzen. Bei einem Aufenthalt in Pennsylvania habe ich allerdings auch eine High School kennengelernt, in der mit der 11. Klasse mit der Diffenrentialrechnung (Höhere Mathematik) begonnen wurde; die Schüler hatten im Fremdsprachenunterricht recht gute Deutschkenntnisse erworben. Die Schule war öffentlich.

Daneben gibt es noch ausgezeichnete Privatschulen (prep schools), die auf das College vorbereiten. Diese Privatschulen sind für viele Eltern der Ausweg aus der amerikanischen Schulmisere und kennen keinen Lehrermangel. So sind, je nach Wohngegend und dortigem Steueraufkommen – die Schulen sind Aufgabe der Gemeinden –, die öffentlichen Schulen unterschiedlich und auch die Qualifikation der Lehrer und deren Gehälter.

Manchmal ist die „high school" eine verlängerte Volksschule. (Auch bei uns mußte der Volksschüler früher mehr auswendig lernen, das Einmaleins „pauken". Die ältere Generation hat diesen Wissensstoff bis heute behalten. Kann der heutige Hauptschüler bei uns etwa besser rechnen?) Ein anderes Mal ist die „high school" eine Vorform unseres Gymnasiums, ein dreizehntes Schuljahr hat sie nicht.

Das eigentliche intensive, vertiefende Lernen, der Fremdsprachenunterricht, beginnt in den ersten zwei College-Jahren (13. und 14. Schuljahr) und dient der Allgemeinbildung! So sind unsere hochqualifizierten Gymnasiallehrer im Vergleich zu den USA auch eher den „college-teachers" zuzurechnen.

Mit freundlichem Gruß
W. Gildner,
Aurich 1

*

Es ist erfreulich, daß Sie über das deutsche Schulsystem einmal so positiv berichten, dem Sie sonst häufig viel Unerfreuliches nachsagen. Ich kann Ihnen jedoch nur bestätigen, daß ich mit dem Niveau der meisten Klassen trotz hoher Anforderungen sehr zufrieden bin, und glaube auch nicht, daß ausgerechnet meine bisherigen Schulen in Eberbach, Neckargemünd und Böblingen die große Ausnahme darstellen.

Gerade die von Ihnen so oft gescholtene Schulreform hat die Abkehr vom Auswendiglernen und rein additiven Wissen hin zum stärker problemorientierten, integratriven Unterrichtsstil gebracht, übrigens weitgehend unabhängig vom Bundesland. Und was die Schüler heute nach einem Grund- oder Leistungskurs vor allem der Nebenfächer bereits beim Abitur wissen, lernte ich erst in den Anfangssemestern des Studiums. Ich meine, dies sei schon ein Fortschritt, Sie doch sicher auch!

Dr. B. Füßler,
Böblingen

Eine bekannte Erscheinung

„Leserbrief: Rätselhafte Wipfeldürre": WELT vom 1. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

noch nie habe ich in irgendeiner Zeitung eine so sachliche und klare Abhandlung über das Waldsterben gelesen, wie in Ihrer Ausgabe vom 1. Dezember von Herrn W. v. Reiswitz.

Für Fachleute, die ehrlich und ohne Hintergedanken über diese Frage nachdenken, sollte das Gesagte eigentlich eine Binsenweisheit sein. Schon lange vor dem Ersten Weltkrieg gab es in Wäldern mit Monokulturen sporadisch ein für Laien unerklärliches Waldsterben. Ich habe solche Schäden schon im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts in Teilen unseres großen Waldes beobachten können. Mein Großvater erzählte, daß ähnliche Schäden schon in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts beobachtet wurden. Mein Vater hatte mehrfach angrenzende Landparzellen angekauft und aufgeforstet. Dort waren bis 1945 keinerlei Schäden festzustellen.

Die vor dem Ersten Weltkrieg auftretenden Raupenplagen (Forleule und Nonne) hatten nichts damit zu tun und waren bei uns auch unbeachtlich, weil mein Vater jedes Jahr ca. 150 neue Starkästen im Wald aufhängen ließ. Auch das Ulmensterben und das Absterben der sogenannten Napoleonspappeln war schon in der Jugend meines Vaters eine ganz bekannte Erscheinung. Nur war damals diese Angelegenheit kein Politikum. Man mußte seinen Wald pfleglich behandeln und notfalls auch düngen. Auf einen Kahlschlag kamen bis zur Aufforstung Lupinen. Auch die Stümpfe wurden gerodet, weil sie eine Brutstätte für Borkenkäfer bilden.

Heute sucht und findet man den Prügelknaben im Autofahrer. Es ist so bequem, ihm alles anzuhängen. Neid, Mißgunst, Pateiengezänk und schlaue Berechnung treffen da wunderbar zusammen. Der Katalysator bringt einen Riesengewinn an zusätzlicher Mehrwertsteuer, gründliche Ideologen werden besänftigt und die Psychologie der Masse wird abgelenkt. Wenn man später feststellt, daß die Bäume von Zeit zu Zeit an verschiedenen Stellen weiter sterben, wird man schon etwas Neues finden.

Mich wundert nur, daß die Bäume in meinem Garten, die inmitten der Stadt von drei Seiten von Autoabgasen Tag und Nacht befächelt werden, völlig gesund sind. Allerdings mache ich zahlreiche Bodenproben und dünge dementsprechend rein organisch. Wer nicht in jedem Jahr pro ha 25 Bodenproben aus drei verschiedenen Tiefen entnimmt und dann nicht nur den pH-Wert ermittelt, sondern auch die Werte für Stickstoff, Phosphor, Kali, Magnesium und Mangan, der hat keine Berechtigung, über das Waldsterben zu lamentieren.

Hochachtungsvoll
H. J. v. Cramon-Taubadel,
Hamburg 72

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Tierexperimente

„Simpler Test macht Versuchskaninchen überflüssig": WELT vom 3. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Körperpflegemittelindustrie begrüßt die Verleihung des Forschungspreises zur Einschränkung und zum Ersatz von Tierversuchen des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit an Professor Niels-Peter Lüpke. Der Industrieverband Körperpflege- und Waschmittel hat schon im Jahr 1983 den von ihm gestifteten Hans-Theo-Schreus-Gedächtnispreis an Niels-Peter Lüpke für seine Entwicklungen alternativer Methoden verliehen. Nach dieser Auszeichnung hat Professor Lüpke seine Arbeiten mit Hühnereiern fortgesetzt und nun auch Ersatzmethoden für den sogenannten Draize-Test entwickelt.

Es ist allerdings anzumerken, daß schon in den letzten Jahren der Draize-Test nicht mehr so durchgeführt wurde, daß die Tests für die Tiere äußerst schmerzhaft waren und vielfach zum Tode führten: vielmehr wurde mit einer ganz geringen Konzentration der zu prüfenden Substanz begonnen und der Versuch dann eingestellt, wenn sich leichte Rötungen gezeigt haben – der Sinn des Versuchs war ja damit erreicht. Dies war das Ergebnis von Besprechungen der Wissenschaftler in Industrie und Behörden.

Die Körperpflegemittelindustrie unterstützt alle Versuche, Alternativen zu Tierversuchen zu entwickeln. Diese Alternativmethoden werden auch heute schon überall in der Industrie eingesetzt, wenn ihre Ergebnisse von den Behörden anerkannt werden. Bereits heute macht der Anteil alternativer Methoden an den Sicherheitsprüfungen knapp 30 Prozent aus gegenüber gut 20 Prozent von Tierversuchen. Die übrigen Tests laufen in der klinischen Prüfung am Menschen.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Hainer,
Bundesverband Körperpflege- und Waschmittel e. V., Frankfurt/Main

Simple Frage

„Zeitliche Prognose für Entsalzung der Werra ist nicht mehr möglich": WELT vom 7. Dezember

Für mich entsteht die Frage, warum die Entsalzungsanlage nicht in der Bundesrepublik gebaut werden kann.

Wenn ich es richtig verstanden habe, sollen die Bundesrepublik bzw. die Länder ohnhin die Kosten tragen. Zwar dürfte hier die Entsalzung umfangreicher werden, da die Werra in ihrem Unterlauf sicher viel Wasser führt, aber diesem Mehraufwand stünde die Tatsache gegenüber, daß wir die Anlage technisch richtig steuern würden und den Vorteil der Arbeitsplätze bei uns hätten.

Hat man diese Überlegungen überhaupt schon einmal angestellt?

Mit freundlichen Grüßen
G. Krems,
Bad Pyrmont

Mehr Wohngeld

„Union fordert eine kräftige Aufstockung der Zuschüsse": WELT vom 5. Dezember

Die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) hat nach Verordnung des Hamburger Senats vom 1. 1. 1981 und vom 1. 1. 1983 und jetzt wieder vom 1. 1. 1985 die Zinssätze im sozialen Wohnungsbau der Hansestadt erheblich erhöht.

Bei einem mir in der Wirtschaftlichkeitsberechnung vorliegenden Bauvorhaben erhöhte sich damit die Verzinsung der öffentlichen Darlehen an die WBK von 5235 DM auf 22 639,64 DM. Im Laufe dieser kurzen Zeit entstand hier also eine Mehrbelastung von 17 404,64 DM. D. h. bezogen auf eine 70 qm große Wohnung eine Mehrbelastung der Mieter innerhalb von knapp vier Jahren von 100 DM, also sogar 16 DM mehr, als Dietmar Kansy, Leiter der Arbeitsgruppe Bauwesen der CDU, errechnet hat.

Insofern ist eine Anhebung des Wohngeldes nicht nur wünschenswert, sondern dringend erforderlich. Die Einkommensschwachen und mittelgradig entlohnten Arbeitnehmer brauchen eine Erhöhung ihres Wohngeldes unbedingt!

Elvira Eichmann,
Hamburg 70

Wort des Tages

„Ein Scherz, ein lachend Wort entscheidet oft die größten Dinge treffender als Ernst und Schärfe."

Quintus Horatius Flaccus; röm. Autor (65–8 vor Chr.)

Personalien

EHRUNGEN

Mit der Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Sprache, Literatur, Medien der Universität Osnabrück ist der in Frankfurt am Main lebende Publizist und Literat **Heinz Brandt** ausgezeichnet worden. Der Dekan des Fachbereichs, Professor **Heinrich Mohr**, begründete diese Auszeichnung an den ehemaligen Redakteur der Gewerkschaftszeitung Metall mit der besonderen Qualität seiner zuerst 1967 erschienenen Autobiographie „Ein Traum, der nicht entführbar ist". Heinz Brandt, geboren 1909 in Posen als Sohn einer deutsch-jüdischen Familie, studierte in Berlin. Die Zeit von 1934 bis 1945 verbrachte er in Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Nach dem Krieg setzte er seine Arbeit als Funktionär in der „DDR" fort. 1958 floh er vor einer drohenden Verhaftung nach Westberlin, von wo aus er 1961 in die „DDR" verschleppt wurde. Trotz einer Verurteilung zu 13 Jahren Zuchthaus konnte er aufgrund internationaler Proteste 1964 die „DDR" verlassen. Er siedelte nach Frankfurt am Main über.

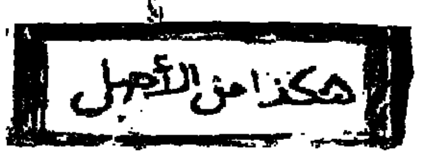
*

Fünf ausländischen Persönlichkeiten hat das Goethe-Institut (München) die Goethe-Medaillen 1985 für Verdienste um die internationalen Kulturbeziehungen und vor allem um die Förderung der deutschen Sprache im Ausland verliehen. Das Präsidium des Goethe-Instituts sprach sich für die Vergabe der alljährlich verteilten Auszeichnungen an den Indologen **Alokeranjan Dasgupta** von der Universität Heidelberg und den rumänischen Autor, Kritiker und Übersetzer **Stefan Augustin Doinas** aus. Zudem erhalten die Medaille der schwedische Übersetzer deutscher Lyrik, **Bo Johannes Edfeldt**, der Museumsdirektor in Tel Aviv, **Marc Scheps**, und die New Yorker Verlegerin **Helen Wolff**.

*

Bundesforschungsminister **Heinz Riesenhuber** hat dem Erfinder des „blaubrennenden Ölbrenners" für Hausheizungen, Professor Dr. **Winfried Buschulte** aus Lampoldshausen bei Heilbronn, den mit 20 000 Mark dotierten diesjährigen Technologie-Transfer-Preis verliehen. Der aus Hamm (Westfalen) gebürtige 55 Jahre alte Wissenschaftler, der für die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) arbeitet, entwickelte Mitte der 70er Jahre den Prototyp eines blaubrennenden Ölbrenners, der umweltfreundlicher ist und weniger Energie verbraucht als der herkömmliche, mit gelber Flamme brennende Brenner.

Der dpa-Korrespondent in Den Haag, **Gerd Lüdemann**, ist im Alter von 62 Jahren gestorben. Lüdemann, der mitten aus seiner journalistischen Arbeit herausgerissen wurde, gehörte der dpa seit ihrer Gründung vor 35 Jahren an. Von 1964 bis 1978 leitete er das Londoner dpa-Büro. Die letzten Jahre berichtete er aus Den Haag.





Günther Lamprecht

Goethe erst mal auf berlinisch

Dieser Schauspieler ist unverkennbar Berliner Kind. Er ist geboren am Alexanderplatz. Sein Vater war redlicher Taxifahrer. Es hat den jungen Lamprecht in den verschiedensten Berufen umgetrieben, ehe er langsam, aber stetig seinen Aufstieg im Theater, Film und vor allem beim Fernsehen begann.

Er ging direkt von der Schule in eine Dachdeckerlehre und kam von der Höhe dieses Berufes wieder herunter, war zeitweise Arbeiter in einer Knopffabrik. Dann wurde er Praktikant in einem Betrieb für orthopädische Ersatzteile menschlicher Gliedmaße.

Als er (viel später) den Franz Bieberkopf in Faßbinders Fernsehfassung von Alfred Döblins Roman „Berlin Alexanderplatz" spielte und der arme Bieberkopf, vom Schicksal gebeutelt, auch noch einen Arm verlieren mußte, da konnte Lamprecht sich den fehlenden Arm sozusagen selber fachmännisch abklemmen.

Milo Barus – Der stärkste Mann der Welt – ZDF, 19.30 Uhr

Zum Theater drängte es den jungen Lamprecht früh. Er lernte Rollen auswendig. Er lernte sie, auch wenn sie von Goethe oder Schiller waren, auswendig in seinem gewöhnten Berliner Jargon. Er vereinnahmte sie seinem Gedächtnis sozusagen in seiner Berliner Mundart. So geht er heute immer noch vor, wenn er Kleist oder Hauptmann sprechen muß. Später erst schleift er die Rollen sprachlich ab, bringt sie auf ihren hochdeutschen Bühnenton. Aber er grundiert sie, er überprüft sie sozusagen erst in seiner angeborenen Tonart. Lamprecht ist in den meisten Fällen mit dieser Methode gut gefahren. Er will immer ganz echt sein.

Er erhielt Schauspielunterricht (und das war ein Glücksfall) bei der großen Reinhardt-Darstellerin Lucie Höflich. Der lag dieser junge Darsteller besonders nah am Herzen. Auch sie war, was man eine „Naturschauspielerin" hätte nennen können. Sie erkannte seinen deutlich „plebejischen" Typ. Sie reichte ihren Schüler an Boleslaw Barlog weiter.

Der nahm ihn sein Berliner Staatsensemble auf. Lamprecht durfte schon kleinere Rollen spielen. Er ging nach Bochum zu Hans Schalla, war in Wiesbaden, in Hamburg und später immer wieder in Köln tätig.



Rabauke mit zarter Seele: Der Schauspieler Günther Lamprecht
FOTO: TELEBUNK

Sein allererster Fernsehauftritt fand, lustigerweise, zusammen mit Meister Millowitsch in der Krawallposse „Der Meisterboxer" statt. Er erhielt seinen ersten, großen Spielfilm, „Das Brot des Bäckers", in der Schweiz. Jetzt durfte er fürs Fernsehen plötzlich eine ganze Galerie von empfindsamen Muskeltypen spielen, – bei Zadek in „Pott", in diversen „Tatorten", besonders auffällig in Peter Beauvais' „Rückfällen". Da stellte er die Qualen eines von seiner Umwelt im Stich gelassenen Trunksüchtigen dar. Mit dieser Rolle war Lamprecht deutlich in das höhere Ensemble des deutschen Fernsehens aufgenommen.

Er erreichte internationale Anerkennung durch Rainer Werner Faßbinders „Alexanderplatz". Da war er, als der arme, bullige, geschlagene Franz Bieberkopf, durchweg rollendeckend. Auch wenn man damals, übrigens sehr zu Unrecht, auf Faßbinder eindrosch: die grandiose Leistung Lamprechts war keinen Augenblick zu übersehen.

Er hat derweil, und das ist eine Art Ritterschlag, bei Noelte die Rolle des Maurerpoliers John in den „Ratten" auf der Bühne gespielt. Er lebt in Köln, hat drei Töchter, liebt persönlich die Unauffälligkeit, ist eine eher ganz bürgerliche Erscheinung.

Als Darsteller ist er dem großen Emil Jannings oft nahegekommen. Wie der war, so ist Lamprecht ein *empfindsamer Enakssohn, ein* Rabauke mit zarter Seele, ein wahrer Menschendarsteller für alle Typen, die scheinbar vor Kraft nicht laufen können. Aber er bringt sie doch zum Sprechen.

FRIEDRICH LUFT

KRITIK

Private Telefonseelsorge

Was diese Fernsehkomödie vom ZDF zu sein sich vorgenommen hat, sie ist es ganz. Sie ist spannend, berlinisch (wie der Untertitel besagt), zeitnah mit Gastarbeitern und Wohnungssanierungen angereichert und ein fabelhaftes Vehikel für Inge Meysel, das Muttertier, die wie in Wechselbädern durch die ganze Skala ihrer Möglichkeiten von dumpfer Enttäuschtheit bis zu himmelhochjauchzendem Jubel gehetzt wird. Die Dramaturgie allerdings, mit der das erreicht wird, ist einigermaßen grobschlächtig und strapaziert nicht nur die Glaubwürdigkeit, sondern in einigen Punkten auch die deutsche Strafgesetzgebung.

Ist es denn tatsächlich wahrscheinlich, daß **Das Geschenk** des schuldbewußten Sohnes für die vernachlässigte Mutter, ein Telefon, als allerersten Anruf gleich einen verirrten Hilferuf eines bedrängten und lebensmüden Mädchens transportiert? Und daß die eben noch zerknitterte und resignierte Inge Meysel darauf mit einem solchen Schwall von Hilfsbereitschaft reagiert? Und sollte man ein so unbedenkliches Loblied auf die Schwarzarbeit bei Hausrenovierungen singen dürfen?

Auch werden landläufige Klischees *ein bißchen zu resolut umge*krempelt: Jugoslawische Nachbarn, so erfahren wir, sind die reizendsten Leute, von Gastfreundschaft überströmend, deutsche Schwiegertöchter dagegen kalt und herzlos. Eben*falls mit Befremden notiert man*, daß die beiden Zuhälter, die das arme Mädchen erpressen und malträtieren, ganz nachdrücklich als nichtberlinische Deutsche dargestellt und südlich der Mainlinie angesiedelt werden. Soll das einer neuen Art Diskriminierung Vorschub leisten?

Sehr präzis hat der Autor und Regisseur Marcus Scholz das Kreuzberger Mietshaus in seinem desolaten Zustand und die Milieus der einzelnen Parteien gezeichnet, auch eine Figur wie den schwächlichen und eifersüchtigen Hausverwalter (Wolfgang Kieling), dessen finstere Ahnungen über die Moral des armen Opfers sich beinahe bestätigen, bis es dann zu einem wahren Massen-Happy-End kommt.

Eine unerwartet subtile Note: In der letzten Minute erreicht nicht etwa ein Anruf des zweiten verlorenen Sohnes aus Südamerika die sich in Sehnsucht verzehrende Mutter; das Gespräch ist vielmehr für einen italienischen Hausgenossen, dem ein Kind geboren ist. Und Inge Meysel darf noch einmal in jähem Wechsel in ausdrucksvolle Trauer zurückfallen.

HELLMUT JAESRICH

Albernheiten für die Augen

Zum Wochenendausklang Optimismus Verheißendes, und dann doch, zu später Stunde, eine langatmige Story: Mario Monicellis 1978 gedrehte **Reise mit Anita**, eine italienisch-französische „Komödie" (als *solche wurde sie angezeigt*), die nach Zeffirellis „Champ" im ersten Programm früher am Abend dem ZDF kein Adventslicht mehr aufzusetzen vermochte.

Nun mag ja Goldie Hawn noch im*mer eine Menge Verehrer haben und* denen ihr Spiel in franko-italienischer Mannschaft schon Referenz genug sein – uns ist dieses amerikanische Großäuglein beim besten Willen keine Neu-Lolita. Und wer in dieser Seitensprunggeschichte um den gutsituierten promovierten Familienvater ein bißchen Prickelndes erwartet hatte, bekam statt dessen lediglich allerlei Albernheiten in die Augen gestreut.

Guido (Giancarlo Giannini) startet per Wagen von Rom aus nach Pisa ans Sterbebett des Vaters und schnappt sich vor der Abfahrt die Freundin eines Exflirts, ohne der zu beichten, um was es geht. Das Blondchen aus der Neuen Welt, erpicht auf Abenteuerurlaub, fährt also mit, und ihr Kätzchen Trixie ist immer dabei und tut das Seine, das Wirrwarr zu vergrößern.

Es gibt eine Massenkarambolage, einen Abstecher auf eine Insel in Nachsaison-Öde und dann in Pisa ein Hotel, aus dem Guido sich davonmacht ins Haus seiner Familie, wo der Vater bereits das Zeitliche gesegnet hat. Die Kleine wird grantig und stiftet am Ende so viel Unruhe, daß der Beerdigungszug zu einem herb streitenden Katastrophentreck wird. Und das war's dann auch schon.

Tiefere Botschaft, wenn der Film sie denn enthielt, verschloß sich dem Betrachter. Wer fremdelt, ist selbst schuld, sollte sie wohl heißen. Doch leider: Statt Komik gab's nur angestrengten Klamauk, statt Geistreiches Witzloses: Seichtes um Mitternacht.

ALEXANDER SCHMITZ

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Entscheidung am Kap Horn
Letzter Teil: Das Geheimnis
11.25 Pfiffadern für Deutschland
Film von Volker Arzt
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Gefühls-Sachen
Freiheit
16.55 Spaß am Dienstag
Während Micky Mouse und Donald Duck einem Papagei nachjagen, ein Tennis-Match bestreiten und mit frechen Eichhörnchen kämpfen, bereiten bx und Yps ihre erste Musikshow vor, die natürlich für einige Aufregung sorgt ...
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Berühmte Broadway-Inszenierungen, Filmmusicals und Live-Darbietungen sollen die Zuschauer diesmal unterhalten und den Kandidaten Gelegenheit geben, ihr Wissen zum Thema Musical unter Beweis zu stellen. Als Ehrengast *lud Max Schautzer den Musical*-Star Karin Hübner ein.
21.00 Report
An der Terroristen-Front – Die Ruhe trügt / Jugend '85 – Ist Null-Bock out? / Nach Hessen – Die SPD zwischen rechts und links / Die Friedensbewegung rüstet ab
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Magnum
Schwarzer Markt
Thomas Magnum erhält einen ungewöhnlichen Auftrag: Er soll nachweisen, daß der Vater der hübschen Bridget während des Zweiten Weltkriegs nicht in Schwarzmarktgeschäfte verwikkelt war und deshalb auf einem Ehrenfriedhof für Gefallene bestattet werden soll. Kann Magnum der hübschen Amerikanerin helfen?
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Aida Wendelstein
Komödie von Richard Blank
Mit Hannelore Schroth u. a.
Ein gewöhnlicher Kiosk in einem Neubauviertel wird zum Opernschauplatz, der die New Yorker „Met" und die Mailänder Scala in den Schatten zu stellen versucht.
0.15 Tennis-Daviscup-Finale
Schweden – USA: 3. und 4. Einzel
Aus dem Skandinavium in Göteborg
1.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Eine Klasse für sich
Geschichten aus einem Internat (4)
19.00 heute
19.30 Milo Barus – Der stärkste Mann der Welt
Deutscher Spielfilm (1983)
Mit Günter Lamprecht u. a.
Regie: Henning Stegmüller
Film über das bewegte Leben des Ringers Emil Bahr, der sich nach dem Tod eines Gegners im Ring im Jahre 1928 dem Schaustellergewerbe zugewendet hat. Doch nach dem anfänglichen Erfolg erleidet der „stärkste Mann der Welt" einige schwere Rückschläge ...
21.15 WISO
Hunger in der Dritten Welt – Überfluß bei uns: Was ist zu tun?
800 Millionen Menschen, das sind mehr als 20 Prozent der Weltbevölkerung, vor allem in Afrika, Asien und Südamerika, müssen hungern. Die westliche Welt dagegen lebt im Überfluß; die Agrarberge der EG zeigen das nur zu deutlich. Das Wirtschaftsmagazin berichtet über die Hungerkatastrophe in Äthiopien und fragt nach den Ursachen. Gefordert sind schnelle Hungerhilfe, Spenden der Industrieländer – aber dies löst die eigentlichen Probleme nicht. Mittelfristig müssen die Weichen der Entwicklungsländer neu gestellt werden, müssen die Entwicklungsländer selbst ihre Bevölkerung ernähren können. Folgende Fragen stehen zur Diskussion: Was passiert mit unseren Spenden? Was kann Entwicklungshilfe leisten? Was müssen die Länder der Dritten Welt selbst tun?
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Haltet den Dieb
Kunstschätze aus der Dritten Welt – Raubgut, Leihgabe oder Eigentum?
Anschl. heute

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Menschen und Mächte
Die SOS-Kinderdörfer
Eine Dokumentation von Volkmar Rachlé
20.30 Ein Mann will nach oben
Nach Hans Fallada
5. Der Zweikampf
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Café Central
Franz Joseph und seine Zeit
Im „Café Central" finden jeweils Live-Gespräche über kulturelle und kulturpolitische Themen in Wiener Kaffeehaus-Atmosphäre statt.
0.15 3SAT-Nachrichten

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Roger Mills aus Südafrika
20.45 Rückblende
Vor 60 Jahren: „Der letzte Mann" – Ein Stummfilm macht Furore
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Im Dienste Ihrer Majestät
Die Königliche Militärmusikschau in Münster
22.15 Thema des Monats
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Die Sprechstunde
19.15 Beat-Club
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
Die heilige Stadt Jerusalem
21.15 Task Force Police
Der Arm
22.05 Frauenberufe
Dienstmädchen: Perlen, die zu teuer sind
22.50 Schach dem Weltmeister
23.20 Nachrichten

HESSEN

18.30 Pan Tau
19.00 Formel Eins
19.45 Schätze aus der Sammlung Topic-Mimara (2)
20.00 Napoleon ist an allem schuld
Deutscher Spielfilm (1938)
Mit Curt Goetz u. a.
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Der Brunnen
Protokoll eines künstlerischen Prozesses
22.45 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Kulturkalender
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Das Saarländische Staatstheater
21.00 Der Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der Schwan
23.00 Science Report (8)
23.15 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Der Gefangene von Zenda
Amerikanischer Spielfilm (1952)
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
Baby-Schwimmen
21.30 Rundschau
21.45 Spiegelbilder
22.35 BR unterwegs
0.05 Rundschau

Kreml wirbt um die Gunst der Briten

DW. Moskau/London

Im Zusammenhang mit dem London-Besuch des sowjetischen Politbüro-Mitglieds Michail Gorbatschow wird ein neuer Versuch des Kreml deutlich, um die Gunst Großbritanniens zu werben und sich für das Genfer Treffen der Außenminister der beiden Supermächte einen günstigen Ausgangspunkt zu verschaffen. In den ausführlichen Berichten der Moskauer Medien über das Treffen Gorbatschows mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher ist von einer „Verstärkung realistischer Tendenzen in der Politik der englischen Regierung" die Rede. Das Partei-Organ „Prawda", das diese Einschätzung „vieler Beobachter" in London wiedergibt, stellt außerdem fest, die Londoner Regierung begreife immer mehr, daß „die sich zuspitzende militärpolitische Konfrontation zwischen West und Ost aussichtslos und gefährlich ist".

Die „Prawda" fügt hinzu: „Das Begreifen der Notwendigkeit einer Begrenzung des Wettrüstens und der Rückkehr der Ost-West-Beziehungen in normale Bahnen kommt in den Äußerungen angesehener Politiker Großbritanniens immer häufiger zum Ausdruck." Gorbatschows Besuch sei auf britische Initiative zustande gekommen und werde als eine Neueinschätzung des politischen Kurses der konservativen britischen Regierung seit ihrer Wiederwahl gesehen.

Gorbatschow hat Frau Thatcher eine persönliche Botschaft des Staats- und Parteichefs Konstantin Tschernenko überbracht, worin dieser sich für eine Verständigung zwischen der Sowjetunion und Großbritannien ausspricht. Es wurde in London allgemein angenommen, daß die britische Regierungschefin dem US-Präsidenten Reagan bei ihrem Treffen am Wochenende erneut ein Moratorium für die Rüstung im Weltraum vorschlagen wird. Gorbatschow traf gestern mit Außenminister Sir Geoffrey Howe zu einer Unterredung zusammen, die nach Darstellung beider Seiten Einvernehmen über die Notwendigkeit erbrachte, das Wettrüsten einzudämmen und zu verhindern, daß es auf den Weltraum übergreift.

Große Koalition in Israel in Gefahr

dpa, Jerusalem

Der israelische Vizepremier und Außenminister Yitzhak Shamir hat einen Aufenthalt in Venezuela abgebrochen und ist gestern vorzeitig nach Jerusalem zurückgekehrt, um eine Koalitionskrise überwinden zu helfen. „Kein Zweifel: Es gibt eine Krise, die eine Gefahr für die Koalition bedeutet", sagte Shamir nach seiner Ankunft. Die kleine orthodoxe Partei „Schas" hatte gedroht, die Große Koalition der sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter Ministerpräsident Shimon Peres mit dem nationalistischen Likud-Block Shamirs zu verlassen, wenn sie nicht den Posten des Religionsministers erhält. Dies scheiterte bisher am Widerstand der kleinen „Nationalreligiösen Partei", die ihrerseits dieses Amt beansprucht. Peres ist es trotz intensiver Anstrengungen bisher nicht gelungen, in diesem Streit einen Kompromiß zu finden.

„Frankreich ist nicht Gendarm in Afrika"

Vehement verteidigt Mitterrand seine Außenpolitik

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Sozialisten sind aus der Verteidigung zum Angriff übergegangen. Das Wochenende stand unter dem Zeichen eines doppelten Trittfassens. Parteigründer und Staatschef François Mitterrand versuchte am Sonntagabend in einem offensiv geführten Fernseh-Interview mit sechs Journalisten den seit dem Sommer aufgekommenen Eindruck zu beseitigen, seine Außenpolitik sei in eine Sackgasse geraten. Sein Premierminister Laurent Fabius gab gleichzeitig einem Parteikonvent in Paris den Befehl, alle selbstzweiflerische Scheu abzulegen und den Angriff ins Lager der Opposition zu tragen mit dem Fernziel, die Parlamentswahlen von 1986 für die Linke zu gewinnen.

Die 63 Minuten währende Selbstdarstellung des Staatspräsidenten war von der Öffentlichkeit mit der größten Spannung erwartet worden. Mitterrand zeigte sich in ausgezeichneter physischer Form und referierte zeitweise, unter Zuhilfenahme von sorgsam vorbereiteten Karten, geradezu schulmeisterlich über seine Politik im Tschad, welche seit dem Fiasko des einseitigen Truppenabzugs am ärgsten in die Schußlinie der Kommentatoren geraten war.

Mitterrand verwahrte sich gegen den Vorwurf, im Tschad eine befreundete Regierung (die des Hissen Habre) im Stich gelassen und dem libyschen Obersten Khadhafi den Norden des Landes überlassen zu haben. Als er die Präsidentschaft übernommen habe, sei der ganze Tschad libysches Territorium gewesen. Heute seien nur noch Reste der libyschen Armee vereinzelt im Norden anzutreffen. Frankreich lasse diese „Amputation" des Tschad nicht zu, denke aber nicht an Truppeneinsatz zur Wiedereroberung des besetzten Gebiets. Es sei kein „Gendarm" in Afrika. Dies müßte die legale Regierung und die mit ihr befreundeten afrikanischen Staaten zu erreichen versuchen. Nur wenn Khadhafi erneut offensiv würde, wären französische Flugzeuge „in wenigen Stunden", französische Soldaten „binnen eines Tages" zur Stelle, um den Angriff zurückzuschlagen. Im übrigen habe er sich mit Khadhafi in Kreta nur getroffen, um ihn an seine vertraglichen Verpflichtungen zu erinnern und ihn vor jeder weiteren Verletzung des Truppenabkommens zu warnen.

Trotz aufrichtiger Bemühungen des Staatschefs befriedigten die Erklärungen nicht. Es bleibt dabei, daß Frankreich nicht die Mittel hat, einen fremden Staat zur Einhaltung eines internationalen Vertrages zu zwingen. Dies war auch der Tenor aller Reaktionen der Opposition. Frankreichs Worte haben seit den Geschehnissen im Tschad bei den Afrikanern keinen Wert mehr, befand François Léotard, Nummer zwei der Giscard-Partei. Mitterrand suche den Weg des geringsten Widerstands, meint Philippe Tesson im „Quotidien de Paris". Dasselbe gelte für Neu-Kaledonien, wo der Staatschef „vage" geblieben sei. In der Tat ließ Mitterrand alle Wege zur weiteren Entwicklung des Territoriums offen, ob zur Autonomie im Rahmen der französischen Republik oder zur Unabhängigkeit, während sich die Fronten auf der Insel zunehmend versteifen und die Bemühungen seines Emissärs Pisani um eine einvernehmliche Lösung zwischen Siedlern und Urbevölkerung wenig Aussicht auf Erfolg zu haben scheinen. „Das Territorium muß sich irgendwie selbst emanzipieren", sagte Mitterrand ausweichend.

Gut war der Präsident nur in den Themen Ost-West und Europa, wo er auf dem *„Rüstungsgleichgewicht auf niedrigstmöglichem Niveau"* als einzigem Faktor des Friedens und auf der Notwendigkeit einer politischen Einigung Europas als Mittel zu größerem Mitspracherecht bestand. Im Nahen Osten sei Frankreich das einzige Land der Welt, das gleichzeitig zu den Israelis und zu allen arabischen Staaten sprechen könne. „Ich glaube, daß die Palästinenser ein Recht auf Leben haben, ich spreche jedesmal mit meinem Freund Shimon Peres darüber", sagte Mitterrand.

Weizsäcker bei Papst und Pertini

F. M. Rom

Bundespräsident Richard von Weizsäcker traf gestern zu einem zweitägigen inoffiziellen Besuch in Rom ein. Er nimmt hier an einer Tagung des Bergedorfer Gesprächskreises im Kolleg des Campo Santo Teutonico am Vatikan teil. Thema: Ist die Spaltung Europas das letzte Wort? Referenten sind der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Wiener Erzbischof, Kardinal König.

Gleich nach seiner Ankunft fuhr der Bundespräsident in den Quirinal, wo ihm Staatspräsident Pertini ein Mittagessen gab. Heute wird von Weizsäcker vom Papst in Privataudienz empfangen werden.

An der Diskussion des Bergedorfer Gesprächskreises wollen sich auch Kardinalstaatssekretär Casaroli, der deutsche Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre, Kardinal Ratzinger, der italienische Senatspräsident Cossiga (DC) und Außenminister Andreotti beteiligen.

Diepgen besucht Mauer-Museum

W. K. Berlin

Zum ersten Mal hat gestern mit Eberhard Diepgen ein Regierender Bürgermeister von Berlin die Dauerausstellung der deutschen Teilung am Checkpoint Charlie in Berlin-Kreuzberg besucht. „Ich möchte es laut und mit Dank sagen, es ist der erste Regierende Bürgermeister der Stadt, der dieses Haus besucht", erklärte der Ausstellungsleiter Rainer Hildebrandt, Vorstand der „Arbeitsgemeinschaft 13. August".

Der amerikanische Außenminister Dean Rusk, die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs sowie führende Vertreter der NATO hätten sich die Darstellung der Grenze durch Deutschland und durch Berlin seit dem Mauerbau 1961 angesehen, betonte Hildebrandt bei der Führung Diepgens durch die mehrstöckige Ausstellung in der Friedrichstraße.

Das Mauer-Museum wird seit Jahren von der „DDR" heftig kritisiert.

SPD zögert mit Ja zu Medien-Vertrag

Dohnanyi: Paraphierung steht morgen nicht auf der Tagesordnung der Ministerpräsidenten

p.p./fac. Bonn

Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi geht offensichtlich davon aus, daß die Regierungschefs der Bundesländer am Ende ihrer morgigen Sitzung „in der Lage sein werden", über die Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland „ihr Votum abzugeben, mit dem sie dann in ihre jeweiligen Landtage bzw. Bürgerschaften gehen werden". Der Medien-Wortführer der SPD-regierten Länder „glaubt" jedenfalls, „daß am Ende ein für alle Länder gültiger Staatsvertrag stehen wird". Eine Paraphierung stehe für morgen auf keinen Fall auf der Tagesordnung, zu der wird es erst „in nicht sehr langer Frist" nach den Beschlußfassungen der Länder-Parlamente kommen.

Zwei Gegenstimmen

In „sehr konstruktiver" Form, wie Dohnanyi anschließend ironisch anmerkte, hat sich gestern der Bundesvorstand der SPD mit dem Thema befaßt, ohne an der Aufteilung der Satelliten-Kanäle Änderungswünsche anzubringen. Es hat zwar „immer noch Kritik am erreichten" Medien-Kompromiß der Ministerpräsidenten gegeben, aber am Ende stand ein – mit zwei Gegenstimmen verabschiedeter – Beschluß des Vorstandes, in dem „der Parteivorstand zur Kenntnis (nimmt), daß es beabsichtigt ist, in der Konferenz der Ministerpräsidenten ... eine Erklärung abzugeben, wonach die Ministerpräsidenten vor Unterzeichnung eines Staatsvertrages *auf* der Grundlage des am 19. 12. erreichten Ergebnisses in den jeweils zuständigen Gremien ... um eine Zustimmung zum Staatsvertrag nachsuchen werden". Als noch strittige Punkte zwischen A- und B-Ländern werden in dem Parteivorstands-Beschluß „insbesondere die Sicherung der heimischen Produktionen und der werblichen Gleichberechtigung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten" aufgeführt, die morgen noch „befriedigend geregelt" werden müßten.

Dohnanyi sprach in diesem Zusammenhang auch den Dissens zwischen den Ländern über den Werbeumfang auf den künftig zur Verfügung stehenden UKW-Frequenzen an, auf den keine Werbebeschränkungen verfügt werden dürften, sowie die Begrenzungen der Werbeaktivitäten des WDR. Er hob ausdrücklich hervor, daß durch die „Verpflichtung" von ARD und ZDF, neue Programme anzubieten, für die öffentlich-rechtlichen Anstalten zugleich auch die Frage der Gebührenanpassung befriedigend geregelt worden sei. Sein Resümee: „Wir sind noch im Gebirge, aber ich sehe den Horizont endlich, wo wir herauskommen." Nach den Absprachen auf der Ministerpräsidenten-Sitzung in Hannover vom vergangenen Freitag ergab sich dieses Bild: Von den fünf verfügbaren Satelliten-Kanälen erhalten einen Kanal das ZDF und die ARD, ein zweiter Kanal soll zur Verbreitung von 16 Hörfunkprogrammen genutzt werden, die drei restlichen Kanäle (private Nutzung) werden nach einem Schlüssel anteilig *auf die elf* Bundesländer verteilt. Die Rede war von einem Verhältnis 2:1 zugunsten der unionsregierten Länder. Mischformen sollen möglich sein. Strittig blieben insbesondere Fragen des Werbeumfangs. Allerdings herrschte auch hier der Eindruck vor, daß sich am Mittwoch eine Einigung herbeiführen lassen werde. „Dieses Thema hat nicht mehr die frühere Brisanz", hieß es gestern aus Kreisen der Unionsländer.

„Sache der Exekutive"

Von CDU und CSU wurde es auch als wichtig bezeichnet, daß jede Zusage für künftige Gebührenerhöhungen im öffentlich-rechtlichen Bereich auf der Sitzung in Hannover unterblieben ist. „Wir werden uns hier auf kein Schema einlassen", so der Tenor der Erklärungen. Eine unmittelbare Koppelung des Abschlusses des Staatsvertrages über die künftige Medienordnung an die vorherige Zustimmung der Landesparlamente wäre nach Einschätzung beispielsweise der rheinland-pfälzischen Landesregierung „das Ende der Exekutive". Begründung: „Ein Staatsvertrag ist Exekutiv-Angelegenheit."

Von FDP-Seite ist der SPD gestern vorgehalten worden, sie wolle das Monopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – in veränderter Form – auch für die Zukunft fortschreiben. Das Präsidiumsmitglied Walter Hirche warnte abermals vor einem „Rückfall in medienpolitische Kleinstaaterei". Die notwendige neue Medien-Ordnung müsse klare Regeln für die Finanzierung enthalten.

Besatzer fürchten Angriff auf Kabul

Mudschahedin setzen chinesische Raketenwerfer ein / UdSSR annektierte Wakhan-Korridor

WALTER H. RUEB, Bonn

In Kabul werden Gräben ausgehoben, auf dem Flughafen neue sowjetische Raketenwerfer in Stellung gebracht, die sowjetischen und afghanischen Armee-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, überall an den Stadteingängen die Kontrollen verschärft. Die Maßnahmen sollen die Verteidigung der Hauptstadt gegen Guerrilla-Angriffe am 5. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan am 27. Dezember erleichtern.

Wie die Agentur Reuter berichtet, fürchtet die Karmal-Regierung vor allem Angriffe des Widerstandes mit chinesischen 107-Millimeter-Raketen. Seit kurzem seien die Mudschahedin mit diesen Waffen ausgerüstet, heißt es. Auf welchem Weg die chinesischen Raketen ins Land kamen, ist nicht bekannt. Durch den Wakhan-Korridor sind derartige Transporte angesichts der Einverleibung des schmalen Landstreifens durch die UdSSR unmöglich.

Die Annektierung des Wakhan-Korridors durch die Sowjetunion ist fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit über die Bühne gegangen. Zwischen Moskau und Kabul soll bereits 1982 ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden sein, in dem Afghanistan alle Rechte an die kommunistische Weltmacht abtritt. Die Sowjetunion hat damit ihrem Reich erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Stück fremden Territoriums einverleibt. Die Zugänge zum Wakhan-Korridor sind von der Roten Armee abgeriegelt. Es heißt, daß im Korridor sowjetische Raketenabschuß-Basen installiert und über 40 000 Soldaten stationiert worden seien.

Im pakistanischen Peschawar äußerten sich afghanische Guerrillaführer gelassen zu dem Geheimabkommen von 1982. „Abkommen zwischen dem Karmal-Regime und Moskau sind für uns null und nichtig", sagten Burhanuddin Rabbani und Gulbuddin Hekmatyar zur WELT. „Wir werden den Sowjets niemals afghanischen Boden abtreten – deshalb kämpfen wir ja seit fünf Jahren."

Beim Afghanischen Informations- und Dokumentations-Zentrum in Peschawar heißt es, die Russen hätten bereits vor zwei Jahren 40–50 Prozent der angestammten Bewohner Wakhans vertrieben, um ungestört Raketenabschuß-Rampen errichten und andere Einrichtungen eines Angriffs-Krieges gegen China und Pakistan installieren zu können.

In Afghanistan sind fast eine Million Menschen vom Hunger bedroht. Dürre, schlechtes Wetter, Zerstörungen und ausbleibende Bestellung des Bodens wegen der Kampfhandlungen sind die Hauptursachen, hohe Preissteigerungen seither an der Tagesordnung. Bei Weizen erreichen sie 64, bei Reis 73, bei Tee 66 und bei Zucker 46 Prozent.

In Afghanistans Großstädten werden die Versorgungsschwierigkeiten immer größer. Es fehlt jedoch nicht nur an Lebensmitteln, sondern auch an Benzin und Strom. Sowjetische Soldaten verkaufen mittlerweile kein Benzin mehr, nachdem Todesstrafen gegen russische Benzin-Schieber und -Händler verhängt wurden.

Auch der Waffenverkauf an Afghanen ist fast zum Erliegen gekommen. Neuerdings werden nur noch Waffen von getöteten Rotarmisten an Angehörige des Widerstands verkauft: Kameraden der Getöteten schaffen die Waffen in günstigen Augenblicken beiseite. Den Vorgesetzten gegenüber wird behauptet, die Waffen seien erbeutet worden. Später landen die Waffen gegen Geld oder Drogen tatsächlich bei der Guerrilla. Eine Kalaschnikow bringt zwischen 1200 und 1400 Dollar.

Die Russen handeln neuerdings auch mit Munition. Sie haben hier sogar raffinierte und einträgliche Verfahren entwickelt: Nach nächtlichen Patrouillen durch Afghanistans Großstädte geben sie nur einen Teil der Munition zurück. Der Rest sei bei der Jagd auf Afghanen verschossen worden, welche die Sperrstunde zwischen zehn Uhr abends und vier Uhr morgens mißachtet hätten, geben sie zu Protokoll.

Jetzt werden die sowjetischen Streifen von KGB-Beamten überwacht. Es heißt, daß schon einigen Sowjetarmisten nachgewiesen werden konnte, daß sie entgegen ihren Behauptungen bei Nachtpatrouillen keinen einzigen Schuß abgegeben haben. Andere wurden bestraft, weil sie schlecht geschossen hatten – denn nirgends waren getötete oder verwundete Mudschahedin gefunden worden.

Genscher spricht mit Flüchtlingen

● Fortsetzung von Seite 1

daß Genscher statt der gewohnten Boeing 707 diesmal eine kleinere Maschine mit nur 30 Sitzplätzen benutzt.

Vor rund vier Wochen hatte die Ablehnung eines Einreisevisums für den WELT-Korrespondenten Carl Gustaf Ströhm zu den Gründen für die Absage der Polen-Reise des Bundesaußenministers gehört. Intern wurde dem Auswärtigen Amt von Prager Seite versichert, alle Korrespondenten, die 1983 mit Genscher in Prag gewesen seien, würden auch diesmal ein Einreisevisum erhalten. Darunter fiel Ströhm nicht. Die Entscheidung über seinen Visumsantrag wurde bis gestern hinausgezögert. Dann sagte Prag nein. Intern war zu erfahren, die CSSR habe sich gegenüber Bonn auf ihre Bündnissolidarität gegenüber Polen berufen.

DW. Bonn

Von der Bundesregierung wurde gestern folgende Erklärung abgegeben:

„Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bedauert, daß dem Korrespondenten der WELT, Carl Gustaf Ströhm, von den Behörden der CSSR die private Einreise nach Prag verweigert worden ist.

Wie bisher werden wir uns auch in Zukunft bei den zuständigen Behörden dafür einsetzen, daß alle Journalisten, die in den Ostblock reisen wollen, auch in den Ostblock reisen können. Das gilt selbstverständlich auch für Herrn Ströhm. Peter Boenisch"

„Sowjetsoldaten in Afghanistan foltern grausam"

rtr, New York

Die amerikanische Menschenrechtsorganisation „Helsinki Watch" hat in einem Lagebericht der Sowjetunion und der von ihr gestützten Regierung in Afghanistan vorgeworfen, sie begingen „fast jede nur erdenkliche Art von Menschenrechtsverletzungen". Unter Berufung auf Augenzeugen wird darin unter anderem geschildert, daß Mütter gezwungen wurden, die Folterung ihrer Kinder mitzuerleben.

Die Offiziere der sowjetischen Besatzungstruppen in Afghanistan fungierten nicht nur als Berater der afghanischen Folterknechte, sondern sie beteiligten sich auch persönlich an Verhören und Mißhandlungen, fand die Gruppe heraus, die über die Einhaltung der in der KSZE-Schlußakte verabschiedeten Grundsätze wacht. Die Folterer terrorisierten und töteten auch Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, und das „auf vielfältige, unaussprechliche Weise".

Flüchtlinge im pakistanischen Peschawar hätten berichtet, es seien Menschen von sowjetischen Soldaten bei lebendigem Leibe verbrannt, mit Sprengstoff zerfetzt oder geköpft worden. Männer habe man gefesselt auf die Straße gelegt und von Panzerketten zermalmen lassen. Es seien Handgranaten in Zimmer geworfen worden, wo die Soldaten zuvor Frauen und Kinder eingesperrt hätten, wird in dem Bericht geschildert.

Wie im Krimi

cd. – Die Justiz geht manchmal eigentümliche Wege. Da wurden am Sonntag wie aus heiterem Himmel drei der vier früheren geschäftsführenden Gesellschafter der im letzten Jahr zusammengebrochenen Privatbank Schröder, Münchmeyer Hengst & Co wie Angehörige einer kriminellen Bande verhaftet. Begründung: Fluchtgefahr.

Das muß nicht nur deshalb überraschen, weil man allen drei Exbankiers gleichzeitig unterstellt, sie wollten sich der Verantwortung für die Pleite der SMH-Bank und dem bevorstehenden Verfahren entziehen, obwohl es keinerlei Indizien für Absetzbewegungen zu geben scheint. Unverständlich erscheint das Vorgehen der Justizbehörde auch, weil einer der drei, Graf Galen, just in dem Moment auf offener Straße wie in einem Krimi festgenommen wurde, als er von Paris zu einem Vernehmungstermin nach Frankfurt kam. Auch die Tatsache, daß die Galens, wie zu hören ist, sich eine Wohnung in Frankfurt gemietet haben, spricht doch wohl gegen den Verdacht der Fluchtgefahr, der von der Staatsanwaltschaft damit begründet wird, daß die drei Exbankiers das Weite suchen würden, *wenn sie nur ahnten,* welche Strafen ihnen drohen.

Man kann sich eigentlich kaum vorstellen, daß sie nicht wissen, was auf sie zukommt. So drängt sich denn der Eindruck auf, als sollten die gescheiterten Bankiers, die ohnehin am Ende sind, auch noch psychisch fertiggemacht werden. Oder soll *mit Bankiers hinter* schwedischen Gardinen ein Exempel statuiert werden, daß man die Großen nicht laufenläßt?

Langer Anlauf

J. G. – Wenn schon, denn schon. Nach dieser Devise kündigt der Thyssenkonzern seinen 220 000 Aktionären für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) erneut Dividendenausfall an. Im Unterschied zum Vorjahr, als die Eigentümer erstmals mit Wegfall der bis dahin trotz der langen Stahlkrise durchgehaltenen „Pflegedividende" von zwei DM je Aktie geschockt wurden, kommt die neue Dividendenpause aber nicht mehr aus operativem Verlust. Im Gegenteil. Das laufende Geschäft des im Stahl größten Privatunternehmens Europas liegt auch in diesem Problembereich erstaunlich deutlich im Gewinn. Aber „Konsolidierung", von der Vorsorge für weitere kostspielige Struktur-Anpassungsschritte bis *zur Wiederauffüllung der im* verlustreichen Vorjahr geplünderten Rücklagen, steht bei Thyssen nun im Vordergrund. Die Aktionäre haben allen Grund, die Thyssen-Bilanz von *1983/84* demnächst genau zu studieren. Mit langem Anlauf will der Vorstand offenbar fürs laufende Jahr weit mehr als nur eine „Pflegedividende" bieten.

AUSSENWIRTSCHAFT / Eine Umfrage der WELT zur Export-Entwicklung ergibt:

Deutsche Unternehmen können ihre Position am Weltmarkt ausbauen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Auch die sich abschwächende Konjunktur in den Vereinigten Staaten hat zu keinem Stimmungsumschwung in der deutschen Exportwirtschaft geführt: Sie bleibt ungewöhnlich optimistisch, wie eine Umfrage der Welt ergeben hat. Skeptischer wird von den Außenhändlern allerdings das klassische Übersee-Geschäft vor allem mit Lateinamerika und Afrika beurteilt.

Die Einschätzung wird auch von den Konjunkturinstituten geteilt. In en jüngsten Prognosen rechnen sie für 1985 mit einer kräftigen Zunahme *der Ausfuhren. Jedenfalls deutet alles* darauf hin, daß die deutschen Firmen ihre Stellung am Weltmarkt weiter ausbauen können.

Beim Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) werden vor allem drei Gründe für den Export-Optimismus auch für das nächste Jahr genannt:

1. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Aufgrund des vergleichsweise geringen Kosten- und Preisanstiegs in der Bundesrepublik sind deutsche Firmen in weiten Produktbereichen international konkurrenzfähiger geworden. Dieses wurde durch den Kursanstieg des Dollar begünstigt. Aber selbst wenn es zu einer Abschwächung der US-Währung kommen sollte, würde dies kaum die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter beeinträchtigen.
2. Hoher technischer Standard: Der Technologie-Pessimismus ist in der Wirtschaft erheblich geschwunden. Die Mehrzahl der Firmen stuft sich auch in dieser Beziehung als zur Weltspitze gehörend ein.
3. Günstige *konjunkturelle* Entwicklung in Europa: Zwar wird sich das Expansionstempo in den Vereinigten Staaten und in dessen Sog auch in Japan abschwächen, was sich *auf die Weltkonjunktur* auswirken wird. So rechnet beispielsweise das Kieler Institut für Weltwirtschaft nur noch mit einer Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um 2,5 Prozent im Durchschnitt der Industrieländer im nächsten Jahr, nachdem das Plus 1984 noch bei 4,5 Prozent liegen dürfte. Allerdings wird sich der Aufschwung in Westeuropa, wenn auch auf einem sehr viel niedrigeren Niveau als in den USA und Japan, stabilisieren. Die Brüsseler Kommission erwartet eine Wachstumsrate für die Gemeinschaft der Zehn von 2,3 Prozent 1985. Die deutsche Exportwirtschaft setzt nahezu die Hälfte ihrer Produkte, die ins Ausland gehen, in der EG ab.

Einigkeit besteht daher sowohl zwischen den Spitzenverbänden als auch unter den Konjunkturforschern darüber, daß die Bundesrepublik auch 1985 ihren Anteil am Welthandel vergrößern wird. Für die Zunahme des Welthandels schwanken die Prognosen in der Mehrzahl zwischen 5,5 und 6,5 Prozent. Für die deutsche Ausfuhr sind die Erwartungen höher. Sie liegen zwischen sechs, so das Kieler Institut in seiner jetzt veröffentlichten Prognose, und acht Prozent.

Nach der jüngsten Prognose des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg – wird 1985 nicht nur der Exportüberschuß weiter wachsen, sondern auch der Aktivsaldo in der Leistungsbilanz, der 1983 bei zehn Milliarden Mark gelegen hatte. Für 1985 wird ein Überschuß von 20 bis 25 Milliarden erwartet.

Beim Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels in Bonn wird auf die großen Unterschiede *von Land zu Land, aber auch von* Firma zu Firma hingewiesen. So sehe es für Exporthäuser, die sich auf das Anlagengeschäft in Übersee spezialisiert haben, schlechter aus. Aufgrund *einer Umfrage des Verbandes werden* die Absatzchancen in Lateinamerika auch für 1985 überwiegend negativ beurteilt.

Wegen des Ausfalls Nigerias wird auch das Westafrika-Geschäft zurückhaltend beurteilt. Der deutsche Nigeria-Export sei auf ein Drittel seines Volumens von vor drei Jahren geschrumpft. Befriedigend wird der Südafrika-Handel eingeschätzt, etwas ungünstiger der mit Ostafrika. Der Warenaustausch mit den Ländern des Nahen Ostens, der 1984 geschrumpt ist, wird wieder positiver eingestuft. Verbessert haben sich die Exportaussichten auch in den Ländern des Pazifischen Beckens.

VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT

Nur jede achte Klage beim Aufsichtsamt war begründet

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die im letzten Jahr beim Bundes*aufsichtsamt für das* Versicherungswesen (BAV) in Berlin eingegangene Zahl von Beschwerden über Versicherungsgesellschaften, deren Geschäfts- und Regulierungsgebaren, *hat sich zwar um* acht *(minus 1,7)* Prozent auf 18 358 erhöht, die Zahl der letztendlich begründeten und berechtigten Klagen ist jedoch um 2,1 (14,8) Prozent auf 2332 Fälle zurückgegangen. *Damit* wäre *auf* jeweils 160 000 gültige Verträge eine begründete Beschwerde gekommen.

Dazu kommen jedoch, wie aus dem Geschäftsbericht 1983 des BAV hervorgeht, weitere 2956 (2802) sogenannte „sonst abgeholfene Beschwerden", Fälle in denen durch bloßes Einschalten des BAV, also auf dem Kulanzwege, eine Klärung zugunsten des Versicherungsnehmers bewirkt wurde. Als „nicht begründet" werden insgesamt 11 741 (plus 10,8 Prozent) der Beschwerden ausgewiesen. Ihre Zahl ist mit 64 (62,3) Prozent sowohl von der Zahl als auch vom Anteil der eingereichten Klagen überhaupt gestiegen. Zu diesen Fällen zählen jedoch nicht nur die „eindeutig unbegründeten" Eingaben, sondern auch die Streitfälle, über die keine Einigung erzielt werden konnte und über die die Gerichte entscheiden müssen. In 1324 (1216) Fällen mußte sich die Aufsichtsbehörde sachlich als nicht zuständig erklären.

Während sich das BAV einer Wertung dieser Zahlen enthält, spiegeln sie nach Ansicht des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) „die Bemühungen der Branche nach kundengerechter Beratung und zügiger Schadenabwicklung" wider. Nur jede achte Klage sei begründet gewesen. Einmal sei deren Zahl leicht zurückgegangen, auf der anderen Seite die Zahl der Versicherungsverträge gestiegen.

Einen Anstieg der eingereichten Beschwerden mußten fast alle Versi*cherungszweige hinnehmen. Nur die* Sachversicherer und die Krankenversicherer hatten 211 und 228 Fälle weniger zu bearbeiten. Der Prozentsatz der begründeten und „sonst abgeholfenen Beschwerden" *ging dagegen in* der Krankenversicherung leicht auf 8,7 (8) oder 13,3 (13) Prozent nach oben. Das gilt als einzigem weiterem Zweig auch in der Kraftfahrtversicherung *(Haftpflicht, Unfall) mit 17,2* oder 14,1 Prozent der insgesamt auf 2763 (2448) gestiegenen Bearbeitungsfälle.

Selbst in den in letzter Zeit zunehmend mit Kritik an Rückkaufwerten (Lebensversicherung) oder durch Beitragssteigerungen überhäuften Sparten nahm weder die Zahl der Beschwerden noch die Zahl der begründeten Klagen zu.

Die größten Streitpunkte zwischen Versicherungsgesellschaften und ihren Kunden boten 1983 mit rund 8100 Fällen die *Schadenbearbeitung, also* Fragen der Deckung, der Schadenhöhe und -leistung von Haftung und verzögerter Schadenbearbeitung.

Mitterrands Dirigismus

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Wirtschaftsdirigismus ist in Frankreich keine Erfindung der Sozialisten. Seit Colbert, dem Finanzminister Ludwigs XIV., hat ihm noch jede Regierung gehuldigt. Selbst unter Premierminister Raymond Barre, der letzten Symbolfigur des französi*schen „Liberalismus", erhielten die* Unternehmen größere Bankkredite nur unter staatlichen Auflagen, und größere Entlassungen bedurften der behördlichen Genehmigung.

Durch die Nationalisierungsgesetze Präsident Mitterrands nahm der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft allerdings wesentlich zu. Die nach dem Kriege eingeleitete Bankenverstaatlichung wurde von ihm vollendet, und durch die Verstaatlichung der fünf größten Industriekonzerne erhöhte sich das Gewicht des öffentli*chen Sektors im Industriebereich auf* insgesamt 27 Prozent des Umsatzes.

Die französische Wirtschaft steht heute etwa zur Hälfte unter der direkten Regierungskontrolle. Daran soll sich nichts ändern, erklärte Mitterrand kürzlich. Er hält die Nationalisierungen für die wichtigste und dauerhafteste Errungenschaft des Sozialismus, deren Rücknahme den derzeitigen Oppositionsparteien im Falle eines Wahlsiegs die größte Mühe bereiten würde. Die Kontrolle über Banken und Monopolunternehmen sei schließlich schon von General de Gaulle in Angriff genommen worden.

Andererseits bemüht sich Mitterrand um eine möglichst liberale Handhabung der Staatskontrollen. So wurden die Verwaltungen der Staatsbetriebe inzwischen mit größeren Autonomierechten ausgestattet. Selbst der französische Patronatspräsident Yvon Gattaz räumte kürzlich ein, daß die meisten *dieser Unternehmen* heute wie Privatunternehmen geleitet würden.

Die Oppositionsparteien haben natürlich die „Entstaatlichung" auf ihr Programm für die Parlamentswahlen vom Frühjahr 1986 gesetzt. Aber ihre Auffassungen über den Umfang einer Reprivatisierungsaktion gehen ziemlich weit auseinander. Auch fragt es sich, wie stark die Masse der Wähler an diesem Thema interessiert ist.

Gleichwohl bemüht sich Mitterrand neuerdings um ein liberaleres Image. Er versucht dabei mit spektakulären, volksnahen Maßnahmen die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit zu erwecken. Die praktische Bedeutung dieser Liberalisierungsaktion ist aber bisher eher bescheiden geblieben.

Begonnen hat sie im August mit der Zulassung der Kreditkarten für Auslandsreisen der Franzosen. Diese Maßnahme war deshalb besonders publikumswirksam, weil im März 1983 die Devisenkontrolle in diesem Bereich in einem Ausmaß verschärft worden war, das allgemein als Freiheitsberaubung empfunden wurde.

Inzwischen hat er auch die Devisenüberweisungen ins Ausland etwas erleichtert und die Bestimmungen *für Direktinvestitionen aus dem Aus*land gelockert. Der Kapitalverkehr bleibt danach aber immer noch sehr stark beschränkt, nicht zuletzt, um der Kapitalflucht ins Ausland entgegenzutreten. Allerdings hatten auch die bürgerlichen Regierungen nicht gewagt, dem Kapitalexport Tür und Tor zu öffnen.

Im Bereich der Preise ist die sozialistische Liberalisierungsaktion allerdings weniger weit fortgeschritten, als unter der letzten Regierung. Die damals voll freigegebenen Industriegüterpreise *unterliegen auf Pro*duzentenebene immer noch zu 30 Prozent der behördlichen Reglementierung und die Handelsspannen sind prozentual ausnahmslos blockiert. Im übrigen kann die Regierung aufgrund einer gesetzlichen Generalermächtigung jederzeit den kompletten Preisstopp anordnen.

Dagegen hat die sozialistische Regierung die Lohnliberalisierung weiter vorangetrieben als jede andere. Ist es ihr doch gelungen – abgesehen vom gesetzlich garantierten Mindestlohn (SMIC) – die Indexierung der Löhne mit den Preisen zu überwinden. Der dadurch erstmals entstandene Kaufkraftverlust wurde bisher von den Arbeitern ohne Streik hingenom*men, vor allem aus Angst vor der* Arbeitslosigkeit. Die Folge war jedenfalls, daß sich der französische Preisanstieg in letzter Zeit wesentlich abgeschwächt hat.

Vielleicht wird sich einmal die Beseitigung der Indexierung der Löhne als die größte Leistung Mitterrands erweisen. Diese notwendige Aufgabe wäre von einem bürgerlichen Regime wohl kaum zu bewältigen gewesen. Dagegen aufzurechnen ist aber die Nationalisierungsaktion.

AUF EIN WORT



„Eine emotionalisierte Debatte wie um das Katalysatorauto ist keine Debatte mehr, denn es gibt keine Zuhörer. Sie ist ein Ringkampf von Schlagworten."

Dr. Carl H. Hahn, Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG, Wolfsburg. FOTO: DPA

Mehr Strom aus Kernkraft

dpa/VWD, Frankfurt

Gut ein Viertel der Netto-Stromerzeugung der Europäischen Gemeinschaft kam im ersten Halbjahr 1984 aus Kernkraftwerken, nachdem der Anteil der Kernkraft im Vorjahr rund 20 Prozent betragen hatte. Die Kernenergie-Erzeugung war im ersten Halbjahr 1984 mit rund 172 Mrd. Kilowattstunden rund 37 Prozent höher als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. In Frankreich stieg der Kernenergieanteil auf 56 (43), in Belgien auf 50 (41) Prozent. Die Bundesrepublik erzeugte rund 21 (16) Prozent ihres Stroms aus Uran. Bei der öffentlichen Stromversorgung, die rund 90 Prozent des deutschen Stromverbrauchs deckte, betrug der Kernenergieanteil rund 25 (20) Prozent. Die Briten hatten einen Kernenergieanteil von 17 (17) Prozent, die Niederländer von fünf (vier) Prozent und die Italiener von drei (zwei) Prozent.

EG-SÜDERWEITERUNG

Partner warten noch auf grünes Licht der Griechen

WILHELM HADLER, Brüssel

Nur beschränkt verhandlungsfähig war die EG gestern zu Beginn der letzten diesjährigen Gesprächsrunde über den Beitritt Spaniens und Portugals. In einer vorbereitenden Sitzung der Außenminister wartete man allerdings zunächst vergeblich auf „grünes Licht" der Griechen für die Aufnahme von Verhandlungen über die Wein- und Fischereiprobleme.

Auf dem Dubliner Gipfel hatten sich die EG-Regierungschefs zwar nach langem Hin und Her auf eine gemeinsame Position in beiden Bereichen verständigt, doch hatte Premierminister Papandreou gegen die Einigung einen Gesamtvorbehalt eingelegt, weil die EG-Partner seiner Forderung nach einer großzügigen Dotierung der geplanten „integrierten Mittelmeerprogramme" nicht nachkommen wollten.

In der Folge der Dubliner Konferenz kam es zu wechselnden Positionsbestimmungen Athens. Dabei blieb bis gestern unklar, ob die Griechen entschlossen waren, die Verhandlungen mit den beitrittswilligen Ländern zu blockieren oder sich nur das Recht ausbedingen wollten, dem Verhandlungsergebnis am Ende ihre Zustimmung zu versagen.

Nach einem kurzen internen Meinungsaustausch beauftragten die Außenminister der EG den für Erweiterungsprobleme zuständigen italienischen Kommissions-Vizepräsidenten Lorenzo Natali, zunächst einmal informelle Gespräche über die noch offenen Fragen des Zugangs von spanischen Obst- und Gemüseerzeugnissen und Ölsaaten während der Übergangszeit sowie über die Verpflichtung Madrids zur Aufnahme „nördlicher" Agrarerzeugnisse zu führen.

DEMINEX

Vielversprechendes Ölfeld wurde in Syrien entdeckt

HEINZ HECK, Bonn

Die Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH (Deminex) und Shell Pecten (US Shell) haben in Syrien ein sehr vielversprechendes Ölfeld entdeckt. Zwar hat die syrische Regierung die beiden Vertragsunternehmen zum Stillschweigen verpflichtet. Jedoch ist bekannt geworden, daß es sich um sehr hochwertiges leichtes Öl mit geringem Schwefelgehalt handelt. Dies ist um so bemerkenswerter, als alle bisherigen Ölfunde in Syrien nur schweres hochschwefelhaltiges Öl zutage gefördert haben.

Nach bisherigen inoffiziellen Schätzungen, für die es auch von den beteiligten Unternehmen keine Bestätigung gibt, bewegt sich der auf Deminex und Shell Pecten entfallende Anteil an dem Ölfund in der Größenordnung von etwa 40 Millionen Tonnen. Für Deminex ist dies der erste Ölfund in Syrien. Die Exploration der beiden Unternehmen im Vertragsgebiet Deir Ez Zor im nordöstlichen Teil des Landes geht weiter.

Die Deminex, eine Gemeinschaftsgründung der Veba AG und Veba Öl (54 Prozent), Wintershall AG (BASF), UK Wesseling (je *18,5 Prozent)* und der Saarbergwerke (neun Prozent), hat seit 1969 vom Bund in einem Starthilfe- und zwei Anschlußprogrammen knapp zwei Milliarden Mark Bundesmittel erhalten. Im Rahmen eines dritten Anschlußprogramms sind abschließend 600 Millionen Mark vorgesehen. *Die Mittel* laufen voraussichtlich bis 1987 aus. Neubewilligungen sind nicht mehr vorgesehen. Die Gesellschafter selbst haben seit 1969 rund 758 Millionen Mark bereitgestellt. Die Deminex will künftig wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Montanumlage konstant

Straßburg (VWD) – Das Europäische Parlament hat sich für die Beibehaltung der seit 1980 konstant auf 0,31 Prozent des Produktionswertes für Kohle und Stahl festgesetzten Montanumlage der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl für 1985 ausgesprochen. Angesichts der Krise der beiden Sektoren wird eine Erhöhung des Umlagesatzes als ausgeschlossen bezeichnet. Allerdings sind die aufgebrachten Mittel unzureichend, *um den Finanzbedarf von* 359,5 Mill. Ecu zu decken. So wird erneut eine Übertragung von Mitteln aus dem EG-Haushalt auf den EGKS-Haushalt notwendig sein.

Geringere Belastung

Köln (dpa/VWD) – Die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Sozialvorschriften belasten kleinere und mittlere Betriebe „in vielen Einzelbereichen mit geringeren Kosten" als Großbetriebe. In einer gestern veröffentlichten Studie des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Kölner Universität heißt es, die „oft unterstellte Annahme", mittelständische Unternehmen hätten besonders hohe Soziallasten zu tragen, lasse sich nicht *belegen.*

Bildungszentrum in Berlin

Berlin (tb.) – Ein überregionales Bildungszentrum hat die Deutsche Olivetti GmbH, Frankfurt, in Berlin gegründet. Ziel dieser Einrichtung ist es, den ständig steigenden Informationsbedarf bei Anwendern von Personal- und Textcomputern zu decken. Nach Angaben von Olivetti steht das Bildungszentrum allen Interessenten offen, also nicht nur Käufern von Olivetti-Geräten. Das Bildungszentrum soll schon im nächsten Jahr durch die Ausarbeitung von Software-Programmen einen Umsatz von 10 Mill. machen. Schulungsbeginn ist der 1. März 1985.

Gespräche verschoben

Paris (dpa/VWD) – Die für Mitte dieser Woche vorgesehenen Gespräche der westlichen Gläubigerländer mit Polen über Zahlungserleichterungen für 15 Mrd. Dollar (45 Mrd. DM) Auslandsschulden sind verschoben worden. Nach Angaben des „Pariser Clubs", in dem die Gläubigerländer zusammenarbeiten, hat Warschau um eine Vertagung gebeten.

Rösener rückt in Vorstand

Duisburg (dpa/VWD) – Prof. Karlheinz Rösener, der Anfang 1985 den Vorstandsvorsitz bei der Thyssen Edelstahlwerke AG, Düsseldorf, übernimmt, rückt zum gleichen Zeitpunkt auch in den Vorstand der Muttergesellschaft Thyssen AG, Duisburg, auf. Er löst sowohl bei den Edelstahlwerken als auch bei der Thyssen AG Harald Dehmer ab.

Nur Detailänderungen

Berlin (dpa/VWD) – Der Rahmen des laufenden 3. Welttextilabkommens, das am 30. Juni 1986 endet, soll nach den Vorstellungen der Industrieverbände der wichtigsten westlichen Industrieländer praktisch unverändert bleiben. In den Details, insbesondere den Quoten, müsse das Abkommen den geänderten Marktbedingungen angepaßt werden, erklärte der Präsident des Internationalen Verbandes der Bekleidungsindustrie (IAF), A. J. W. Lewis aus Großbritannien, anläßlich der Jahresversammlung des IAF-Präsidiums in Berlin.

Bußgeld verhängt

Brüssel (dpa/VWD) – Ein Bußgeld von zwei Millionen Ecu (4,46 Mill. DM) hat die EG-Kommission gegen den amerikanischen Landmaschinenhersteller Deere and Company und drei seiner selbständigen Vertriebshändler im EG-Markt verhängt. Wie die EG-Kommission gestern bekanntgab, hat das Unternehmen anderen Händlern den Export von Deere-Erzeugnissen in EG-Mitgliedsländer verboten und damit gegen die Wettbewerbsregeln des EWG-Vertrages verstoßen.

Neuer Zentralbank-Chef

Tokio (AFP) – Der japanische Premierminister Yasuhiro Nakasone hat gestern den neuen Gouverneur der japanischen Zentralbank, Satoshi Sumita (68), in sein Amt eingeführt. Er tritt die Nachfolge von Haruo Maekawa ab, der fünf Jahre lang der Zentralbank vorgestanden hatte.

JAPAN-HANDEL

Bonn will Harmonisierung von Normen vorschlagen

dpa/VWD, Tokio

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann will der japanischen Regierung bei seinem Besuch Anfang Januar in Tokio die Einrichtung einer *gemeinsamen* Arbeitsgruppe vorschlagen, die den Weg zur gegenseitigen Anerkennung von Standards und Prüfergebnissen vorbereiten soll.

Wie Bangemann in einem am Montag veröffentlichten Interview mit der in Tokio erscheinenden Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai" sagte, sind unterschiedliche Normen und Testverfahren, aber auch überhöhte japanische Importzölle für eine Reihe von Warengruppen wesentliche Hindernisse für die Steigerung der deutschen Ansfuhren nach Fernost.

Bangemann wird am 8. *Januar auf* Einladung der Regierung in Tokio zu seinem ersten Besuch als Bundeswirtschaftsminister in Japan erwartet. Auf dem Programm der viertägigen Visite stehen unter anderem Gespräche mit Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone, Außenminister Shintaro Abe, Handels- und Industrieminister Keijiro Murata sowie Spitzenvertretern der japanischen Wirtschaft.

In dem *Interview* beklagte Bangemann das in diesem Jahr erweiterte deutsche Defizit im Japanhandel. Offiziellen Zahlen zufolge wird es mit elf Mrd. DM für 1984 voraussichtlich um 1,5 Mrd. DM über dem des Vorjahres liegen. Vor allem bei Fahrzeugen, Elektronik und Werkzeugmaschinen sind die japanischen Exporte in die Bundesrepublik 1984 deutlich stärker gestiegen als die Lieferungen in umgekehrte Richtung.

MIETFINANZ / Investitionen der deutschen Wirtschaft nehmen um fünf Prozent zu

Weiterhin zu hohe Arbeitskosten

HANS BAUMANN, Essen

Für das kommende Jahr rechnet die Mietfinanz GmbH, Mülheim (Ruhr), mit einem Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen der deutschen Wirtschaft um fünf Prozent gegenüber vier Prozent im zu Ende gehenden Jahr. Diese Prognose zieht das Leasing-Unternehmen aus den Investitionsplanungen seiner Kundschaft in allen bedeutenden Branchen.

Einen stärkeren Investitionsaufschwung hält das Unternehmen für *unwahrscheinlich,* weil *die Ertrags-* und Eigenkapitalschwächen der Wirtschaft „noch längst nicht behoben sind". Bei der Prüfung von Anträgen auf Investitionsgüter-Miete stellt *das Unternehmen nach* Auskunft von Geschäftsführer Gerd Koenig immer wieder fest, daß die Erholung der Unternehmenserträge erst in Ansätzen begonnen habe.

Die im Vergleich zu den letzten Jahren in den meisten Branchen wesentlich verbesserte Auftragslage gehe nach Einschätzung der Unternehmen selbst weitgehend auf die Wechselkursentwicklung, nicht aber auf eine reale Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zurück. Das wird nach Koenig besonders deutlich, wenn man die entscheidende *Kostengröße,* die Arbeitskosten je Stunde und Schicht, international vergleicht und um die Wechselkurseinflüsse seit 1982 bereinigt.

Unter diesen Prämissen hatte die deutsche Industrie Mitte des Jahres mit 28,40 Mark je Stunde besonders hohe Arbeitskosten zu verkraften – nach den USA mit 30,70 und der Schweiz *mit 30,82 Mark.* Ein ebenso ungünstiges Bild zeigt der Vergleich der Arbeitskosten pro Schicht. Die deutsche Industrie liegt bei 1000 Mann und acht Stunden Arbeitszeit mit 227 200 Mark ebenfalls weit vorn. In den USA sind es 245 600, in Japan 142 480 und in Großbritannien 160 240 Mark.

Die Industrie beobachtet nach *Feststellung der Mietfinanz* das gegenwärtig flott laufende Exportgeschäft nicht ohne Skepsis. Man sei sich darüber im klaren, daß der Aufschwung des Exportes in erster Linie auf die günstige Wechselkursentwicklung der Mark gegenüber dem Dollar zurückzuführen sei.

Zum Markt des Leasing sagt Gerd Koenig, daß sich die Branche in einer Phase der Bereinigung befinde. Manche Anbieter, die in den letzten Jahren besonders risikofreudig gewesen seien, müßten sich jetzt den Realitä*ten beugen.* Koenig sprach *damit* die Problematik der Restwertkalkulation in Leasing-Verträgen an, die sich in manchen Bilanzen als uneinbringliche Forderungen aufgehäuft haben. Mietfinanz selbst, so Koenig, habe zu keiner Zeit Restwerte kalkuliert.

TÜRKEI / Wachsende Erfolge auf den Exportmärkten

Arbeitslosigkeit belastet

dpa/VWD, Ankara

Der Exportboom als Medizin gegen die türkischen Wirtschaftsleiden hat auch nach fast vier Jahren monetaristischer Wirtschaftspolitik und zwölf Monaten Regierungszeit von Turgut Özal noch nicht gewirkt. Die Exporterfolge der Türkei können sich in der Tat sehen lassen: Seit 1980 stiegen die Erlöse aus dem Export von 2,9 Mrd. Dollar auf jeweils etwa 5,8 Mrd. in den vorangegangen zwei Jahren. 1984 werden die Exporteinnahmen die Sieben-Milliarden-Dollar Grenze überschreiten, 1985 sollen es über acht Mrd. Dollar (nach derzeitigem Kurs rund 25 Mrd. DM) werden.

Die Türken haben mit Textilien und Nahrungsmitteln, aber auch mit Industriegütern wichtige Märkte des Nahen und Mittleren Ostens, vor allem die der kriegführenden Staaten Iran und Irak, erobert. Auch in Europa verfolgt die Türkei einen Expansionskurs: Die Ausfuhren stiegen in den ersten neun Monaten 1984 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12,7 Prozent auf 2,1 Mrd. Dollar. Die Bundesrepublik Deutschland ist nun wieder wichtigstes Exportland für Ankara. Sie nimmt fast die Hälfte der in die EG gelieferten türkischen Waren ab. Die Handelsbilanz mit der Bundesrepublik wird voraussichtlich 1984 erstmals ausgeglichen sein.

Abgesehen von diesen Erfolgen aber werden die Planer am Bosporus von großen Sorgen geplagt. Inflation und Arbeitslosigkeit, mangelnde Kapazitätsauslastung (etwa 62 Prozent in der Industrie), Defizite im Staatshaushalt und in der Zahlungsbilanz (1984: etwa drei Mrd. Dollar), fehlende Auslandsinvestitionen, ineffiziente Staatsbetriebe sowie eine schwerfällige Bürokratie belasten die türkische Wirtschaft.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die OECD lobten mehrfach den Kurs von Özal, vor allem die Bewältigung der türkischen Schuldenlast (derzeit etwa 19 Mrd. Dollar); aber auch in Paris und Washington sorgen sich die Ökonomen nun wieder mehr um die Türkei, besonders über den Anstieg der Inflation auf inzwischen über 50 Prozent. Von der über 100 Prozent liegenden Inflationsrate zu Anfang der siebziger Jahre ist das Land allerdings noch weit entfernt.

Die Arbeitslosigkeit in der Türkei wird offiziell mit etwa 16 Prozent angegeben, die verdeckte Arbeitslosigkeit aber auf über 30 Prozent geschätzt.

ITALIEN / Mit dem Weihnachtsgeld können keine großen Sprünge gemacht werden

Lange aufgestaute Wünsche werden erfüllt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Rund 21 Mill. Erwerbstätige und Rentner, beinahe 38 Prozent der Italiener, erhalten zwischen dem 10. und dem 25. Dezember ihr Weihnachtsgeld ausbezahlt. Ungefähr 14 000 Mrd. Lire, umgerechnet beinahe 23 Mrd. DM, fließen innerhalb von zwei Wochen in die Taschen der privaten Haushalte, die sich damit aufgestaute Wünsche erfüllen. Nach Schätzungen des italienischen Verbraucherschutzverbandes in Rom werden davon 11 900 Mrd. Lire auf Schuldenrückzahlungen und die am Jahresende fälligen Jahresabonnements und -gebühren entfallen, während die restlichen 3100 Mrd. Lire vor allem in die Erneuerung der Garderobe gesteckt werden dürften.

Wie in den Vorjahren hat auch das diesjährige Weihnachtsgeld nicht nur keine realen Abstriche erfahren, sondern weist real sogar einen kleinen Kaufkraftgewinn aus. Die Zunahme gegenüber dem vergangenen Jahr beträgt 11,1 Prozent, bei einer Inflationsrate, die im Jahresdurchschnitt nur leicht über 10 Prozent liegt.

Trotzdem sind mit dem Weihnachtsgeld auch in diesem Jahr keine großen Sprünge zu machen. Die Masse der Erwerbstätigen, die im Monat einen durchschnittlichen Nettoverdienst von einer Mill. Lire erzielt, wird mit dem etwa in gleicher Höhe liegenden 13. Monatsgehalt erneut hauptsächlich dringende Konsumbedürfnisse befriedigen. Unnötige Geschenkgags gehören auf dem unteren und mittleren Einkommensniveau schon seit mehreren Jahren der Vergangenheit an. Was heute zu Weihnachten gekauft wird, sind vor allem praktische Hausratsartikel, Spielzeuge für die Kleinen und jene Konsumgüter, deren Kauf einen größeren Betrag erfordert. Dazu gehören neuerdings auch immer mehr Lederschuhe und Bekleidung, die infolgedessen in der Vorweihnachtszeit alle Chancen haben, wenigstens einen Teil der Flaute auszugleichen, die diesen Markt während der ganzen übrigen Zeit des Jahres gekennzeichnet hatte. Erleichtert wird den Konsumenten in diesem Fall die Kaufentscheidung durch das schon seit einigen Jahren übliche Vorziehen der Winterschlußverkäufe. Statt wie früher üblich nach Silvester beginnen die Rabattverkäufe bei vielen Einzelhandelsbetrieben schon in der Woche vor Weihnachten.

Ein Teil des Weihnachtsgeldes wird wie gewohnt auch diesmal für Festtagsreisen und Skiurlaub ausgegeben. Immer mehr Italiener gehen neuerdings dazu über, ihre Ferienzeit aufzuteilen: das Gros der vier oder fünf Wochen Urlaub im Sommer, ein Teil zu Ostern und der Rest im Winter. Die Festtage gehören überwiegend der Familie, wobei auch die im Norden Italiens lebenden Süditaliener wie gewohnt nach Hause fahren. Ski gefahren wird dagegen meist während der „Weißen Wochen".

Insgesamt werden offiziellen Schätzungen zufolge die Konsumausgaben der privaten Haushalte in diesem Jahr gegenüber 1983 einschließlich des Aufwands in der Vorweihnachtszeit und während der Festtage um real 1,5 Prozent zunehmen. Diese Zunahme ist beinahe doppelt so hoch wie im vergangenen Jahr, aber erneut niedriger als das Wachstum des Bruttosozialprodukts.

Die Italiener sind zurückhaltender geworden als noch vor wenigen Jahren. Die Kaufkraft hat zwar durchschnittlich auch in diesem Jahr real zugenommen. Die Steigerungsraten werden aber merklich kleiner und tendieren immer deutlicher dahin, wo sie die Regierung schon lange haben will, nämlich in die Nähe der Stagnation.

KOHLEKRAFTWERKE / Rauchgasentschwefelung

Anlage wird Vorzeigeprojekt

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Es ist keine leichte Entscheidung, die dem Vorstand der Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke AG (BKB), Helmstedt, morgen bevorsteht. Dem Betreiber der Kohlekraftwerke Buschhaus und Offleben fällt nämlich die delikate Aufgabe zu, über das Verfahren und den oder die Lieferanten der Rauchgasentschwefelungsanlagen für die beiden Stromfabriken zu beschließen.

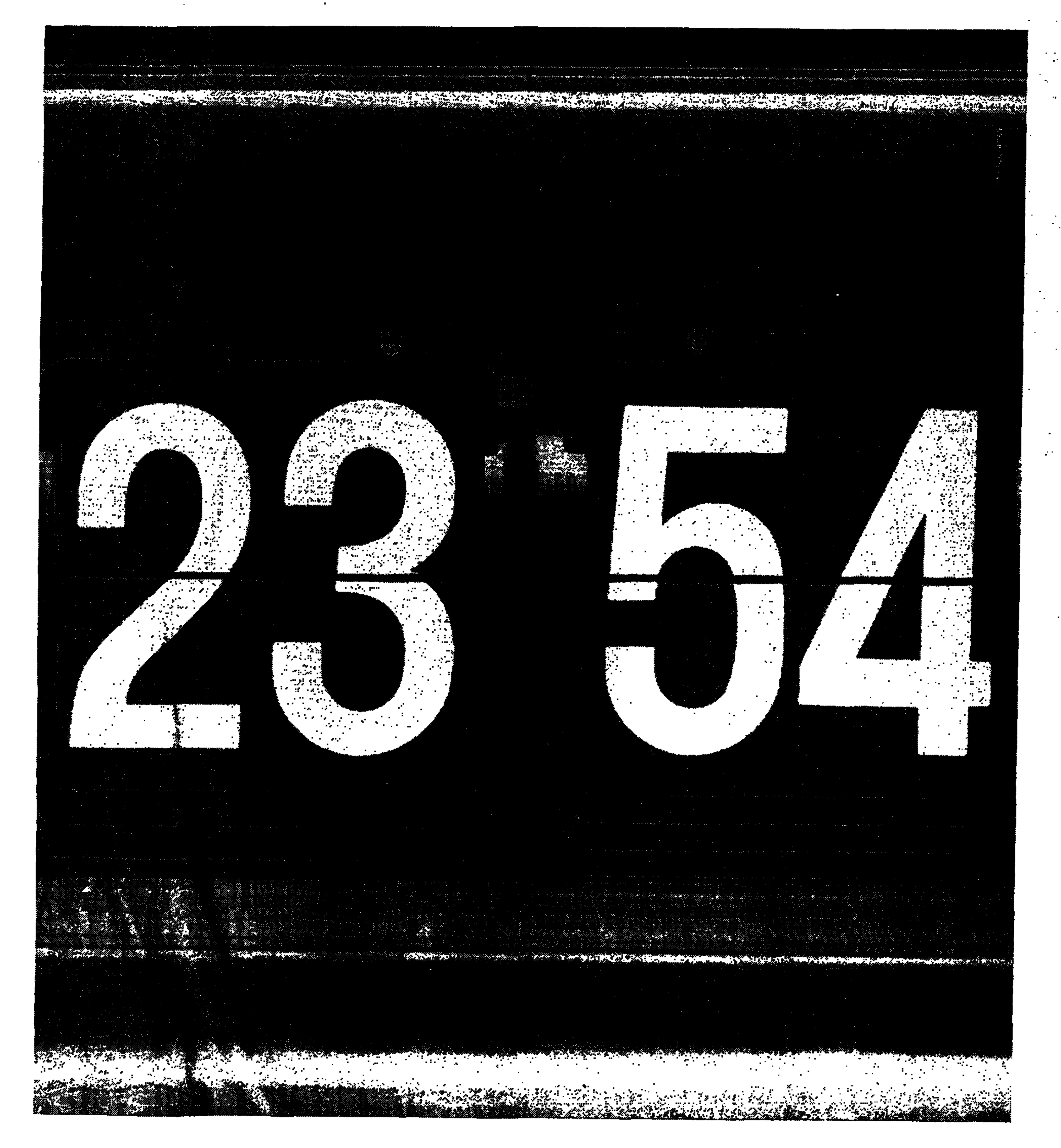
Dabei ist es weniger die beeindruckende Investitionssumme zwischen 300 und 400 Mill. DM, die für einen gewissen Nervenkitzel sorgt, als die politische „Prominenz" von Buschhaus. Tatsächlich ist die Anlage nahe der niedersächsischen Zonengrenze nicht so ganz „ohne". Die Braunkohle, für die der 350-Megawatt-Block in Buschhaus konzipiert wurde (Investition einschließlich des Bergbau-Teils: 850 Mill. DM), zeichnet sich nicht nur durch einen sehr hohen Schwefel-, sondern zusätzlich durch einen hohen Salzgehalt aus. Nicht ausgefiltert würden diese mit dem Rauchgas der Kohleverbrennung durch den Schornstein in die Umwelt wandern.

Die vorausberechenbaren Produkte der Filterung, täglich 200 Tonnen reiner Schwefel und 30 bis 40 Tonnen Salze, machen das Volumen deutlich. Kein Wunder also, wenn Anwohner und Umweltschützer – wenigstens mit dem Erfolg des Aufschubs – vor Gericht gingen. Wenn Buschhaus dennoch demnächst anläuft, dann erst einmal mit der „normalen", also salzarmen Kohle aus Offleben. Neben diesem Kompromiß hat das politische Gerangel auch einen früheren Termin für die Inbetriebnahme der Filteranlage hervorgebracht: Sie soll bis zum 30. Juni 1987 fertig sein.

Sowohl die knappe Bauzeit – schließlich geht es um eine komplette Chemieanlage etwa in Größe eines Fußballfeldes – als auch die extremen Anforderungen an das Verfahren haben die Buschhaus-Entschwefelung auch für die Anlagenbauer zu einem Vorzeigeprojekt par excellence gemacht. Es geht um das Prestige, als erster den Rekordgehalt von etwa 12 000 bis 15 000 Milligramm Schwefeldioxid je Kubikmeter Rauchgas unter die 400-Milligramm-Marke zu bringen. Diese „unternehmenspolitische" Komponente macht die Entscheidung nicht leichter, etwa wenn es darum geht, sich für ein deutsches oder ein ausländisches Verfahren zu entscheiden. Der Staat hat seine Zuschüsse von 242 Mill. DM damit verbunden, daß ein wesentlicher Teil der Wertschöpfung aus dem Entschwefelungsauftrag in Niedersachsen bleibt, also dortige Spezialunternehmen beschäftigt werden.

Es sind zwei völlig unterschiedliche Verfahren im Gespräch: die Naßentschwefelung und die Rauchwäsche mit Natriumsulfit. Bei der Naßentschwefelung wird der Rauch durch eine Suspension aus Kalk (690 Tagestonnen) und Wasser geleitet, in der Schwefeldioxid und Salze gebunden und abgeführt werden. Das Endprodukt sind täglich 1200 Tonnen Gips, die entweder an die Industrie gehen oder vor Ort zum Verfüllen der ausgebeuteten Kohlegruben eingesetzt werden können. Die Sulfitwäsche dagegen besticht zwar mit den weitaus geringeren Mengen von etwa 20 Tonnen Natronlaugen-Einsatz und 200 Tonnen Schwefelproduktion pro Tag. Sie benötigt aber einen höheren Energieeinsatz und erfordert die Deponierung der als Staub abgeschiedenen Salze.

Die Entscheidung wird dem BKB-Vorstand also wirklich nicht leichtgemacht. Und eines ist schon vorab sicher: Wie auch immer er sich entscheidet – von irgendeiner Seite wird er Schelte beziehen.



AUTO-BECKER / Kaum Umsatzwachstum

Vorstoß mit Solex-Systemen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Angesichts immer noch weithin verunsicherter Autokäufer und demzufolge sinkender Auftragseingänge im Autohandel will das Autohandelshaus Auto-Becker GmbH & Co. KG, Düsseldorf, neben nachrüstbaren Katalysator- und Flüssiggas-Systemen für Neu- und Gebrauchtwagen ab Mitte Januar 1985 auch Umrüstsätze nach dem sogenannten Mager-Konzept mit Abgasrückführung des britischen Vergaserherstellers Solex anbieten. Nach diesen Verfahren wird durch Luftüberschuß die Verbrennungstemperatur im Motor herabgesetzt und gleichzeitig der Stickoxidgehalt verringert. Eine Verminderung der noch im Abgas enthaltenen unverbrannten Kohlenstoffe und des Kohlenmonoxids kann bei Verwendung bleifreier Kraftstoffe durch einen einfacheren Oxidationskatalysator erfolgen.

Wie Wilhelm Becker und Repräsentanten des Hauses Solex erläuterten, dauert die Umrüstung bei Gebrauchtwagen etwa 2 bis 3 Stunden und kostet zwischen 600 und 800 DM, ist damit also erheblich billiger als bei der bisher bekannten Katalysator-Umrüstung. Becker erwartet, daß die steuerliche Begünstigung für Katalysator-Autos (bis 1989) auch auf die propagierten Abgasrückführungssysteme ausgedehnt wird. Konkret abhängig ist man beim Abgasrückführungssystem von dem am 15. Januar nächsten Jahres erwarteten Bonner Kabinettsbeschluß. Da diese Systeme sich bereits in anderen europäischen Staaten bewährt haben, verspricht sich Becker „einen großen Sofort-Effekt", da die in Frage kommenden 10 Mill. Pkw europaweit mit bleihaltigem Benzin fahren könnten.

Auto-Becker hat 1984 mit 142 Mill. DM 2,5 Prozent mehr umgesetzt als im Vorjahr. Leicht hätte man eine Umsatzzuwachsrate von 10 Prozent erreichen können; hätte es bei Jaguar und Ferrari nicht erhebliche Lieferschwierigkeiten gegeben. Bei Gebrauchtwagen wurde, vor allem im Export, ein Umsatzplus von 5 Prozent erzielt. Zubehör legte 10 Prozent zu, Werkstatt- und Ersatzteilumsätze blieben stabil. Die Mitarbeiterzahl wuchs um 2 Prozent auf 337.

MANILA / Währungsfonds bewilligt Hilfspaket

Programm ausgehandelt

H.-A. SIEBERT, Washington

Nach fast einjährigen Verhandlungen ist das Finanzpaket für die Philippinen unter Dach und Fach. Wie der Internationale Währungsfonds (IWF) mitteilte, kann die Regierung in Manila in den kommenden 18 Monaten Hartwährungskredite im Gegenwert von 615 Mill. Sonderziehungsrechten (SZR, „Papiergold") abrufen. Das sind umgerechnet mehr als 1,89 Mrd. Mark. Bei einer Quote von 440,4 Mill. SZR schulden die Philippinen der multinationalen Organisation bereits 2,24 Mrd. Mark.

Die Mittel sind ausschließlich für die Finanzierung des mit Manila ausgehandelten wirtschaftlichen Anpassungsprogramms bestimmt. Es zielt auf einen Abbau des Leistungsbilanzdefizits, eine schnelle Reduzierung der Inflationsrate sowie eine Verbesserung der Wirtschafts- und Managementstruktur. Vorgesehen sind monetäre und fiskalpolitische Maßnahmen wie die Streichung öffentlicher Ausgaben und die Korrektur des staatlichen Investitionsprogramms. Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung sollen durch Überarbeitung der jüngsten Steuerreform gefördert werden; im Agrarbereich werden Produktionsanreize geschaffen.

Das Hilfspaket ist die Voraussetzung für einen geordneten Schuldendienst. Schon im Oktober hat sich Manila mit der Beratergruppe der Geschäftsbanken im Prinzip auf die Umschuldung von 4,9 Mrd. und neue Kredite in Höhe von 925 Mill. Dollar geeinigt. Für reine Handelsgeschäfte ist eine revolvierende Kreditfazilität geplant, die mit rund drei Mrd. Dollar ausgestattet werden soll. Der Pariser Klub wird in Kürze mit Beratungen beginnen.

GROSSBRITANNIEN / Unternehmer optimistisch

Gefüllte Auftragsbücher

WILHELM FURLER, London

Die britischen Unternehmer erwarten für die nächsten Monate ein anhaltendes stetiges Wirtschaftswachstum. Das geht aus der jüngsten Umfrage des britischen Industrieverbandes CBI bei mehr als 1500 Mitgliedsfirmen hervor. Danach sind die Auftragsbücher in der verarbeitenden Industrie seit dem Frühherbst deutlich dicker geworden. Die übergroße Mehrheit der Befragten sieht keine Anzeichen, daß sich die Nachfrage vor Ende des nächsten Frühjahrs abschwächen könnte. So rechnen 30 Prozent der Befragten mit einem steigenden Produktionsvolumen, 58 Prozent glauben an ein unverändertes und nur zwölf Prozent befürchten ein nachgebendes Produktionsvolumen.

Während 18 Prozent der Befragten angaben, ihre Gesamtauftragslage sei besser als gewöhnlich, und 55 Prozent erklärten, sie sei normal, waren 27 Prozent mit ihrer Gesamtauftragslage unzufrieden. Auch das Ministerium für Handel und Industrie spricht inzwischen von einem „beruhigend nach oben gerichteten Trend".

Leicht beunruhigend sind dagegen lediglich die Preiserwartungen in der Industrie. Während nur drei Prozent der Befragten damit rechnen, ihre Preise in den nächsten vier Monaten nicht anzuheben, gehen 55 Prozent von gleichen Preisen und immerhin 42 Prozent von Preiserhöhungen aus. Bei der Befragung im Januar dieses Jahres wies das entsprechende Verhältnis noch deutlicher auf bevorstehende Preissteigerungen hin.

ARBED SAARSTAHL / Wolfgang Bernhardt kommt

Dem rettenden Ufer nahe

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wolfgang Bernhardt (49), der zwei Jahrzehnte seiner Karriere je zur Hälfte als Flick- und als Korf-Manager verbrachte (und als Korfs Generalbevollmächtigter wegen Dissens mit dem eigenwilligen Eigentümer rechtzeitig vor dessen Debakel ausschied), wäre vermutlich schlecht beraten, würde er seine dieser Tage zur Entscheidung anstehende Berufung in den Geschäftsführungs-Vorsitz der Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, auf die von ihm favorisierte einjährige Amtszeit limitieren. Legte er ein weiteres Jahr zu, könnte er als „Retter der Saar" Meriten erwerben.

Solche Schlußfolgerung vermittelt jetzt Jürgen Krackow (61), der aus zweifelsfrei gesundheitlichen Gründen zum Jahresende aus dem Geschäftsführungsvorsitz von Arbed Saarstahl ausscheidet. Denn was Krackow in quasi Zwischenbilanz seiner zehnjährigen Führung dieses schlimmsten Problemkindes der deutschen Stahlindustrie vorzuweisen hat, das kann sich auch vor unbestechlichem Auge sehen lassen.

Keine Zweifel gibt es heute mehr daran, daß dieser größte Stahlproduzent an der Saar bis 1986 ein gewaltiges Restrukturierungsprogramm bewältigt haben wird. Dies bedeutet im Vergleich mit dem letzten Stahlboom 1974: eine Reduzierung von drei „vollintegrierten" Hüttenwerksstandorten auf nur noch einen in der Roheisenbasis künftig gemeinsam mit der Dillinger Hütte (französischer Mehrheitsbesitz) betriebenen. Kombiniert wurde dies mit einem fast schon beendeten Belegschaftsabbau um knapp 60 Prozent auf einen heute fast erreichten Endstand von gut 12 000 Beschäftigten.

Dies mit dem Beiwerk von reichlich 3 Mrd. DM staatlicher Stützung, von Kreditgarantie bis zu verlorenem Zuschuß. Zuviel für ein einziges Stahlunternehmen? Krackow hat zur Antwort vor allem zwei Argumente: *Erstens konnte und könne niemand* die „Bulldozer-Alternative" der totalen Vernichtung der Saarstahl-Arbeitsplätze propagieren. Zweitens komme das Unternehmen nach öffentlicher und Banken-Hilfe nun ab 1985 aus seinen horrenden Verlusten heraus in die Selbstverantwortung.

SEL / Für 1984 wird wieder mit einem guten Ergebnis gerechnet – Mit „gestärktem Rücken" ins neue Geschäftsjahr

Die Auftragspolster sind kräftig angewachsen

WERNER NEITZEL, Asperg

Obwohl die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, im laufen*den Jahr das Handicap eines durch* Arbeitskampf verursachten Produktionsausfalls zu verkraften hatte und auch den Preisverfall in der Unterhal*tungselektronik zu spüren bekam*, wird für das Geschäftsjahr 1984 mit einer Zunahme des SEL-Gruppenumsatzes um etwa 6 Prozent auf gut 4,5 Milliarden DM gerechnet.

Damit liege man, wie SEL-Chef Helmut Lohr in Asperg vor Journalisten bemerkte, nicht wesentlich unter dem ursprünglich geplanten Wachstum. Zustatten kam dem Unternehmen die günstige Entwicklung des Auslandsgeschäfts.

Überhaupt verzeichnete die SEL im bisherigen Verlauf dieses Jahres eine überaus kräftige Belebung der *Nachfrage in praktisch allen Unter*nehmensbereichen. Der Auftragseingang erhöhte sich in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um 19 Prozent, der Auftragsbestand lag mit 2,93 Milliarden DM per Ende September sogar um 28 Prozent über dem Vorjahr. So zog insbesondere der Auftragseingang aus dem Inland kräftig an.

Der Umsatz der Gruppe lag arbeitskampfbedingt in den ersten neun Monaten mit 2,78 Milliarden DM lediglich auf Vorjahresniveau. Die „Aufholjagd" führte im vierten Quartal dann wieder zu Zuwachsraten.

Gerade in den letzten Wochen konnte SEL auch einige bedeutende Exportabschlüsse *unter Dach und* Fach bringen. Dazu zählen ein Großauftrag aus Malaysia über Luftlande-Ausrüstungen, aber auch der Aufbau *eines Glasfaserkabel-Netzes* in der Volksrepublik China.

„Wir gehen mit sehr gestärktem Rücken in das Jahr 1985", meinte Lohr, der hierin die Früchte der Strukturbereinigung und der Forcierung des Exports sieht. Die in den *letzten Jahren entwickelte Fähigkeit*, komplexe Technologien in marktfähige Erzeugnisse umzusetzen, und die notwendigen Ressourcen aus eigener Kraft erwirtschaften zu können, werde auch in der Zukunft bei der Verwirklichung der ehrgeizigen Unternehmensziele helfen.

Lohr unterstrich, daß die ITT (SEL ist neben Teves deren deutsches „Flaggschiff") die Bundesrepublik *als ein Land ansehe, in dem es sich* lohne, Investitionen durchzuführen. Er verwies auf die langfristige Entscheidung, den größten Teil der hier *erwirtschafteten Gewinne auch im* Lande zu investieren (siehe WELT vom 6. Dezember).

Zur Ertragsentwicklung in diesem Jahr meinte Lohr lediglich, das Ergebnis werde sich sehen lassen können. Für 1983 war aus einem Jahres*überschuß von 87 Mill. DM an die* Muttergesellschaft eine von 3 auf 21 Prozent aufgestockte Dividende gezahlt worden. Die freien Aktionäre, die 16 Prozent des SEL-Aktienkapitals von 384 Mill. DM halten, wurden mit der Garantiedividende von 21 Prozent bedient. Wie das Unternehmenn verfahren werde, wenn die Laufzeit der Garantiedividende zu Ende geht, ließ Lohr offen.

In der Nachrichtentechnik, in der SEL in den ersten neun Monaten einen Anstieg des Bestelleingangs um 31 Prozent verbuchte, orderte die Bundespost die ersten Ortsvermittlungsstellen in digitaler System 12-Technik. Auch wurden zwei Nebenstellenanlagen, mit der Technikfähigkeit zur ISDN (Integrated Services Degital Network), für Versuchszwecke bestellt.

Im Bereich der Unterhaltungselektronik wuchs das Exportgeschäft, während der Inlandsumsatz zurückging. Die derzeit im Werk Bochum vorhandene Produktionskapazität von gut 1,5 Mill. Farbfernsehern pro Jahr soll noch weiter ausgebaut werden.

Bei Bauelementen der Unterhaltungselektronik habe sich die günstige Marktentwicklung ebenso fortgesetzt wie bei den Farbbildröhren. Weitere Schwerpunkte der Aktivitäten sind die Büroautomation, die Optoelektronik und die Weiterentwicklung von Software-Strukturen.

Ende September beschäftigte die SEL-Gruppe mit 30 824 Mitarbeitern rund 100 mehr als ein Jahr zuvor. In Anbetracht der guten Auftragslage ist wohl anzunehmen, daß der Trend weiterhin leicht nach oben zeigt.

IVECO MAGIRUS

Talfahrt soll nun beendet sein

dpa/VWD, Ulm

Der zur Fiat-Gruppe gehörende Nutzfahrzeughersteller Iveco Magirus AG, Ulm, hat die Talsohle nunmehr endgültig verlassen. Der Unternehmensvorstand rechnet für das kommende Jahr wieder mit „leicht verbesserten" Auftrags- und Umsatzzahlen. Voraussichtlich werden 1985 etwa 10 000 Fahrzeuge gebaut werden.

Dies bedeutet eine bessere Auslastung der Kapazitäten und damit keine weitere Personaleinsparung. Vorstandsvorsitzender Wolfgang Keller machte auf einer Betriebsversammlung jedoch deutlich, daß die Arbeitsplätze freiwillig ausscheidender Mitarbeiter nicht automatisch neu besetzt würden.

Das Geschäftsjahr 1984 bezeichnete er als ein Jahr der „Konsolidierung und Stabilisierung". Produktion und Absatzvolumen würden zwar noch einmal leicht zurückgehen, doch habe Iveco Magirus seinen Marktanteil an den Neuzulassungen im Inland gehalten. Er sei im Zeitraum Januar bis September 1984 gegenüber dem Vorjahr von 11,8 auf 12,6 Prozent gestiegen, obwohl das Unternehmen mit einem Rückgang der Neuzulassungen um 2,7 Prozent ebenso wie andere Nutzfahrzeughersteller Federn lassen mußte.

Der Exportabsatz sei erneut um gut 1000 Einheiten zurückgegangen. Insgesamt habe das Unternehmen etwas mehr als 14 000 Fahrzeuge abgesetzt, von denen knapp 9000 aus der Ulmer Produktion kamen. Das Umsatzvolumen werde daher leicht auf etwa 1,5 (1,6) Mrd. DM zurückgehen. Der Verlust sei 1984 „deutlich" reduziert worden. 1983 wurde ein Verlust von 108 Mill. DM ausgewiesen. Die Zahl der Beschäftigten fiel im Jahresverlauf von rund 7400 auf etwa 6800 im Oktober 1984.

PHILIP MORRIS / Kontinuierlich Marktanteile gewonnen

Branchen-Streit geht weiter

DANKWARD SEITZ, München

Spätestens im Januar wird die zweite Runde in der juristischen Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Zigarettenindustrie um die neuen Filter eingeläutet. Ermuntert vom Urteil des Landgerichts Köln – es untersagt der BAT, ihre Marke „Barclays" mit niedrigen Schadstoffwert-Angaben zu vertreiben –, will die Münchner Philip Morris GmbH nun gegen die „*Muratti No. 1*" der Martin Brinkmann AG, Bremen, vorgehen. Derzeit wird bei Philip Morris, wie der neue Vorsitzende der Geschäftsführung, Günter Wille, mitteilte, eine schriftliche Abmahnung vorbereitet. Auch bei dieser Zigarette *würden wegen ihres besonderen Filters* „irreführende" Wertangaben gemacht.

Es ist nach Ansicht von Wille ein „unvermeidlicher Schritt", auch wenn dies der Branche insgesamt schadet. Diese neuen Filter seien nämlich nach dem Preiskrieg des Jahres 1983 nichts anderes als eine „neue Variante im Kampf um Marktanteile". Er brach mit aller Heftigkeit aus, als die Verkäufe der Branche *1982 nach der massiven Steuererhöhung* um 16,2 Prozent zurückgingen. Inzwischen hat sich der Absatz wieder um 4,6 Prozent 1983 und um 3,5 Prozent 1984 auf 117,7 Mrd. Zigaretten erholt, liegt aber noch deutlich unter dem hohen Niveau von 1980 mit *127,1 Mrd. Stück*.

Für Philip Morris ist dies allerdings kein Grund zur Sorge. In den letzten vier Jahren konnte das Unternehmen, so Wille, seinen Marktanteil von 13,3 auf 17,6 (15,9) Prozent ausbauen. 1984 erreichte der Inlandsabsatz 20,7 (18,0) Mrd. Stück; in den Export gingen 16,0 (14,3) Mrd. Zigaretten. Auch beim Umsatz wird Philip Morris nach Angaben von Wille wieder ein beacht*liches Plus* von annähernd 17 Prozent auf 3,6 Mrd. DM erzielen können (1980 waren es erst 2,1 Mrd. DM). Die Spuren des harten Wettbewerbs kommen jedoch deutlich im Jahresüberschuß zum Ausdruck. Er sank kontinuierlich von 25,4 Mill. DM 1980 auf *nur noch* 2,9 (11,3) Mill. DM *im* vergangenen Jahr. Ob er 1984 weiter zurückgegangen ist, steht noch nicht fest, aber, so Wille, „wir werden keine roten Zahlen haben".

FÜW: Unveränderte Dividende

VWD, Nürnberg

Eine unveränderte Dividende von 10 Prozent hat der Vorstand der Fränkisches Überlandwerk AG, Nürnberg, den Aktionären für das *Geschäftsjahr 1984 in Aussicht* gestellt. Dabei können auch die zur Hälfte gewinnberechtigten jungen Aktien aus der 1984 durchgeführten Kapitalerhöhung auf 90 (70) Mill. DM bedient werden, heißt es in einem Aktionärsbrief. Zum „leicht verbesserten" Ergebnis würden Mehrerlöse und die schon zur Hauptversammlung angekündigte Investitionszulage von 1,9 Mill. DM beitragen. Die nutzbare Stromabgabe des *FÜW* stieg bis einschließlich Oktober 1984 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6,8 (1,4) Prozent auf 2,65 Mrd. kWh.

Die Umsatzerlöse aus dem Stromgeschäft stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,2 Prozent auf 507,7 Mill. DM an. Während in der ersten Hälfte 1985 mit stabilen Strompreisen zu rechnen sei, könne man eine Anhebung im zweiten Halbjahr nicht ausschließen. In Sachanlagen wird das FÜW 1984 planmäßig rund *85,4 (89,8) Mill. DM investieren.*

NAMEN

Dr. Franz Scherer, Vorstandsmitglied der Honeywell Bull AG, Köln, wurde zum Vorstandsvorsitzenden und **Horst Gellert** vom stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt. **Josef Hölkemann** wird *stellvertretendes Vorstandsmitglied.*

Hans-Joachim Riesenbeck und Dr. **Jürgen Schrader**, beide Düsseldorf, *sowie* **Heinrich Willms**, Hamburg, sind zu Principals von McKinsey & Company, Inc., New York, gewählt und in die Geschäftsführung von McKinsey für Deutschland berufen worden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: Dieter Heckendorf; **Essen:** Fruchthof van Dyck GmbH & Co. KG; **Hagen:** 1) Sahling-Bau GmbH & Co. KG, 2) Sahling-Bau GmbH; **Karlsruhe:** Heinkel Beteiligungsges. mbH, Stuttgart; **Krefeld:** a) Peter van Bebber GmbH & Co. KG b) van Bebber Beteiligungsges. mbH, Krefeld-Uerdingen; **Lörrach:** Sigrum Orth, Weil a. Rhein; **Mainz:** I A E Industrieanlagen Export GmbH; Transdocument GmbH; **Mönchengladbach:** Minerva Bau- u. Bauträger GmbH & Co. KG; **Montabaur:** Wick-Werke GmbH & Co. KG, Höhr-Grenzhausen; **Nordhorn:** Hans-Dieter Roscheng; **Pirmasens:** NOWA Vieh- u. Fleischhandelsges. mbH; **Remscheid:** Emil Ohliger GmbH & Co., Solingen; Moll, Schallbruch & Co. GmbH, Solingen; **Siegburg:** H.M.-Motorradbau GmbH, Troisdorf; **Soest:** Nachl. d. Johannes Werner Rosemann, Warstein-Belecke; **Stuttgart:** Nachl. d. Nikolaus Schmidt; **Wuppertal:** IMB IMOBAU Dachdeckerei- u. Fassadenbau GmbH; Nachl. d. Hans Schmidt.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Stuttgart: Werner Müller Verlagsbuchbinderei GmbH; **Ulm (Donau):** Pfeiffer GmbH & Co. KG.

Vergleich eröffnet: Pirmasens: W. Bischoff GmbH & Co. KG, Ludwigswinkel.

Vergleich beantragt: Ludwigshafen: Gebr. Canali KG, Speyer.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Ameropa holte auf

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Frankfurter Bahnreise-Veranstalter Ameropa hat im abgelaufenen Urlaubsjahr (31. Oktober) verlorenes Terrain wieder aufgeholt. Mit einem Buchungsplus von 15,5 Prozent auf 213 605 Reiseteilnehmer konnte das Unternehmen das „Problemjahr 1982/83" – damals wurden 11,4 Prozent weniger Gäste gezählt – mehr als wettmachen. Der Umsatz nahm um etwa 27 Prozent auf rund 89 Mill. DM zu. Dies war auch auf die Erhöhung des Durchschnittsreisepreises von 380 auf 417 DM zurückzuführen.

Beta-HV am 18. Dezember

Mannheim (VWD) – Am 18. Dezember findet in Mannheim eine Hauptversammlung der Beta Computer AG (vormals Reichhold Chemie AG i. L.) statt. Wie von *Aktionären zu erfahren* war, soll die zum Einflußbereich des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Kerkerbachbahn AG i. K., Mannheim, Tom Sieger, gehörende Gesellschaft „eine Neuauflage des Siegermodells" planen. Dazu gehörte u. a. der Zugang zum Kapitalmarkt über die amtliche Notierung eines seiner Unternehmen.

Lizenz für China

Hannover (dos) – Die seit Mitte 1982 zur französischen Les Cables de Lyon gehörende Kabelmetal electro GmbH, Hannover, hat einen Vertrag über die Herstellung von hochflexiblen Metallwellrohren aus rostfreiem Stahl nach dem Tiefwellenverfahren mit China abgeschlossen. Vertragspartner *ist ein chinesisches Rohr*werk, das damit als erstes Unternehmen das von Kabelmetal electro entwickelte Verfahren einsetzen wird. Bereits früher seien an drei andere Kabelwerke in China Lizenzen vergeben und die dazugehörigen Anlagen geliefert worden. Der neue Vertrag (Wert: 5 Mill. DM) umfaßt die Lieferung einer Maschine für Rohrdurchmesser bis zu 20 cm, die Ausbildung chinesischen Personals in Hannover und die Inbetriebnahme der Maschine beim Kunden in Nanjing.

Mit Geschäft zufrieden

Essen (Bm.) – Die Mietfinanz, Mülheim, ist mit ihrem Geschäft in 1984 zufrieden. Das Volumen der abgeschlossenen Mietverträge lag in den ersten zehn Monaten um 16 Prozent höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Ertrag sei weiter gestiegen. Mit dem Auslandsgeschäft *ist die Mietfinanz ebenfalls zufrieden.* Das gelte auch für das China- und das Ungarn-Geschäft. Das starke Wachstum werde sich jedoch nicht in der Bilanzsumme niederschlagen, da die Lieferfristen teilweise sehr lang seien und Großverträge aus früheren Jahren ersatzlos ausliefen.

DER: Gutes Jahr mit hohem Zuwachs

dpa/VWD, Frankfurt

Die Deutsche Reisebüro GmbH (DER), Berlin/Frankfurt, hat allgemeine Preiserhöhungen zwischen 3 *und 5 Prozent bekanntgegeben.* Wie die Geschäftsführung bei der Vorlage des neuen Sommerprogrammes mitteilte, werden für Spanien allerdings die Hotelpreise um etwa 15 Prozent erhöht. Billiger zu buchen sind Ferienwohnungen in Italien, die sich um 3 bis 5 Prozent ermäßigten.

Obwohl das Geschäftsjahr noch nicht beendet ist, rechnet die Geschäftsführung mit einem „guten Jahr". Insgesamt 240 000 Buchungen für die Touristik-Programme brachten einen Zuwachs von 12 Prozent und ließen den Umsatz um etwa 10 Prozent auf 119 Mill. DM klettern. Der Zuwachs bei Städtereisen in europäische Metropolen um 16 Prozent un*terstreicht nach Auffassung* des DER „den Trend zum Kurzurlaub". Preisgünstige Ferienwohnungen hatten einen Zuwachs von elf Prozent.

Gut entwickelte sich das Amerikaprogramm, das trotz hoher Dollarkurse und harter Konkurrenz durch niedrige Linienflugtarife Zuwächse erzielte. Insgesamt 93 535 Passagiere wurden mit ABC-Flügen nach Nordamerika gebracht, 4,1 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Für 1985 rechnet das DER mit einer leichten Belebung der Reisetätigkeit und einer Umsatzausweitung zwischen 3 und 3,5 Prozent.

THYSSEN / Gute Geschäftsprognose für 1984/85 – „Günstige Dividenden-Aussicht"

Die Konsolidierung bringt Gewinn

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Doppelt soviel wie den vorjährigen, gut zwei Mrd. DM schweren Umsatzrückgang hat der von der Duisburger Thyssen AG geführte Konzern 1983/84 (30. 9.) mit einer Steigerung des Welt-Fremdumsatzes um 14 Prozent auf 32,4 Mrd. DM aufgeholt. Der hohe Vorjahresverlust (550 Mill. DM, davon nach Rücklagenauflösung 48 Mill. DM Verlustvortrag) werde nun von „deutlichem" Jahresüberschuß abgelöst, schreibt der Vorstand in seinem ersten Rückblick auf die Bericht*szeit*.

Und gleich dazu den Hinweis, daß man in erheblichem Umfang Vorsorge auch für noch anstehende Strukturprogramme getroffen habe und den Abschluß unter das Vorzeichen der Konsolidierung stelle. Deshalb soll es nun auch keine Rückkehr zu der in der langen Stahlkrise bis 1981/82 durchgehaltenen „Pflegedividende" von zwei DM geben. Hoffnung auf Dividende macht der *Vorstand* den 220 000 Eigentümern von 1,3 Mrd. DM Aktienkapital für 1984/85 mit dem Hinweis, das aktuelle Geschäft eröffne „günstige Aussichten".

Unerwartet schön war's bei Thyssen 1983/84 schon bei einem der beiden Problembereiche des Konzerns. Die Massenstahltochter kam bei Steigerung des Bruttoumsatzes (nebst konzerninternen Lieferungen) um 16 Prozent auf 10,3 Mrd. DM nach dikkem *Verlust* wieder klar ins Positive. Die Edelstahltochter (Brutto-Umsatzplus von 23 Prozent auf 3,5 Mrd. DM) glänzt gleichfalls mit Gewinn, ebenso der Bereich *Handel/Dienstleistungen* mit 17,6 (14,7) Mrd. DM Bruttoumsatz.

Im Konzernbereich Investitionsgüten/Verarbeitung *enthalten* 9,8 (8,6) Mrd. DM Bruttoumsatz konstante 5,2 Mrd. DM der (trotz Werftkrise noch positiven) Essener Thyssen Industrie AG und einen um *26 Prozent auf 1,5* Mrd. Dollar gestiegenen Umsatz der US-Tochter Budd, des zweiten Thyssen-Problemkreises, wo sich der Verlust nun aber „erheblich" verringert habe. Ausschlaggebend dafür waren Gewinne aus den Autoindustrie-Zulieferungen von Budd, während der Eisenbahn/Nahverkehr-Produktbereich, durch Fehlkalkulation von Großaufträgen für die riesigen Budd-Verluste der letzten Jahre hauptverantwortlich, nochmals „beträchtliche Belastungen" brachte; er wird ab Anfang 1986 in die „Transit America Ind." verselbständigt.

Wie gewohnt, blieben die Investitionen des Thyssenkonzerns mit einer Mrd. DM und ebenso die Abschreibungen mit 1,1 Mrd. DM in der Berichtszeit auf konstant hohem Niveau. Nebst neu beschlossenen Projekten habe man derzeit ein Investitionsprogramm von 1,9 Mrd. DM; dies mit Schwerpunkten bei Modernisierung der Anlagen und Qualitätssteigerung der Produkte. *Die Beschäftigtenzahl* bei „Thyssen-Welt" sank 1983/84 um fünf Prozent auf 131 030, im Inland um sieben Prozent auf 108 653 Mitarbeiter.

Weiterhin dünne Auftragsdecke

Aktien geben überwiegend leicht nach

DW. – Immer deutlicher stellt sich heraus, daß die meisten Teilnehmer am Aktienhandel für 1984 ihre Bücher bereits geschlossen haben. Weder von den institutionellen Investoren, noch von der sonstigen Bankenkundschaft lagen nennenswerte Aufträge vor. Auch die zeitweise Befestigung der US-Kurse vermochte dem Markt keine Anregungen zu geben. So konnten Kursabschläge auf breiter Front nicht ausbleiben. Daß sie sich in engen Grenzen hielten, ist der optimistischen Börseneinschätzung für 1985 zu verdanken.

Bemerkenswert stabil lagen weiterhin die Papiere der Großchemie, deren Kurse durch die in diesen Aktien steckende Dividendenphantasie gestützt werden. Neuerdings werden sogar Sätze von neun DM für 1984 für möglich gehalten, nach sieben DM für 1983. Die lange Zeit favorisierten Spezialwerte des Elektromarktes treten immer mehr in den Hintergrund. Bankaktien mußten weitere Einbußen hinnehmen, am besten hält sich noch die Dresdner Bank, weil hier im Zusammenhang mit einer Kapitalerhöhung eine Anhebung der Dividende für möglich gehalten wird. Die Allianz-Aktie leidet weiterhin unter der Enttäuschung, die sich aus der geplanten Neuordnung des Konzerns ergibt und die nicht den spekulativen Erwartungen vieler Börsianer verspricht. Am Aktienmarkt wurden Mercedes-Aktien über den Dividendenabschlag hinaus zurückgenommen.

Düsseldorf: Concordia Chemie und Dyckerhoff gaben um je 3 DM und Hageda um 2 DM nach. Verseidag verloren 3 DM und Köln Düsseldorfer 2 DM. Heinrich erhöhten um 5 DM und Rheag um 2 DM. Bei den Versicherungen verminderten Aachener Rück um 25 DM und Allianz Leben um 110 DM.

Frankfurt: Brau AG verloren 3 DM auf 138 DM, MAB Vz. gaben um 10 DM auf 330 DM nach, und Mercedes verminderten um 18,50 DM auf 493,50 DM. Steigenberger stockten um 130 DM auf 2500 DM und Eichbaumbrauerei um 4 DM auf 152 DM auf.

Hamburg: HEW gingen zu 84,50 DM (plus 0,40 DM) und NWK-Vz. zu 168 DM auf unveränderter Basis um. Phoenix Gummi wurden mit 116 DM und Bremer Vulkan mit 68,10 DM gehandelt. Beiersdorf gaben um 9,50 DM nach. Holsten Brauerei wurden mit 261 DM bezahlt.

München: Aigner verbesserten sich um 4,50 DM, Audi NSU um 2 DM und Blattmetall um 20 DM. Brauhaus Coburg stockten um 20 DM und Leonische Draht um 3,50 DM auf. Nachgeben haben Electronic 2000 um 19,50 DM, Erius um 78 DM und Spinnerei Kolbermoor um 10 DM.

Berlin: Dt. Hypobank Berlin lagen um 4 DM fester. Berthold schwächten sich um 8 DM, Orenstein um 5 DM und Lehmann um 4,80 DM ab. Herlitz St. gaben um 2,50 DM, Schering um 3 DM und DUB-Schultheiss um 1 DM nach.

Nachbörse: Etwas leichter

WELT-Aktienindex: 157,7 (158,3)
WELT-Umsatzindex: 1670 (1840)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	17. 12.	14. 12.
H AachM Betell. 9+2,5	940	960B
H Aach. M. Vers. 7	350G	352
D Aach. Rück. 9	1100bG	1125G
D Aseag *4	460T	460
M Ack-Gögg 4	102bG	102bG
H Adca 0	124G	125B
D Adler 9	345G	345
F Adt AG 0	67,1	66,1
F AEG-Telef. 0	101	102,8
D AEG-Kabel 8	280T	280T
S Aesculap 8	374,5	374,5
F AGAB 5	119,1	119
D Agrippina *7	785T	790T

	17.12.	14.12.
H Br. H. Hypo 18	315G	314G
H Brsch. Jute *0	97,5G	97,5G
H Breitenb.-C. *28	560G	560G
H Br. Straßb. *0	480	480T
H Br. Vulkan 0	68,5	69
H Br. Wollk. 6	130	130
F BBC 6	196	197
S BSU Textil %20	1290G	1290G
D Buckau-W. 4,1	135bG	133G
D Buderus *12	380	370G
M Bgl. Br. Ing. *12+2	760G	760G
S Bgl. Brh. Rav. *0	355G	355G
S Calw D. **30+18	720B	720B
F Cassella *10	470,1	471,1

	17.12.	14.12.
M En. Oberfr. 4,5	270	276G
M En. Ostb. 5+1	230	240bB
H Elbsoft 0	44G	44G
B Engelhardt 7	209G	209G
D Enka 6,67	182	183,5
M Erlus 12,5	425bG	503
M Erste Kulmb. 9	1050bG	1070G
S esbi *0	10,5G	10,7bB
S Essl. Masch. 6	265	261,5G
M Esterer **16	540G	540G
D Farb. Liqu. RM 0	7,1	7,1
F Flachglas 8	219	219
D Ford *0	950T	950T
B Forst Ebe. *4	2450T	2400T

	17. 12.	14. 12.
H Holsten-Br. 6+1	261	264
F Holzmann 10+1	–	386
D Horten 6	178	178
B Hw. Kayser *12	256G	256G
D Hussel 8	286	284,5
D Huta Heg. 0	62T	64G
M Hutschenr. 9	233G	232bG
H Hypo Hbg. 12,5	410,5	410G
D IKB 7,5	175	178,5
S IWKA 0	223,7	225
M Isar-Amper 6,5+1	351	354,5
D Isenbeck 4,75	165T	165T
H Jacobsen *8	605G	605G

	17. 12.	14. 12.
Exxon	43,50	43,375
Firestone	16,50	16,50
Fluor	15	14,75
Ford	43,50	42,75
Forster Wheeler	11,125	11
Fruehauf	22,50	22,50
GAF Corp.	25,125	25,125
General Dynamics	63,25	63,125

	17. 12.	14. 12.
Revlon	33,875	33,875
Reynolds Ind.	68,875	68,25
Rockwell Int.	29,75	29,625
Rorer Group	26	25,75
Schlumberger	37,25	37,375
Sears, Roebuck	30,625	30,50
Shell Oil	54,625	54,75

	17. 12.	14. 12.
Coseka Res.	2,75	2,85
Denison Mines	14	13,875
Dome Petroleum	2,22	2,13
Domtar	–	31,75
Falconbridge Ltd.	79,75	80,50
Great Lakes Forest	–	80,25
Gulf Canada	16,25	16
Gulfstream Res.	0,66	0,64

	17. 12.	14. 12.
Charter Cons.	188	190
Cons. Gold. Fields	491	487
Cons. Murchison	625	625
Courtaulds	122	120
De Beers $	442	443
Distillers	312	311
Driefontein $	25,62	26,12
Dunlop	–	–

	17. 12.	14. 12.
Rinascente	518	512
RAS	56000	54500
S. A. I.	10320	10150
SIP	1833	1820
Snia Viscosa	2130	2101
STET	2050	2078
Index	–	–

	17. 12.	14. 12.
Reininghaus	423	424
Schwechater Br.	165	163
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	162	162
Universale HochTief	–	211
Veitscher Magnesit	243	244
Index	58,84	58,69

	17. 12.	14. 12.
Jyske Bank	500	500
Kopenh. Handelsbk.	282	279
Novo Industri	267	264
Privatbanken	243	240
Ostasiat. Komp.	157	157
Dan. Sukkerfabr.	505	505
For. Bryggerier St.	780	770
Kgl. Porc. Fabr.	250	265

	17. 12.	14. 12.
Kreditbank	–	7550
Pétrofina	7020	7100
Soc. Gén. d. Belg.	1830	1815
Sofina	7720	7560
Solvay	4090	4145
UCB	4895	4905
Index	157,71	158,22

	17. 12.	14. 12.
Fraser + Neave	4,96	5,00
Kl. Kepong	2,34	2,34
Mal. Banking	–	5,60
Nat. Iron	–	3,54
OCBC	8,95	8,95
Sime Darby	1,83	1,82
Singapur Land	2,74	2,75
Un. Overs. Bank	4,20	4,22

	17. 12.	14. 12.
North Broken Hill	1,96	1,98
Oakbridge	0,63	0,62
Peko Wallsend	4,65	4,70
Poseidon	2,86	2,90
Thomas Nat. Tr.	1,68	1,68
Waltons Bond	0,31	0,31
Western Mining	2,76	2,78
Woodside Petr.	1,02	1,02
Index	718,70	716,40

Optionshandel

Frankfurt: 17. 12. 84: 759 Optionen = 39 200 (36 900) Aktien, davon 168 Verkaufsoptionen = 8350 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 4-100/10,5, 4-110/4,4, 7-100/16, 7-110/8, 7-120/5, BASF 1-160/16, 1-163/13,5, 1-170/6,8, 1-173/4,55, 4-170/15, 4-180/7,7, 4-200/2, 7-170/22,4, 7-180/15, 7-190/10, 7-200/5, Bayer 1-170/14, 1-180/5,1, 1-190/1,9, 4-170/21, 4-180/15,4, 4-190/8,9, 4-200/6, 7-180/21,2, 7-190/14,5, 7-200/9, 7-210/4,9, Bay. Hypo 7-330/17, BMW 4-400/4,5, Bay. Vereinsbank 4-320/25,2, 4-330/18, Commerzbank 1-170/2,2, 1-180/1, 4-170/11, 4-180/6, 4-190/2,9, 7-180/9,9, 7-190/5, 7-200/4,5, Conti 4-120/5, Dt. Babcock St. 4-160/7,3, 4-170/4, Deutsche Bank 1-380/4, 4-380/17,85, 4-420/3,4, Dresdner Bank 1-190/3,1, 4-190/11, 4-200/5,4, 4-210/3, 7-180/23,3, 7-200/10,5, 7-210/7,3, Hoechst 1-183/5, 1-190/1,7, 4-170/19,5, 4-180/12,5, 4-190/6,55, 7-180/17,6, 7-210/4, Hoesch 1-95/5,4, 1-100/3, 4-95/13,4, 4-100/8, 4-110/3,9, 7-100/12, 7-110/6,6, 7-120/3, Klöckner 1-60/8,7, 1-65/4,5, 4-65/9, 4-70/6, 4-75/4, 7-70/9,2, 7-75/6,9, 7-80/3,5, 7-90/1,5, Lufthansa Vz. 1-180/17, Linde 4-400/5, MAN 4-150/7, Mannesmann 1-140/6, 1-150/1, 4-150/6,95, 4-160/2,9, 4-170/1,9, 7-150/13, 7-160/7, 7-170/4,9, RWE St. 1-160/5, Schering 1-420/10, Kali + Salz 1-210/28, 7-200/15, Siemens 1-460/3, 4-500/5,9, 7-500/11, Thyssen 1-80/2,5, 1-85/1, 4-75/12, 4-85/3,8, 4-90/2, 7-80/9, 7-85/6, 7-90/3,9, Varta 4-170/10,6, Veba 1-170/3, 1-172,5/1, 4-172,5/7,05, 7-180/6,4, VW 1-180/20,5, 1-190/11, 1-200/4,5, 4-180/28, 4-190/20, 4-200/12,2, 4-210/7,6, 4-220/4,4, 4-230/3, 7-200/19, 7-230/5, Alcan 4-90/4, Elf 4-85/4,5, General Motors 4-250/13,4, IBM 1-360/12, 4-370/25, Norsk Hydro 4-40/2, 7-35/5,9, 7-40/3,5, Sony 7-55/2,4. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-110/7, 4-100/2,6, 7-95/2,1, 7-100/3,4, BASF 4-170/1, 4-180/5,9, 7-170/1,8, 7-180/7, Bayer 7-180/2,5, BBC 4-190/2,2, BMW 4-380/18, Commerzbank 1-170/3,3, 4-160/2,5, Conti 1-120/6,5, 4-110/3, Deutsche Bank 7-380/4,5, Dresdner Bank 4-180/1,9, 4-190/4, 7-190/7,4, Hoechst 4-180/1,3, Hoesch 1-100/3,5, Kloeckner 4-65/1,5, 4-70/3,9, Lufthansa St. 7-170/5, Lufthansa Vz. 4-170/1,9, Linde 4-380/10,5, RWE St. 1-160/1, Siemens 1-440/2, 4-430/3,4, 4-440/5, 7-420/2,6, 7-430/4,5, 7-450/17, Thyssen 4-75/1,1, 4-80/2,2, VW 1-200/3, 4-190/2, 4-200/4,7, 7-190/5, Alcan 4-90/3,9, Chrysler 4-90/5. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 17. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞– 8⅞	5½–5⅝	5¼–5½
3 Monate	8⅞– 9⅛	5½–5⅝	5 –5¼
6 Monate	9⅛– 9⅜	5½–5⅝	5 –5¼
12 Monate	10 –10¼	5½–5⅝	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 17. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1505,00	1863,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1195,00	1444,50
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	649,80
1 £ Sovereign alt	224,00	278,16
1 £ Sovereign Elizabeth II.	221,00	274,74
20 belgische Franken	172,00	223,44
10 Rubel Tscherwonez	233,00	292,98
2 südafrikanische Rand	221,00	274,74
Krüger Rand, neu	996,00	1175,34
Maple Leaf	996,00	1175,30
Platin Noble Man	957,00	1130,88
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	240,00	300,96
20 schweiz. Franken „Vreneli"	179,00	228,00
20 franz. Franken „Napoleon"	182,00	231,42
100 österr. Kronen (Neuprägung)	919,00	1111,50
20 österr. Kronen (Neuprägung)	183,00	231,42
10 österr. Kronen (Neuprägung)	96,00	126,54
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	423,00	522,12
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	101,00	137,94

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

17. 12. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurse⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,0925	3,1005	3,067	3,04	3,13
London¹)	3,693	3,697	3,633	3,62	3,77
Dublin¹)	3,112	3,136	3,050	2,19	2,29
Montreal³)	2,3415	2,3495	2,3145	2,39	2,39
Amsterd.	88,520	88,740	88,580	87,50	89,50
Zürich	121,280	121,480	121,200	120,00	122,75
Brüssel	4,969	4,989	4,917	4,85	5,05
Paris	32,535	32,695	32,195	31,75	33,50
Kopenh.	27,890	28,010	27,560	26,75	28,50
Oslo	34,325	34,645	33,985	33,75	35,50
Stockh.**)	34,835	35,005	34,480	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,619	1,629	1,587	1,58	1,68
Wien	14,222	14,262	14,168	14,14	14,36
Madrid**)	1,805	1,815	1,773	1,75	1,87
Lissabon**)	1,845	1,865	1,746	1,43	2,25
Tokio	1,2500	1,2530	–	1,21	1,27
Helsinki	48,050	48,250	47,015	47,00	48,75
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,412	2,466	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,564	2,603	–	2,54	2,67
Johannesbg.*)	1,6185	1,6375	–	1,50	1,78

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der US-Dollar schloß nach seinem Zwischenhoch am Freitag bereits in New York wieder bei 3,09 und bewegte sich am 17. 12. bei kleinen Umsätzen zwischen 3,0890 und 3,1000. Die Dollar-Zinssätze lagen angesichts der freundlichen Bondmärkte in den USA um ⅛ Prozent niedriger. Interventionen der Bundesbank waren weder im Freiverkehr noch zur amtlichen Notiz von 3,0965 zu beobachten. Die Kursfindung der übrigen Währungen verlief uneinheitlich. Die stärkste Bewegung verzeichnete wieder einmal der Escudo mit einem Rückgang um 1,33 Prozent auf 1,855. Das englische Pfund fiel auf 3,690, dem niedrigsten Stand des laufenden Monats, zurück. US-Dollar in: Amsterdam 3,4950; Brüssel 62,2025; Paris 9,4975; Mailand 1907,75; Wien 21,7390; Zürich 2,5511; Ir. Pfund/DM 3,119; Pfund/Dollar 1,1967; Pfund/DM 3,690.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 17. Dezember: In D-Mark 2,23238 (Parität 2,24184); in Dollar 0,714984 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 17. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Um ⅛–3/16 Prozent nachgebende Euro-Dollar-Zinsen führten am 17. Dezember zu einer Verringerung der Termin-Deports.

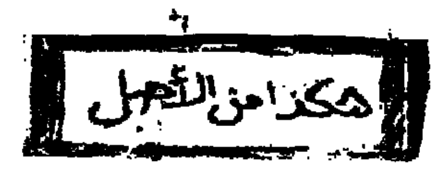
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,96/0,86	2,63/2,53	5,85/5,65
Pfund/Dollar	0,09/0,07	0,19/0,16	0,18/0,14
Pfund/DM	2,00/0,80	4,30/2,90	8,10/6,70
FF/DM	23/07	49/33	94/78

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17. 12.: Tagesgeld 5,45–5,50 Prozent; Monatsgeld 5,85–6,00 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 17. 12.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 17. 12.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.



Bundesanleihen

		17. 12.	14. 12.
F 8½ Bund 79	1/85	–	100G
8¾ dgl. 73 I	3/85	100,5	100,5
7 dgl. 79	4/85	100,25	100,3
7¾ dgl. 79 II	6/85	100,50	100,5
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,95	101
8 dgl. 76 IV	10/85	101,8	100,7
5½ dgl. 78 II	3/86	98,55	98,55
5¾ dgl. 78	5/86	99	99
7¼ dgl. 78 I	12/86	102,3	102,3
6¾ dgl. 79	1/87	100,75bG	100,75bG
7¾ dgl. 78 II	1/87	102,15	102,15
6¾ dgl. 77	4/87	101,15	101,2bG
6½ dgl. 77	7/87	100,8	100,8G
6 dgl. 77	10/87	98,65	98,55
6 dgl. 78 I	1/88	99,5	99,55
6½ dgl. 78 I	8/88	100,5	100,5
6½ dgl. 78 II	12/88	100,6	100,6
6¾ dgl. 79	1/89	101	101
7¼ dgl. 79 I	4/89	102,3G	102,3
10 dgl. 81	4/89	111,1	111,1G
7½ dgl. 79 I	6/89	103,1	103,1G
8 dgl. 79 I	7/89	104,75	104,75
8 dgl. 79 II	8/89	104,55bG	104,65
7¾ dgl. 79 II	9/89	103,05	103,05
7¾ dgl. 79 II	11/89	104,05	104,1
7¾ dgl. 80 I	1/90	104	104
10 dgl. 80	4/90	112,65	112,65G
5¾ dgl. 78	5/90	96,7	96,65
8¾ dgl. 80 I	7/90	105,8	105,85
8¼ dgl. 80 II	11/90	105,8	105
7¾ dgl. 82	11/90	104,05	104,05G
9 dgl. 81	2/91	108,75	108,95
10¾ dgl. 81	7/91	115,25	115,25
10¾ dgl. 81	8/91	118,15	118,15
10 dgl. 81 II	12/91	114,75	114,8
9¾ dgl. 82 I	1/92	113,45	113,45
9¾ dgl. 82 II	3/92	113,55	113,55G
6 dgl. 78 II	3/93	96,75	96,5
9,5 dgl. 82	4/92	112,8	112,8G

		17. 12.	14. 12.
F 8½ dgl. 77	5/89	99,4	99,4
8 dgl. 79 I	7/89	104,45	104,45
6 dgl. 79 I	9/90	97,3	97,35
8 dgl. 80 II	7/90	104,88	104,8
9 dgl. 81	3/91	108,85	108,85
10½ dgl. 81	9/91	116,8	118,8G
10¾ dgl. 81	11/1	118G	118G
8 dgl. 80 I	2/92	104,7	104,8
10 dgl. 82	2/92	[illegible]	115,3
9½ dgl. 82	7/92	112,8	112,8
8 dgl. 82	11/92	105	104,9
7¾ dgl. 83	1/93	103,7	103,7
8¾ dgl. 83	10/93	106,55	106,6
8¾ dgl. 84	6/94	106,9	106,9
7¾ dgl. 84	10/94	101,2	101,2

Bundespost

		17. 12.	14. 12.
F 8½ Bdpost 68	6/88	100G	100G
8 dgl. 72 I	9/87	103,25	103,4
10 dgl. 81	3/89	111	111
10¼ dgl. 81	6/89	112,5	112,5
8 dgl. 80	3/90	104,65	104,85
7¾ dgl. 80	9/90	103,9	103,9G
8¾ dgl. 80	12/90	108	108,1
10½ dgl. 81	10/91	117,1G	117,1
9¾ dgl. 82	2/92	113,7	113,7
8¾ dgl. 82	6/92	108,7	108,7
8¾ dgl. 82	10/92	107,7	107,85G
7¾ dgl. 83	2/93	103,8	103,8
8½ dgl. 83	9/93	108,2	108,2
8½ dgl. 84	2/94	106,86	106,85
8 dgl. 84	9/94	105,4	105,58

Länder – Städte

		17. 12.	14. 12.
S 8½ Bd.-Wttbg. 78	86	100	100,1bG
8½ dgl. 82	92	105,5G	105,5G
M 7 Bayern 66	86	101G	101G
8½ dgl. 67	87	102,75bG	102,75bG
6 dgl. 68	85	100G	100bG
5 dgl. 78	88	96bG	96,1bG
8¾ dgl. 80	90	107,35bG	107,35bG

Renten meist knapp behauptet

Der leichte Renditerückgang der US-Bonds am vergangenen Wochenende vermochte dem Rentenmarkt keinerlei Impulse zu geben. Das Geschäft war wegen des nahen Jahresschlusses schleppend. Bei den öffentlichen Anleihen ergaben sich Kursschwankungen um 0,15 Prozentpunkte. Auch bei den Auslandsanleihen blieben nennenswerte Veränderungen aus. Die Gespräche drehen sich hier weiterhin um die zahlreichen Neuemissionen von teilweise auf dem deutschen Markt wenig bekannten Adressen. Das Renditenniveau auf dem Pfandbriefmarkt war nahezu unverändert.

	17. 12.	14. 12.
M 7 dgl. Pf 20	100G	100G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
7 dgl. Pf 31	100,75	100,75G
6 dgl. Pf 54	97,5	97,5
6½ dgl. Pf 37	99,25G	99,25
8 dgl. Pf 51	100,15G	100,15G
Hn5 Brhamb. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	95,75G	95,75G
7½ dgl. Pf 87	102G	102G
6 dgl. KS 29	87,25G	87,25G
7 dgl. KS 30	101,3G	101,3G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5bG	119,5G
5 dgl. Pf 54	116G	116bG
6 dgl. Pf 109	84G	84G

	17. 12.	14. 12.
Hn8 dgl. Pf 10	100,5G	100,5bG
9 dgl. KO 63	101,1G	101,1G
7½ dgl. IS 8	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfälz Hypo. Pf 46	115G	115G
6 dgl. Pf 58	90G	90G
6 dgl. Pf 95	83G	83G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	128G	128G
5½ dgl. K	109,5G	109,5bG
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	98,5G	98,5G
6½ dgl. Pf 67	88G	88G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G
7½ dgl. KO 77	100G	100G

	17. 12.	14. 12.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
8½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,6G	100,6G
7 dgl. 99	100,2G	100,2
8 dgl. 101	104G	104G
7½ dgl. 102	101,25G	101,25G
9½ dgl. 128	106,15G	106,15G
D 8 LAG TS 76	101,6G	101,7
6½ dgl. TS 77	100,3	100,3
5½ dgl. 78	97,4G	97,35
7 dgl. 79	101,25	101,25

Industrieanleihen

	17. 12.	14. 12.
F 6 Badenwerk 78	97,25G	97,25G

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Optionsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Deutlich fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Überwiegend schwächer wurde Kaffee bewertet. Durchweg Abschläge mußte Kakao hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

	14. 12.	13. 12.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	345,00	340,50
März	343,00	340,25
Mai	338,75	336,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	286,84	238,35
Amber Durum	251,34	251,34
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	149,00	142,90
März	149,00	149,00
Mai	153,00	152,80
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	125,50	125,00
März	127,10	127,30
Mai	128,30	128,50
Hafer Chicago (c/bush)		
Dez.	183,50	184,25
März	178,00	177,75
Mai	174,00	173,50
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	255,50	252,50
März	267,75	266,50
Mai	274,75	273,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	140,00	139,30
März	136,50	136,70
Mai	136,90	137,00

Genußmittel

	14. 12.	13. 12.
Kaffee		
New York (c/lb) Terminkontr. Dez.	142,75	143,85
März	139,00	138,25
Mai	136,90	137,30
Kakao		
New York ($/t) Terminkontr. Dez.	2049	2052
März	2062	2086
Mai	2072	2097
Umsatz	2233	2740
Zucker		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 11 Jan.	3,85	3,92
März	4,51	4,61
Mai	4,84	4,94
Juli	5,18	5,28
Sept.	5,48	5,54
Umsatz	4500	6720
Ika-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	3,55	unerhältl.
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Jan.	2241–2242	2236–2237
März	2228– –	2237–2238
Mai	2216–2218	2223–2224
Umsatz	723	1571
Kakao		
London (£/t) Terminkontrakt Dez.	1838–1838	1861–1864
März	1826–1827	1841–1842
Mai	1830–1831	1845–1846
Umsatz	6002	3032
Zucker		
London ($/t), Nr. 6 März	128,20–128,40	130,20–130,40
Mai	135,20–135,40	137,20–137,40
Aug.	145,80–146,20	147,80–148,00
Umsatz	1925	4780
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg) schw. Sarawak spez.	427,50	427,50
weißer Sarawak	657,50	657,50
weißer Muntok	665,00	665,00
Orangensaft		
New York (c/lb) Jan.	160,85	160,75
März	163,70	163,70
Mai	164,15	164,00
Juli	164,30	164,00
Sept.	162,00	162,00
Umsatz	500	400

Öle, Fette, Tierprodukte

	14. 12.	13. 12.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	41,00	41,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	30,00	30,25
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	27,20	26,60
Jan.	25,75	25,52
März	24,90	24,65
Mai	24,60	24,45
Juli	24,40	24,20
Aug.	24,00	23,80
Sept.	23,80	23,55
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	28,00	29,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	–	28,00
Choise white hog 4% fr. F.	–	20,25
Talg		
New York (c/lb) top white	21,00	21,25
fancy	20,75	21,00
bleichfähig	19,00	19,25
yellow max. 10% fr. F.	17,50	17,75
Schweine		
Chicago (c/lb) Dez.	52,90	52,40
Febr.	51,85	51,60
März	47,95	47,60
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb) Febr.	72,75	70,95
März	72,70	70,85
Mai	73,25	71,70
Rinder		
Chicago (c/lb) Ochsen eloh. schwere River Northern	48,00	48,00
Kühe eloh. schwere River Northern	45,00	47,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush) Jan.	592,00	587,50
März	605,00	599,00
Mai	617,25	612,75
Juli	627,00	622,50
Aug.	628,50	623,50
Sept.	619,50	615,00
Nov.	619,00	614,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht) Dez.	145,60	144,30
Jan.	147,10	146,00
März	153,00	152,30
Mai	158,50	158,20
Juli	163,30	163,00
Aug.	165,10	164,50
Sep.	166,00	165,50
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t) Dez.	350,50	347,00
März	359,00	357,00
Mai	366,60	364,00
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	46,00	46,00
	17. 12.	**14. 12.**
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	910,00	900,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	700,00	710,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	595,00	580,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	226,00	223,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	960,00	930,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	299,00	295,60

Wolle, Fasern, Kautschuk

	14. 12.	13. 12.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2: März	65,90	65,41
Mai	66,70	66,35
Juli	67,80	67,40
Okt.	68,20	67,88
Dez.	68,50	68,06
März	69,70	69,30
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS -1-	–	42,50
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2: Dez.	500–507	498–509
Jan.	508–509	508–509
März	516–517	517–518
Umsatz	184	160
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge: Dez.	52,45	52,45
März	53,50	53,50
Mai	53,50	53,50
Juli	53,50	53,50
Umsatz	0	0
		Tendenz: stetig
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype Dez.	571,00–574,00	571,00–574,00
März	581,00–582,00	–
Juli	–	–
Umsatz	20	12
	13. 12.	**11. 12.**
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
	14. 12.	**13. 12.**
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager Dez.	12 560	12 556
Jan.	12 450	12 476
Kautschuk		
London (p/kg) Nr. 1 RSS loco	61,00–65,00	61,00–65,00
Jan.	60,00–63,50	60,00–63,50
Febr.	–	61,00–64,50
März	66,00– –	62,00– –
		Tendenz: nominell
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg) Jan.	192,50–193,00	192,25–193,00
Febr.	197,50–198,00	197,25–198,00
Nr. 2 RSS Jan.	184,50–185,50	184,50–185,50
Nr. 3 RSS Jan.	181,00–182,00	181,00–182,00
Nr. 4 RSS Jan.	174,00–175,00	174,00–175,00
Tendenz: ruhig		
	13. 12.	**12. 12.**
Jute London (£/lgt)		
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 Troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	17. 12.	14. 12.
Aluminium: Bas. London laufend. Monat	343,45–343,64	342,62–342,99
drittfolg. Monat	351,95–352,14	350,40–350,58
Blei: Basis London laufend. Monat	129,21–129,40	128,90–129,27
drittfolg. Monat	122,93–123,11	123,23–122,42
Nickel: Basis London laufend. Monat	1571,23–1574,92	1561,24–1583,09
drittfolg. Monat	1547,19–1550,89	1546,27–1549,75
Zink: Basis London laufend. Monat	249,92–250,66	248,91–249,28
drittfolg. Monat	248,62–248,72	246,50–246,87
Produz.-Preis	279,05	279,90
Reinzinn 99,9%	4125–4165	4098–4139

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	17. 12.	14. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	415,92–417,78	412,44–414,30
Blei in Kabeln	137,00–138,00	136,75–137,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	17. 12.	14. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	399,00	395–397
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	437–339	437
MS 63	425–431	423–429

Zinn-Preis Penang

	14. 12.	13. 12.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	17. 12.	14. 12.
Leg. 225	390–400	390–400
Leg. 226	392–402	392–402
Leg. 231	425–432	425–432
Leg. 233	435–442	435–442

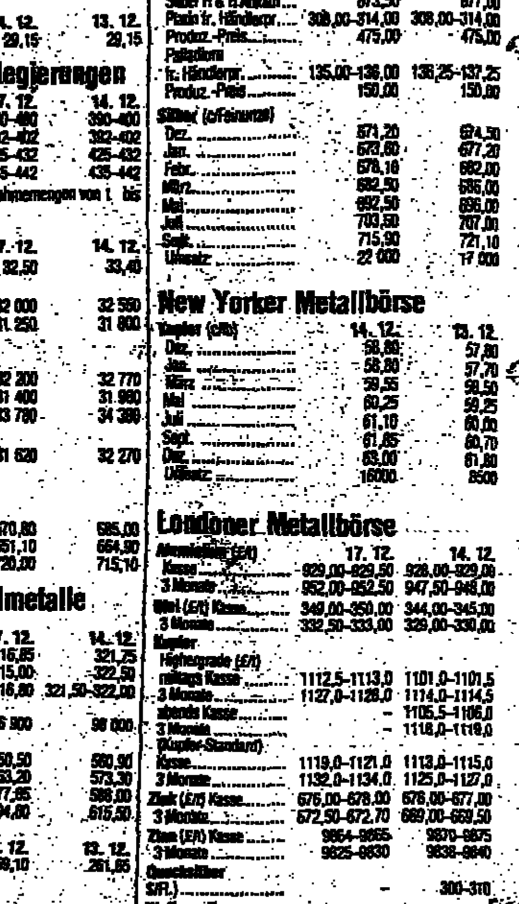
Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	17. 12.	14. 12.
Platin (DM je g)	32,50	33,40
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	32 000	32 550
Rücknahmepr.	31 250	31 800
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	32 200	32 770
Rücknahmepr.	31 400	31 980
verarbeitet	33 780	34 380
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 620	32 270
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	670,80	685,00
Rücknahmepr.	651,10	664,90
verarbeitet	720,00	715,10

Internationale Edelmetalle

	17. 12.	14. 12.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	316,85	321,75
15.00	315,00	322,50
Zürich mittags	316,30–316,80	321,50–322,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	96 900	98 000
Silber (p/Feinunze) London Kasse	550,50	560,90
3 Monate	563,20	573,30
6 Monate	577,85	586,00
12 Monate	604,80	615,50
	14. 12.	**13. 12.**
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	259,10	261,85
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	113,45	114,40



New Yorker Preise	14. 12.	13. 12.
Gold H & H Ankauf	322,50	324,25
Silber H & H Ankauf	673,50	677,00
Platin fr. Händlerpr.	308,00–314,00	308,00–314,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	135,00–136,00	136,25–137,25
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze) Dez.	671,20	674,50
Jan.	673,80	677,20
Febr.	678,10	682,00
März	682,50	685,00
Mai	692,50	696,00
Juli	703,50	707,00
Sept.	715,90	721,10
Umsatz	22 000	17 000

New Yorker Metallbörse

	14. 12.	13. 12.
Kupfer (c/lb) Dez.	58,80	57,80
Jan.	58,80	57,70
März	59,55	58,50
Mai	60,25	59,25
Juli	61,10	60,00
Sept.	61,85	60,70
Dez.	63,00	61,80
Umsatz	16000	8500

Londoner Metallbörse

	17. 12.	14. 12.
Aluminium (£/t) Kasse	929,00–929,50	928,00–929,00
3 Monate	952,00–952,50	947,50–948,00
Blei (£/t) Kasse	349,00–350,00	344,00–345,00
3 Monate	332,50–333,00	329,00–330,00
Kupfer Highgrade (£/t) mittags Kasse	1112,5–1113,0	1101,0–1101,5
3 Monate	1127,0–1128,0	1114,0–1114,5
abends Kasse	–	1105,5–1106,0
3 Monate	–	1118,0–1119,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1119,0–1121,0	1113,0–1115,0
3 Monate	1132,0–1134,0	1125,0–1127,0
Zink (£/t) Kasse	676,00–678,00	676,00–677,00
3 Monate	672,50–672,70	669,00–669,50
Zinn (£/t) Kasse	9864–9865	9870–9875
3 Monate	9825–9830	9838–9840
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	75–80

FINANZANZEIGEN

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE LANDSCHAFT IN KIEL

Bogenerneuerung

Für die

Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Pfandbriefe 6% Reihe 19 – 325 018 – J/J

werden ab sofort neue Zinsscheinbogen mit den Zinsscheinen per 1. 7. 1985 bis 2. 1. 1995 mit Erneuerungsschein ausgegeben.

Zur Bogenerneuerung sind die Erneuerungsscheine, nach Nennwerten geordnet, mit einem dreifachen Nummernverzeichnis einer der nachstehend aufgeführten Banken einzureichen:

BANK COMPANIE NORD AG, Kiel
Deutsche Bank AG, Hamburg
Bankhaus Joh. Berenberg, Gossler & Co., Hamburg

Kiel im Dezember 1984

Die Schleswig-Holsteinische Generallandschaftsdirektion

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

8½% Deutsche Mark-Anleihe von 1975 – WKN 461 111/18 –

Resteinlösung

Die bisher nicht ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serie 8 – WKN 461 118 –

mit den Stücknummern

61 251 – 70 000 zu je DM 1000,–
84 001 – 86 000 zu je DM 5000,–

im Nennbetrag von DM 18 750 000,– werden zur Rückzahlung zum 1. April 1985 fällig.

Die Teilschuldverschreibungen werden vom 1. April 1985 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Wertpapiermäntel bei folgenden Kreditinstituten sowie bei deren in Deutschland gelegenen Niederlassungen eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet am 31. März 1985.

Die zum 1. April 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 1, 2, 3, 4, 5, 6 und 7 sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Frankfurt am Main, im Dezember 1984

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL
Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Bogenerneuerung

Es werden gegen Einreichung der Erneuerungsscheine neue Zinsscheinbogen für unsere nachfolgenden Emissionen, und zwar

ab 2. 1. 1985
6% Pfandbriefe Ausgabe 48 – 264 047 –
mit Zinsscheinen per 1. Juli 1985 – 2. Januar 1995 und Erneuerungsschein

ab 1. 4. 1985
6% Pfandbriefe Ausgabe XII – 264 011 –
mit Zinsscheinen per 1. Oktober 1985 – 1. April 1990

ab 1. 7. 1985
7% Pfandbriefe Ausgabe 49 – 264 048 –
mit Zinsscheinen per 2. Januar 1986 – 1. Juli 1995 und Erneuerungsschein

ab 1. 10. 1985
6% Pfandbriefe Ausgabe XIII – 264 012 –
mit Zinsscheinen per 1. April 1986 – 1. April 1990

6% Pfandbriefe Ausgabe 50 – 264 049 –
mit Zinsscheinen per 1. April 1986 – 1. Oktober 1995 und Erneuerungsschein

ausgegeben.

Die Bogenerneuerungen werden bei der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –, Hamburg, bei allen anderen Landesbanken und Girozentralen sowie bei den Sparkassen in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) vorgenommen.

Die Erneuerungsscheine bitten wir, nach der Nummernfolge geordnet, mit einem Nummernverzeichnis in dreifacher Ausfertigung einzureichen.

Hamburg, im Dezember 1984

HAMBURGISCHE LANDESBANK
- GIROZENTRALE -

LAHMEYER

Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main
Zusammengefaßter Jahresabschluß

Bilanz zum 30. Juni 1984

Aktiva	30. 6. 84 TDM	Vorjahr TDM
Sachanlagen	173 852	168 106
Beteiligungen	110 357	108 773
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	295	267
Vorräte und nicht abgerechnete Leistungen	13 833	10 557
Kurz- und mittelfristige Forderungen	39 553	26 620
Flüssige Mittel, Wechsel und Wertpapiere	95 028	95 408
	432 918	409 731

Passiva	30. 6. 84 TDM	Vorjahr TDM
Grundkapital	80 000	80 000
Rücklagen einschl. Sonderposten mit Rücklageanteil	50 480	46 578
Wertberichtigungen	118 105	109 404
Pensionsrückstellungen	49 298	44 322
Andere Rückstellungen	73 909	70 950
Kurzfristige Verbindlichkeiten	12 102	13 762
Übrige Passiva	32 779	30 634
Bilanzgewinn	16 265	14 081
	432 918	409 731

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Juli 1983 bis 30. Juni 1984

	1983/84 TDM		Vorjahr TDM	
Umsatzerlöse	157 261		186 314	
Bestandsveränderungen der Erzeugnisse	+ 2 068	159 329	– 3 744	182 570
Andere aktivierte Eigenleistungen		921		615
Gesamtleistung		160 250		183 185
Materialeinsatz		87 684		98 518
Rohertrag		72 566		84 667
Erträge aus Beteiligungen	20 930		19 534	
Zinserträge	7 026		5 654	
Übrige Erträge	4 316	32 272	3 505	28 693
Übertrag:		104 858		113 360

	1983/84 TDM		Vorjahr TDM	
Übertrag:		104 858		113 360
Personalaufwendungen	35 510		35 208	
Abschreibungen	10 675		10 709	
Zinsaufwendungen	–		2	
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	26 509		28 932	
./. anrechenb. KSt	11 773		10 987	
	14 736		17 945	
Sonstige	70		319	
Übrige Aufwendungen	23 683	84 674	30 162	94 345
Jahresüberschuß		20 184		19 015
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		81		66
		20 265		19 081
Einstellung in Rücklagen		4 000		5 000
Bilanzgewinn		16 265		14 081

Der vollständige Jahresabschluß wurde am 12. Dezember 1984 im Bundesanzeiger Nr. 233 veröffentlicht. Er wurde von der Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsprüfung GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Essen, geprüft, die den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat.

Die ordentliche Hauptversammlung vom 4. Dezember 1984 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1983/84 aus dem Bilanzgewinn von DM 16 265 473,14 eine Dividende von DM 10,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– auf das Grundkapital von DM 80 000 000,–, also DM 16 000 000,– zu verteilen und den restlichen Betrag von DM 265 473,14 als Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorzutragen. Die Dividende wird ab 5. Dezember 1984 unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 11 ausgezahlt. Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nicht-Veranlagungsbescheinigung" des für sie zuständigen Finanzamtes eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet.

Frankfurt am Main, im Dezember 1984

Der Vorstand

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter [illegible]

Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klàre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Wilhelm Furler; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 71 90 11/13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38/39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

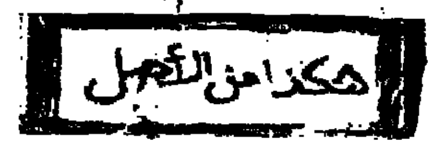
Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Pritschelt
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Hans Biehl
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler



Der Torso des Torsos

mar – „Nur eines darf man wohl sagen: Er hatte einen sicheren Instinkt für Publicity, aber ohne Großmeistergehabe. Geheimnisverwittert, zerfurcht wie seine Skulpturen, seinem künstlerischen Wirken mit Skepsis gegenüberstehend, wurde er in Wort und Bild die Verkörperung des modernen Künstlers in seiner ganzen existentiellen Fragwürdigkeit, jener Sucher, der, auch als er bereits ein großes Geschäft im internationalen Kunsthandel wurde, sich nie zum Kunstfabrikanten herabwürdigte." Alfred Hrdlicka schrieb das zum Tode von Alberto Giacometti. Aber man kann diese Sätze auch als Selbstbekenntnis nehmen. Denn Hrdlicka, der Realist, der den Realismus verachtet, ist sich seines Wertes wohl bewußt. Er kokettiert mit der Revolution und mit dem Kunstbetrieb, ob auf Hochglanz oder im Taschenbuch.

So taucht auf dem Buchmarkt der Name Hrdlicka gleich dreimal auf. Bei dtv gibt es „Alfred Hrdlicka – Schaustellungen" (278 S. mit 100 Abb. für 16,80 Mark). „Bekenntnisse in Wort und Bild", wie der Untertitel verrät. Das sind Betrachtungen zur eigenen Biographie und Kunst mit viel Politik untermischt. Denn Hrdlicka begnügt sich keineswegs mit dem „Bilde, Künstler! Rede nicht!".

Eine Schaustellung des Bildhauers als Schwerarbeiter mit Gemüt ist der großformatige Fotoband „Alfred Hrdlicka Neolithikum" mit den Aufnahmen von Bettina Secker, die über Jahre u. a. bei den Arbeiten zu dem Wuppertaler Engels-Denkmal entstanden (Kindler Verlag, München. 160 S., 116 Fotos, 128 Mark). Und auch das dritte Buch „Alfred Hrdlicka – Anatomien des Leids" von Bernhard Buderath (Klett-Cotta, Stuttgart. 188 S., 213 Abb., 78 Mark) gibt sich ungewöhnlich. Da wird der Künstler in sechs Kapitel zerlegt: „Fleisch / Sexus" oder „Schmerz / Psyche", „Gewalt / Torso" oder „Kopf / Tod". Nur bei „Hand / Arm" und „Fuß / Bein" versagte die Wortgewalt. Dafür pflegt der Autor die Kunst, Details von Kunstwerken abzubilden, aber nicht das Ganze darzustellen. Wie er auch mit der trefflichen Bemerkung schließt: „Der Torso des Torsos ist die letzte Konsequenz aller Gewalt, aber für Hrdlicka auch gleichsam der atomare Kern aller Ausdruckskunst".

Angesichts solcher Interpreten kann man verstehen, daß sich der Künstler da schon lieber selbst interpretiert und selbst stilisiert. Wer wird da gleich Robert Schumanns „Musik und Musiker" von 1854 zitieren: „Ich mag die Künstler nicht, deren Leben mit ihren Werken nicht in Einklang steht."?

Das Musiktheater wirft die Köder aus: Jacques Offenbach in Berlin, „My Fair Lady" in Hamburg

Wie dämonisch ist ein Bankdirektor?

Bevor es überhaupt losging, ging es an der Deutschen Oper Berlin schon hinreißend opernhaft zu. Die Pressekonferenzen häuften sich. Das in zwei Lager gespaltene Haus geriet sich sozusagen selbst in die Haare. Da waren Dirigent Serge Baudo, Regisseur Giancarlo del Monaco und Bühnenbildner Jürgen Rose, die Produzenten von Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen", denen über Nacht ihr Hoffmann abhanden gekommen war. Auf der anderen Seite stand Götz Friedrich, der Intendant, bis an die Zähne gerüstet, seinen Etat zu verteidigen und keine hunderttausend Mark zusätzlich in die Premiere zu investieren. Recht hat er getan.

Das ganze Theater ging los, als der Tenor Neil Shicoff wegen einer lebensbedrohenden Erkrankung seiner Mutter die Titelpartie niederlegte und nach New York entschwand. Einen Ersatz in letzter Minute fand man in Kenneth Riegel, nur blieb natürlich nun wenig Zeit, den neuen Mann in das Regiekonzept del Monacos einzupassen. Daß sich Riegel dennoch hervorragend in die Rolle fand, als hätte er die vorgeschriebenen sechs Wochen *inszenatorisch* an ihr herumgeochst, zeugt einmal mehr gegen den Anspruch der Regiediktatoren von heute.

*Was allerdings selbst bei Premie*renverschub samt Geldspritzen nicht möglich gewesen wäre, aus dem charakterstarken Riegel mit seinem hageren, *oft* stechenden Tenor ein Goldkehlchen zu machen, dem man gern zugehört hätte, gelang natürlich auch in Berlin nicht. Schließlich aber *hat sich Offenbachs Hoffmann* bei Stella wie dem Publikum durch sein vollendetes Singen, nicht durch sein Saufen Liebkind gemacht.

Damit konnte Riegel nicht dienen. Er spielt seine Rolle grandios, ein Visionär voller Alpträume, schmuddelig, torkelnd, exaltiert. „Hoffmanns Erzählungen" – *das zeigt del Monaco* inmitten aller Phantastik – zeichnen unter anderem das erschreckendste musikalische Schaubild des krankhaften Suffs.

Das zweite Manko der Aufführung heißt Lucia Aliberti. Sie singt alle vier weiblichen Rollen. Taugen für sie tut indessen nur eine. Sie hat sich in der Rollenwahl verkalkuliert. Ihr Sopran gibt den hochherzigen deutschen Lyrismus nicht her für die Antonia-Szene. Für die venezianische Kurtisane wiederum fehlt ihr der satte Singglamour. Nur als Olympia, die Singpuppe, kann sie ihre Stimme bravourös turnen lassen. Aber zur Halbzeit der Saison ist deren Frische schon hin. Gäbe es Mensch-ärgere-dich-nicht-Regeln des Operngesangs, so müßte es für die *Aliberti* jetzt heißen: „Setzt eine Runde aus und beginnt von neuem."

Samuel Ramey, der die Bösewichte häufelt, ist etwa so dämonisch wie ein junger, ehrgeiziger Bankdirektor, der zwar eine Unterschleife begangen hat, auf die ihm aber noch keiner gekommen ist. Dabei singt er prachtvoll. Aber man hat viel geringere Sänger mit größerer Wirkung diese Partien gestalten gehört: durch die Bank sind sie wie aus schwarzem Zucker.

Eine angenehme Überraschung: Cynthia Clarey, der farbige Mezzosopran, macht als Muse wie als Niklas nicht nur stimmlich blendend Figur. Peter Maus kostet die Coupletstrophen des Franz herzhaft aus. In William Pell steckt vielleicht ein künftiger Hoffmann.

Sieger der Aufführung ist der Chor unter Marcus Creed, dem kommissarischen Leiter. Er hat mit dieser Einstudierung die Direktorensporen verdient. Auch das Orchester unter Serge Baudo ist voller Tüchtigkeit bei der musikalischen Sache. Der Franzose dirigiert Offenbach mit beinahe preußischer Sorgfalt, Aufmerksamkeit, liebender Strenge. Er kokettiert mit den Reizen der Partitur nicht herum. Allerdings – viel Pulver mischt er hier nun auch wieder nicht bei.

Gleich nach dem Krieg und nach *zwölfjähriger Unterdrückung* war „Hoffmanns Erzählungen" für eine ganze Generation eine wundervoll lebenskräftige Neuentdeckung und gleichzeitig von jedem der mehr oder minder in Trümmer liegenden deutschen Opernhäuser leicht aufzuführen. Jetzt stehen die Opernhäuser prächtig im Kraut, nur mit Offenbachs Oper haben sie inzwischen Schwierigkeiten, die bis zur Unaufführbarkeit reichen. Das ist unter anderem Fritz Oesers Verdienst – ausgerechnet des Mannes also, der sich um Offenbach wie kaum ein anderer verdient gemacht hat. Die Materialfülle, *die er dem Werk hinzugefunden hat*, neigt indessen dazu, es niederzudrücken. Ein weiteres Handikap der Berliner Aufführung ist die französische Sprache, wohl den Stars zuliebe gewählt, die nun peinlicherweise fast durch die Bank ebenso fehl am Platz sind wie dieses ganze vermaledeite Französisch.

Jürgen Roses Venedig ist von einer sterbenden Pracht, einer Morbidezza, als habe eine Vorfahrin der hochseligen Peggy Guggenheim doch noch mit dem venezianischen Wundermohren ein Techtelmechtel gehabt. Die Aufführung in ihrer Schwärze, ihrem kargen Rausch ist wundervoll dekadent. Gerade das aber war Hoffmann nicht. Und Offenbach ganz und gar nicht. So kann man sich irren.

KLAUS GEITEL



Rausch der Dekadenz: Lucia Aliberti und Kenneth Riegel in Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen"
FOTO: BINDER/THIELE



Boy Goberts triumphale Wiederkehr: Szene aus „My Fair Lady" an der Hamburgischen Staatsoper
FOTO: F. PEYER

Shaws guter Geist mampft Pralinés

Schnöde hatte man ihn vor Jahren aus *Hamburg hinauskomplimen*tiert. Jetzt kehrte Thaliens ehemaliger Intendant Boy Gobert durch die „Hintertür" der Staatsoper im Triumph wieder in seine Heimatstadt zurück: als Ekel Henry im Remake des unverwüstlichen Parade-Musicals „My Fair Lady". Und Tout Hamburg, an der Spitze die Phalanx der treuen Thalia- und Gobert-Fans, lachte und jubelte ihm zu, als er sein „Warum kann eine Frau nicht sein wie ein Mann?" anschlug. So arrogant und gerissen naiv, als wolle er diesen Blumenmädchen-Schinder Higgins freiwillig der Alice Schwarzer zum Abschuß freigeben als den fiesesten *Chauvi* der Welt.

Boy als Barde, als Möchte-endlich-auch-einmal-Bariton: Das war das Glück der neuen hamburgischen Aufbereitung dieser immer noch köstlichen Musical Comedy, bei der unter den berlinisch derb geschürzten Texten und den gewitzten Melodien eines Frederick Loewe gottlob immer noch viel vom pygmalionischen Geist des seligen George Bernard Shaw aufblitzt. Gobert als einziger hatte denn auch von Beginn an immer Shaw im Hinterkopf, dessen abgründige Dialog-Bosheiten und dessen bissigen Witz, und nicht nur den schlagkräftigen, aber doch banaleren Musical-Aufguß. Er als einziger spielte die Shawschen Hagestolzereien in genüßlichsten Crescendi aus. Ließ diesen *Higgins* als miesen Tyrannen mit allen möglichen schauspielerischen Finessen vor uns erstehen: ein Monster an Eitelkeit und absurdem Männlichkeitswahn.

Wie er, auf der Chaiselongue liegend, garstig-süffisant die Beine übereinanderschlägt oder Pralinés kauend ungeniert weiterparliert oder gar angesichts Elizas offenkundiger Emanzipation verzweifelt „Mammi" schreit: das sind Kabinettstückchen eines ausgebufften Akteurs. Und daß er seinen eigenen Gobertschen Narzißmus und seinen Snob-appeal in diesen Higgins einbringt, macht die Chose nur noch amüsanter. Und wenn er auch nicht über ein Riesenorgan verfügt, so verschlägt es ihm doch auch nie die Stimme. Ihm gehört der Abend, selbst wenn gewisse lampenfiebrige Irritationen ihn an diesem Premierenabend befielen. Aber der riesige Hamburger Opernkasten ist ja wirklich eine teuflische Arena für einen Gesangseleven.

Der Kummer des Abends: Bühnen*bild (Herbert Scherreicks)* und Inszenierung (Karl Wesseler) waren für ein Haus wie die Staatsoper, das ja internationales Renommee beanspruchen will, *schlicht um ein bis zwei Num*mern zu klein. Mit Wehmut erinnert *man sich des überkandidelten, luxu*riösen Ausstattungszaubers eines Cecil Beaton und Oliver Smith. Wie gingen da Eleganz und durchtriebener Witz eine unzertrennbare Liaison ein! In Hamburg dagegen treibt Tupfinger Realismus seine Blüten. Für diese Hamburger Lady kommt Liebermann zu spät, der vielleicht die für ein solches Unternehmen nötigen Penunzen den richtigen Leuten aus der Tasche gezogen hätte.

Wie dem Dekor fehlte auch der Inszenierung des Münsteraner Intendanten Karl Wesseler der feine Hauch von Nonchalance und Leichtigkeit und offensivem Charme. Wenn man schon einen Neumeier im Hause hat und ein springlebendiges Corps de ballet mit den tanzwütigsten Solisten, hätte man sie hier unbedingt in die choreographische Pflicht nehmen müssen für die Volksszenen und die Ascot-Gesellschafts-Galopps, die der muntere Chor nur mit gewisser Anstrengung absolvierte.

Da brachte Stefan Soltesz am Pult der Philharmoniker doch mehr Schmiß in die ansonsten mühsam in Gang gesetzte Aufführung ein, wenn manches unter seiner Stabführung auch leicht krachig klang und man sich manch instrumentales Detail auch cool-prickelnder gewünscht hätte.

Cornelia Froboess, die intelligente Eliza der jüngsten Münchener „Fair-Lady"-Inszenierung August Everdings, der eigens zur Premiere angereist kam, hatte ursprünglich Hamburgs Lady sein sollen, doch hinderten Verträge ihren Sprung an die Elbe. Gabriele Ramm, versierte Eliza Dutzender von „Lady"-Aufführungen, sprang für sie ein und vermochte sängerisch Higgins natürlich Paroli zu bieten. Schauspielerisch rankte sie sich an der Führungskraft Gobert sichtlich hoch, so daß sie mit Temperament und energischem Zungenschlag das Publikum bald für sich gewann. Toni Blankenheim als Doolittle hüpfte bei allem Komödiantentum leider in die Klamotte. Die übrigen Assistenten der Lady agierten sympathisch, mehr nicht.

Gobert leistete sich beim Gesang übrigens eine einzige schöne Sottise im Hinblick auf Zadeks Enthüll-Spektakel „Verlorene Zeit". Das *konnte einen auf die Idee bringen*, daß „My Fair Lady" doch mal eine neue deutsche Übersetzung brauchte. Man sieht, nicht nur eine Chance wur*de hier vertan*. Aber geschädigt, wie die Hamburger zur Zeit sind, feierten sie das musikalische Unternehmen mit heißem, viertelstündigem Applaus.

KLÄRE WARNECKE

JOURNAL

Ideenwettbewerb am Checkpoint Charlie

DW. Berlin

Insgesamt 288 Arbeiten wurden zu dem Ideenwettbewerb „Überwindung der Mauer durch Bemalung der Mauer" eingereicht, den das *„Haus am Checkpoint Charlie"* ausgeschrieben hatte. Den ersten Preis erhielt der Maler und Graphiker Matthias Hohl-Stein, der erst 1984 die „DDR" verlassen hat, für das ironische Bild eines Springreiters in der Uniform eines „DDR"-Grenzwächters, der mit einem Schimmel über die Mauer setzt. Die beiden zweiten Preise wurden dem Amerikaner Benoit Maubrey und der seit zwei Jahren in Berlin lebenden Polin Ewa Partum zugesprochen.

Gotische Wandmalereien im Greifswalder Dom

AP, Greifswald

Kostbare gotische Wandmalereien aus der Zeit zwischen 1420 und 1450 werden gegenwärtig im Greifswalder Dom freigelegt und restauriert. Die Arbeiten seien nach 1710 übertüncht worden, teilte die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN mit. Die bisher freigelegten Malereien im Chorumgang – Christus als Schmerzensmann, Kreuzigungen, Auferstehungen, Apostelfiguren, Mariendarstellungen, Florales und Ornamentales, Wappen, Engel und Spruchbänder – befänden sich in einem sehr guten Zustand.

„Altes Schauspielhaus" feiert Jubiläum

DW. Stuttgart

Aus Anlaß der Wiedereröffnung und zum 75jährigen Bestehen des Alten Schauspielhauses in Stuttgart ist im Bleicher Verlag, Gerlingen, das Buch von Rudolf Bernhard, „Das Alte Schauspielhaus", erschienen (140 S., 27 Mark). Es schildert detailliert und gleichwohl anschaulich den Werdegang dieses Theaterbaus, der, auf dem Platz der Legationskaserne, in der Friedrich Schiller als Regimentsmedicus tätig war, errichtet, in den 60er Jahren beinahe abgerissen worden wäre. Seit November wird die Bühne wieder bespielt. Chef ist Elert Bode, in Personalunion auch Intendant der Stuttgarter „Komödie im Marquardt".

Die Bildzeichnungen von Karl Rössing

DW. Albstadt

Alpha und Omega lagern wie mächtige Quadern in einer unbestimmten Landschaft, umgeben von Schemen antiker Figuren. Diese „Archäologie des Unbewußten", die die Bildschätze aus allen Jahrtausenden in ungewöhnlichen Kombinationen zutage fördern, sind typisch für Karl Rössings „Bildzeichnungen 1981–1984", die die Städtische Galerie Albstadt bis zum 27. Januar zeigt (anschließend Graz und Salzburg). Rössing, 1932 bekanntgeworden durch die Holzstichfolge „Mein Vorurteil gegen diese Zeit", hat, nachdem er sich 1950 großformatigen Linolschnitten zuwandte, nun zum dritten Mal die Mittel seiner Kunst gewechselt. Der Katalog (25 Mark) bildet alle 94 farbigen Kreidezeichnungen ab.

Kleinkunstpreise in Mainz verliehen

hl. Mainz

Der Deutsche Kleinkunstpreis 1984 wurde in Mainz an Werner Schneyder vergeben. Weiterhin wurden Dietrich Kittner für Kabarett und Ulla Meinecke für Chanson ausgezeichnet. Der Förderpreis fiel an Marianne Delgore. Die Preise sind mit jeweils 5000 Mark dotiert.

Erinnerung an den Dichter Jules Supervielle

dpa, Paris

Zum 100. Geburtstag des französischen Dichters Jules Supervielle (1884-1960) zeigt die Nationalbibliothek in Paris bis zum 8. Januar eine Gedenk-Schau mit Originalausgaben seiner Werke, Fotos und Briefen. Supervielle ist besonders im deutschsprachigen Raum durch seine Weihnachtsgeschichte „Ochs und Esel bei der Krippe" bekannt geworden.

Oskar Seidlin †

In der Universitätsstadt Bloomington/Indiana, im amerikanischen Mittelwesten, ist der 1912 in Königshütte/Oberschlesien geborene Germanist Prof. Oskar Seidlin gestorben. Als Jude war er 1933 aus Deutschland emigriert, war 1935 in Basel mit einer Arbeit über „Otto Brahm als Theaterkritiker" promoviert worden und lehrte von 1946 bis 1972 Literaturwissenschaft an der Ohio State University in Columbus/Ohio, bis er 1952 nach Bloomington ging. Oskar Seidlin galt als ausgezeichneter Kenner der Werke Josef von Eichendorffs. Seine bekanntesten Bücher sind die Essays „Von Goethe zu Thomas Mann" (1963) und „Versuch über Eichendorff" (1965). 1968 erhielt er den „Preis für Germanistik im Ausland" der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung.

J. B. B.

Ungarn würdigt seine deutsche Minderheit mit einer Ausstellung in Wien

Den Donauschwaben eine Chance

Eine ungewöhnliche und von ihrer Thematik beachtenswerte Ausstellung ist in diesen Tagen in Wien eröffnet worden. Das Collegium Hungaricum zeigt „Dokumentationen über die deutsche Nationalität in Ungarn". Es geschieht wohl zum ersten Mal seit 1945, daß ein Land Ost- bzw. Mitteleuropas in derartiger Weise seine deutsche Minderheit würdigt.

Die Ungarndeutschen gehören neben den Siebenbürger Sachsen und den Banater Schwaben in Rumänien zu den einzigen deutschen Volksgruppen des Ostens, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht total vertrieben oder vernichtet wurden. Anders als die Siebenbürger aber erfreuen sich die ungarländischen Donauschwaben heute weitgehender nationaler und sozialer Rechte in der Volksrepublik, so daß bei ihnen kaum der Wunsch besteht, ihre Heimat zu verlassen.

Die Kommunikation mit der Bundesrepublik Deutschland und mit Österreich ist relativ frei. Die ungarische Regierung wünscht sogar, daß die Donauschwaben, die hauptsächlich im südlichen Ungarn, in der sogenannten „schwäbischen Türkei" um Fünfkirchen (heute Pécs), und westlich von Budapest zu Hause sind, eine Brücke zwischen den beiden Nationen und den beiden Staaten bilden sollen.

Die Wiener Ausstellung, die bis zum 4. Januar 1985 geöffnet ist (Montag bis Freitag, 16.00 bis 19.00 Uhr), ist *nicht nur bemer*kenswert wegen ihrer geschichtlichen Objektivität und dem Fehlen jeglicher nationalistischer oder ideologischer Untertöne nach der einen oder anderen Seite. Sie zeigt zugleich schöne Exponate bäuerlicher Kultur der Donauschwaben und gibt auch dem mit dem Thema nicht so vertrauten Besucher einen zuverlässigen Überblick über die Geschichte dieser Menschen, deren Vorfahren nach den Türkenkriegen im 18. Jahrhundert in das damals verwüstete Land gerufen wurden.

Die Ungarndeutschen stammen nicht nur aus Schwaben, sondern ebenso aus der Pfalz, aus Bayern, dem Elsaß und aus Tirol. Während das deutsche Bürgertum, das damals die neu entstehenden ungarischen Städte bevölkerte, im 19. Jahrhundert in der magyarischen Nation aufging, blieb auf dem Lande das Deutschtum weitgehend erhalten.

*Die Ausstellung zeigt, daß die Reli*gion von ausschlaggebender Bedeutung für die Geisteskultur der Ungarndeutschen gewesen ist. Sie verschweigt auch keineswegs, *daß* die schwäbischen Landwirte in ihrer Art zu wirtschaften den anderen Nationalitäten voraus waren. Daneben gab es auch deutsche *Handwerker*, Bergleute sowie Kaufleute in beachtlicher Zahl. Der Getreidehandel entlang der Donau war etwa in der k.u.k.-Monarchie weitgehend eine Domäne der donauschwäbischen Kaufleute.

Die Schau gibt jedoch auch einen Einblick in die dunkle Seite der donauschwäbischen Vergangenheit: Es war das Dritte Reich, das diese Menschen als Kanonenfutter mißbrauchte, die jungen Leute der Donauschwaben in die Waffen-SS steckte und auch nationalistische Emotionen aufheizte. Der Preis war furchtbar. 40 Prozent der donauschwäbischen Bevölkerung wurde, dem Potsdamer Abkommen gemäß, „ausgesiedelt". Die Ungarndeutschen wurden 1945 nicht nur ihres Eigentums, sondern auch aller bürgerlichen Rechte beraubt. Heute umfaßt die Volkstruppe etwa eine Viertelmillion Menschen. Sie stellt die größte nationale Minderheit in Ungarn.

Die Ungarn – auch die ungarischen Kommunisten – sind ein Volk von Pragmatikern. So gab es schon in den fünfziger Jahren wieder einen deutschsprachigen Schulunterricht. Und heute gibt es deutschsprachige Gymnasialklassen in Fünfkirchen und in Frankenstadt (Baja), ferner eine deutschsprachige Lehrerausbildung, eine deutschsprachige Zeitung sowie deutsche Rundfunk- und Fernsehprogramme. In den donauschwäbischen Dörfern gibt es zweisprachige Ortstafeln auf deutsch und ungarisch.

Die Wiener Ausstellung, die vom donauschwäbischen Museum in Tata – *in der dortigen Nepomuk-Mühle zu* finden – zusammengestellt wurde, zeigt, daß die Ungarndeutschen keineswegs eine sterbende, sondern eine *durchaus* lebendige Volksgruppe sind. Professor Karoly Gaal von der Universität Wien vertrat in seiner Eröffnungsansprache die Auffassung, Ungarn und Österreicher, die einst gemeinsam in der Habsburger Monarchie gelebt hätten, sollten jetzt auch gemeinsam darangehen, die Geschichte der Ungarndeutschen zu erforschen.

CARL GUSTAV STRÖHM



Bäuerliche Kultur der Ungarndeutschen, aus der Ausstellung des Collegium Hungaricum in Wien
FOTO: VOTAVAFOTO

Berlin: Das renovierte Theater des Westens eröffnet mit „Guys and Dolls"

Remmidemmi der Neuen Prächtigkeit

Man sitzt, etwas beklommen, wie mitten in einer gülden getünchten Konfektionsschachtel. Gold, Gelb und ein krasses Braun sind die Grundfarben im hochüppigen Inneren des zum zweiten Male (für insgesamt 40 Millionen) teuer und langwierig renovierten „Theater des Westens". Neue Prächtigkeit herrscht vor, wenn auch nicht von Grützke. Die alte Berliner Operettenremise ist nicht wiederzuerkennen. Innenarchitektonisches *Zuckerwerk überall*.

Über dem Parkett ist neuerdings eine gewaltige Lyra angebracht. Das pompös schwebende Ding wirkt wie eine gewaltige Gewitterwolke, ein schier bedrohliches Schmuckstück der geschmacklich außer Rand und Band geratenen letzten Jahrhundertwende. Das Ding wird, wenn die Lichter in diesem Prunktheater endlich ausgehen, vorsorglich an die Decke nach oben gehievt. Es parkt dort bis zur Pause in der Nähe des neuen, saftig und kraß ausgemalten Deckengemäldes.

Man registriert: Die Sitze sind ebenfalls erneuert. Sie knarren nicht mehr. Danke! Der ehemals knappe Beinraum ist gnädig erweitert. Auch dafür ist man dankbar. Eine leichte *Steigung der Reihen ist eingebaut*. Man kann besser sehen. Nur die Pausenklingel fällt aus. Die hat die mit allen modernen Effekten ausgestattete Technik offenbar vergessen. Sonst funktioniert die radikal erneuerte Theaterbonbonniere erstaunlich. *Man hat dauernd, sich umschauend*, eine Überportion Zuckerguß im Munde.

Zur Bühne blickend, erlebt man, wenn auch bei der Eröffnungsvorstellung des Zuckerhauses sich dramatisch sonst wenig bewegte, technisch immerhin doch wieder Erkleckliches. *Mit Spiegelwänden wird träumerisch* gespielt. Verwandlungen sind nicht mehr ausführlich nötig. Projektionen verschieben sich simultan. Ton und Licht werden von offenbar supergenau arbeitenden Mischtischen aus in Stellung gebracht. Die Szene funktioniert technisch grandios. Der Zucker im Munde gerinnt einem derweil vor Staunen.

Was spielt man als Einstand? Nun, man hat – Nostalgie auch hier! – ziemlich tief in die Mottenkiste gegriffen und das inzwischen etwas ranzig und müde gewordene Broadway-Musical der Vierziger, „Guys and Dolls" (oder wie das hier, etwas *spießig übersetzt*, heißt: „Männer, Miezen und Moneten"), ausgegraben. Den Stoff lieferte einst der Meister der radikal ruppigen *Gangstergeschichten*, Damon Runyan. Die Musik erfand, in ihrer sozusagen schmutzigen Prächtigkeit, Frank *Loesser*. Sie wirkt *heute*, so üppig wie sie vom Hausdirigenten, Rolf Kühn, intoniert wird im Big-Band-Stil, doch leicht datiert und vergangen. Ein wirklicher Ohrenwurm setzt sich kaum mehr fest.

Die Geschichte, von Bernard Shaw und Brecht zwiefach inzwischen ge*nutzt*, ist eher *bilderbuchartig*: Gangster verliebt sich in Mädchen der Heilsarmee. Die eine Welt existiert radikal und fromm. Die andere in ver*gackeierter Frömmigkeit*. Viel mehr ist nicht.

Helmut Baumann und Jürg Burth haben inszenatorisch versucht, die *simple Sache fleißig aufzupolieren*. Tetske van Ossewaarde, Silvia Fenz, Joachim Kemmer und Wolfgang Ziffer tanzen, singen und spielen die *Hauptrollen überquer. Sie sind gut* präsent. Leuchten tut keiner.

Das Ballett, von den Regisseuren selber choreographiert, stampft prima. *Immer neue Anstürme des dop*peldeutigen Tanzes, während die technisch grandiosen Prospekte sich wundersam heben, total verändern und geheimnisvoll wieder senken. Eine südamerikanische Nummer kommt uns optisch schier schlemmerhaft vor Augen. Ein Transvestitensolo sorgt für plötzlich etwas satteren Beifall.

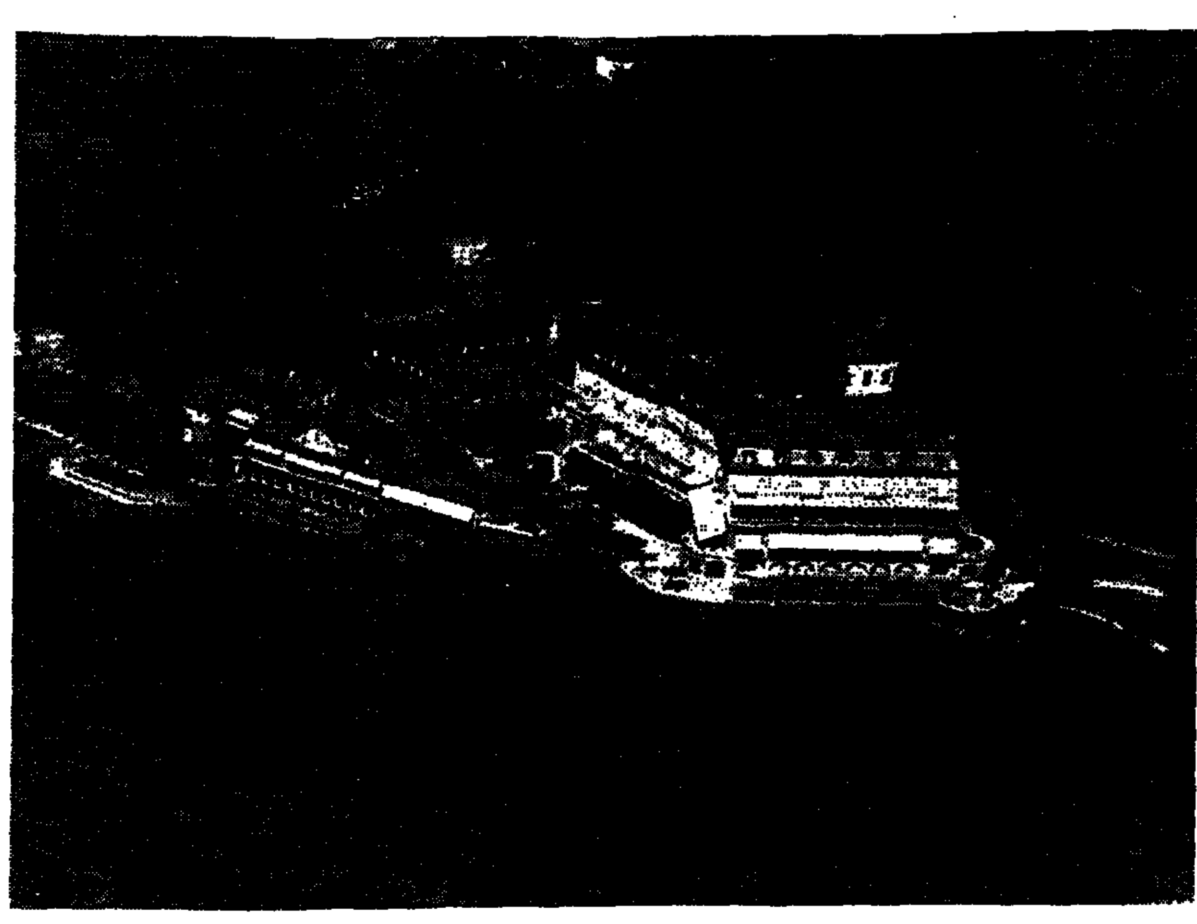
Im ganzen aber: Die schöne, verrückte Musical-Seligkeit kommt bei diesem Eröffnungsabend nicht auf. Alles klappt (bis auf die Pausenbimmel) perfekt und mit dann doch sehr laufendem Eifer. Die drei Spielstunden werden dem Beschauer schließlich empfindlich lang, zuweilen fast sauer.

Fazit: Man hat ein prunkend zukkerhaftes neues Haus. Man hat lauter technische Wundereffekte auf der Bühne. Das aber, was man spielt, kommt immer etwas wie aus dem amerikanischen Mustopf – nett zu se*hen*, sehr aufregend *nicht mehr*. Was für die Eröffnungspremiere zutrifft, gilt ja auch für den ganzen Spielplan: Immer nur amerikanische Musicals zwischen Brecht/Weill und Johann Strauß. Die richtige Operette kommt gar nicht mehr vor, nicht einmal im Januar zu Eduard Künnekes 100. Geburtstag. Dabei hatte der Meister doch gleich schräg gegenüber in der Giesebrechtstraße sein Domizil.

FRIEDRICH LUFT



Musical aus der Mottenkiste: Szene aus „Guys and Dolls" im wiedereröffneten Berliner Theater des Westens
FOTO: BINDER/THIELE



Das Hotel Petersberg (links) liegt auf einem der Hügel des Siebengebirges bei Bonn, mit Blick auf den Rhein. Der imposante Bau wurde 1912 von dem Fabrikanten Ferdinand Mülhens errichtet. Jetzt soll er nach einem Umbau der Bundesregierung als Gästehaus dienen. Bisher erfüllte Schloß Gymnich bei Bonn (rechts) diesen Zweck. Sein Besitzer, Baron von Holzschuher, stellt jetzt möglicherweise Regreßansprüche in Millionenhöhe. FOTOS: SVEN SIMON



Neues vom Streit um Bonns noble Herberge

Von EVI KEIL

Mit einer Weihnachtsüberraschung sieht sich der Haushaltsausschuß des Bundestages konfrontiert. Denn der Tag, an dem die ersten Gäste in der neuen Staatsherberge auf dem Petersberg Einzug halten, könnte auch der Zeitpunkt sein, an dem Jörg Baron von Holzschuher, der Besitzer des Schlosses Gymnich, Regreßansprüche in Millionenhöhe stellt. Gymnich ist nämlich von der Regierung als Gästehaus angemietet.

Als die Haushalter im November „grünes Licht" für den Umbau des alten Hotels Petersberg zum zukünftigen Gästehaus der Regierung gaben – Ausbaukosten ohne Möbel 103 Millionen Mark –, wußten sie nicht, daß es Regierungszusagen gibt, Gymnich weiter anzumieten. Zwei Gästehäuser aber sollten der Regierung nicht zur Verfügung stehen.

Von Holzschuher, der Gymnich zur Zeit für eine Million Mark an die Bundesregierung für Staatsgäste vermietet, machte in einem Brief an den Haushaltsausschuß darauf aufmerksam, daß er sich „die Geltendmachung eines entsprechenden Schadensersatzanspruchs zu gegebener Zeit vorbehält". Er begründet dies damit, daß es auch bei einem Ausbau des Petersberges „Zusicherungen des Herrn Bundespräsidenten, des Bundesministers des Äußeren sowie des Protokolls gegeben hat, Schloß Gymnich auch nach einem Ankauf des Hotels Petersberg weiterhin als Gästehaus anzumieten". Diese Zusicherungen wurden für ihn Grundlage erheblicher Investitionen für den Ausbau des Gästehauses Gymnich, einen *Ausbau, den er bis heute ganz auf eigene Kosten vornahm.*

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Echternach, Berichterstatter für den Petersberg im Haushaltsausschuß, zur WELT: „Das ist ein massiver Vorwurf. Das bedeutet, daß ohne Rückkoppelung mit dem Bundesfinanzminister und mit dem Haushaltsausschuß Zusagen gemacht worden sind, zu denen die Bundesregierung jetzt nicht mehr steht. Die Regierung hat uns schriftlich mitgeteilt, daß sie Gymnich nach einem Ausbau des Petersberges aufgibt. Jetzt aber stellt sich die Frage des Regresses."

Echternach zeigte sich auch äußerst befremdet darüber, daß dem Haushaltsausschuß bei seinen November-Beratungen über den Petersberg-Ausbau offensichtlich falsche Angaben über die Nutzungsmöglichkeiten von Schloß Gymnich untergeschoben wurden. Diese Angaben stehen in einem für den Haushaltsausschuß und den Bundeskanzler angefertigten Bericht. Absender: der Wohnungsbauminister.

Darin heißt es, „daß Gymnich für *die Unterbringung größerer Delegationen zu klein ist und nur unzureichende Möglichkeiten für Konferenzen und Veranstaltungen bietet*". In dem Bericht wird unter anderem behauptet, daß in Gymnich nur maximal 30 Gäste einquartiert werden könnten, und zwar in einer Präsidentensuite, vier Suiten und sieben Gästezimmern. Von Holzschuher berichtete dagegen den Haushaltern: „Richtig ist, daß in Schloß Gymnich in drei Präsidentensuiten, zwölf weiteren Suiten und 30 Gästezimmern 100 Gäste untergebracht werden können." Außerdem verfüge das Schloß über sieben Konferenz- beziehungsweise Speisesäle sowie über einen vollklimatisierten abhörsicheren Konferenzsaal mit Simultananlage und Dolmetscherkabinen.

Echternach: „Da sind massive Differenzen in den Angaben. Nun stellt sich die Frage, ob wir von der Bundesregierung richtig informiert worden sind. Ich habe von dem Bundeswohnungsbauminister und von dem Auswärtigen Amt eine Stellungnahme angefordert, ob solche Vorwürfe, wie sie hier gemacht werden, zutreffen. *Bisher ist keine Antwort* bei mir eingegangen."

Ob das neue Jahr grünes oder rotes Licht für den Petersberg bringt, steht also jetzt noch dahin. Unter dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde 1979 der Berg samt Hotel, das 1912 vom Kölner Fabrikanten Ferdinand Mülhens („4711"), erbaut worden ist, für 18,5 Millionen Mark angekauft. Im November 1979 wurde nach einem „beschränkten Architektenwettbewerb" der Zuschlag für den Ausbau des neuen Gästehauses an die Architektengruppe Professoren Linde, Kramer, Luz erteilt. Den Innenausbau soll Frau Professor Witzemann vornehmen. Dies übrigens ist nach Jürgen Echternach „keineswegs sicher". Der Innenausbau soll mindestens zehn Millionen Mark kosten, vorausgesetzt, die elf Bundesländer beteiligen sich in großzügiger Weise mit Möbeln und Kunstgegenständen. Echternach hält sonst Innenausbaukosten „bis zu 30 Millionen Mark" für denkbar.

Das bauliche Gestaltungskonzept, wie es in einem Bericht der Bundesbauverwaltung 1984 für das Auswärtige Amt vorgelegt wurde, sieht vor, „die vorhandenen Gebäudegruppen" im wesentlichen zu erhalten. Gästeunterkunft wird der frühere Hoteltrakt. Das zukünftige Gästehaus ist nach den derzeitigen Planungen aber keineswegs größer als Gymnich: Vorgesehen sind hier eine Präsidentensuite, zehn Einzelsuiten, 45 Einzelzimmer, ein Appartement, kleine Speise- und Aufenthaltsräume, ein Fitness-Center.

Bindeglied zwischen der zukünftigen Gästeunterkunft und den Rheinterrassen, in denen ein großer Speisesaal, Kapazität 200 Gäste, untergebracht werden soll, wird ein Empfangssaal werden, der völlig neu, nach Westen zum Rhein hin, als Rotunde geplant ist. Er hat Elemente des Jugendstils und soll bis 400 Gästen Platz bieten. Echternach: „Das wird noch mal ein Streitpunkt werden, ehe wir die ersten Gelder für den Petersberg entsperren."

Die zu erwartenden Kosten für Ver- und Entsorgung belaufen sich auf jährlich 2,7 Millionen Mark. Für die Betriebskosten des Gästehauses – es soll eine Bundes-GmbH gegründet werden, die dann einen Hotelier mit der Führung des Hauses beauftragt – werden zur Zeit Bundeszuschüsse in Höhe von einer Million Mark jährlich eingeplant. Echternach verlangt für die „vielen toten Zeiten" auch eine „privatwirtschaftliche Nutzung des Gästehauses, um die Kosten zu senken". Das Auswärtige Amt lehnt dies jedoch kategorisch ab.

Die laufenden Kosten im Jahr für die Sicherung des Petersberges wurden zunächst einmal mit 1,6 Millionen Mark veranschlagt, zuzüglich 780 000 Mark für Bekleidung und Waffen. Für Sicherheitsstufe I und II seien 216 Mann nötig.

Finnwal in der Nordsee verendet

AP, Husum

Nur eine normale Flut hätte nach Einschätzung von Zoologen den gestern früh etwa eineinhalb Seemeilen westlich der Hamburger Hallig an der schleswig-holsteinischen Küste verendeten Finnwal retten können. Der seit Tagen wehende Ostwind verhinderte jedoch ein normales Ansteigen des Wassers. Wolfhardt Schulz vom Institut für Haustierkunde der Universität Kiel bezifferte das Gewicht des 19 Meter langen Wals auf 40 bis 60 Tonnen. Wasserschutzpolizei und Zoll hatten wechselweise die Bewachung des gestrandeten Tieres übernommen, konnten um vier Uhr früh aber nur noch den Tod des Tieres feststellen. Jetzt soll der Wal nach Husum geschleppt und zerlegt werden. Vor etwa zwei Wochen war schon einmal ein Pottwal in der Wesermündung gestrandet. In der vergangenen Woche wurde einem Zwergfinnwal vor der Insel Neuwerk das Niedrigwasser zum Verhängnis.

Weihnacht für Giftmischer

AFP, Tokio

Die seit zehn Monaten im Raum Tokio aktive Erpresserbande, die mehrere Nahrungsmittelfirmen durch Vergiftung ihrer Produkte zu erpressen sucht, will von einem ihrer Opfer ein Lösegeld von umgerechnet 1,2 Millionen Mark erhalten haben. In einem Brief kündigten die Kriminellen jetzt einen Weihnachtsurlaub an. Die Polizei solle sich *ausruhen*, da sie *nach dem 15. Januar* wieder viel Arbeit erwarte.

48 000 Gefangene

AP, Wiesbaden

Die Zahl der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in den 166 Strafvollzugsanstalten des Bundesgebietes lag am 31. März 1983, dem Stichtag der jüngsten Erhebung, mit 48 243 um 5,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Mit acht Prozent erhöhte sich die Zahl der Ausländer und Staatenlosen am stärksten. 44 Prozent der Einsitzenden wurden zu einer Haft bis zu einem Jahr verurteilt.

Feuer in Schießstand

dpa, München

Bei einem Brand in der Schießanlage des Münchner Polizeiverwaltungsamtes sind gestern zwei Arbeiter ums Leben gekommen. Während der Erneuerung des Bodenbelags hatte sich der Klebstoff durch ein elektrisches Gerät entzündet. Ein weiterer Arbeiter schwebt in Lebensgefahr.

Einwohner kehren zurück

AFP, Bhopal

Nach dem problemlosen Beginn der Giftneutralisierung sind gestern zahlreiche Einwohner von Bhopal wieder in ihre Häuser zurückgekehrt. Die für den Notfall über dem Werk kreisenden Hubschrauber wurden nicht benötigt.

Brandstiftung bei Siemens

rtr, Frankfurt

Ein durch Brandstiftung verursachtes Feuer in einer Lagerhalle der Firma Siemens im Frankfurter Stadtteil Rödelheim hat gestern einen Sachschaden von zehn Millionen Mark verursacht. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann leicht verletzt.

ZU GUTER LETZT

„Zwischen zwanzig und 40 riecht man am besten". Überschrift einer AFP-Meldung über US-Forschungen zum Zusammenhang zwischen Alter und Geruchssinn.

Neue Schnellbahntrasse

Köln–Frankfurt in Stundenfrist / Anschluß nach Paris?

PETER ZERBE, Frankfurt

Im Jubiläumsjahr der Eisenbahn in Deutschland werden erneut Pläne für die Zukunft geschmiedet: Nach dem Vorbild unseres Nachbarn Frankreich soll auch in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2000 eine reine Reisezug-Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Köln und Frankfurt entstehen. In der Hauptverwaltung der Bundesbahn beginnen jetzt Wissenschaftler und Eisenbahn-Ingenieure mit entsprechenden Untersuchungen.

Wie aus der Hauptverwaltung zu hören war, sind es Wünsche der Bonner Politiker, die den Ausschlag für das Projekt gaben. „Damit ist noch nichts über die Realisierung gesagt, aber wir wollen den Fuß rechtzeitig in der Tür haben", erklärte ein Experte gegenüber der WELT. Die 220 Kilometer lange Strecke soll dabei nach Möglichkeit ohne Zwischenhalt durchfahren werden. Die Reisezeit könnte dann bei Einsatz der neuen Höchstgeschwindigkeitszüge, die bis zu 250 Kilometer in der Stunde fahren sollen, weniger als 60 Minuten betragen. In Verbindung mit den anderen Neubaustrecken, Hannover–Würzburg (327 Kilometer), Mannheim–Stuttgart (99 Kilometer) und Karlsruhe–Basel (188 Kilometer) soll unter Umständen ein neues Fernreisezugnetz wachsen, das dann in etwa dem heutigen IC-Netz entspricht. Bei den bisherigen Neubaustrecken und den Ausbaustrecken werden zwar deren Kurven begradigt und schienengleiche Bahnübergänge beseitigt, doch werden auf diesen Strecken auch Schnellgüterzüge mit 120 Stundenkilometer verkehren. Die neue Superlinie Köln–Frankfurt hingegen ist nur für Reisezüge vorgesehen.

Damit nimmt die Bundesbahn erstmals in ihrer Geschichte Abschied vom gemischten Betrieb, also Reise- und Güterzüge zusammen auf einer Strecke. Für die schnellen Güterzüge sind entsprechende Ausweichmöglichkeiten vorgesehen. Bei den Untersuchungen für die neue Strecke Köln–Frankfurt wird davon ausgegangen, daß die reinen Reisezüge größere Steigungen bei gleichbleibender Geschwindigkeit bewältigen können. Das bedeutet, die Bahn muß weniger Geld für den Bahnkörper aufwenden. So manche lange Brücke kann dann niedriger und kürzer, also billiger werden. „Im Vergleich zu den anderen Neubaustrecken können wir dann voraussichtlich von erheblich geringeren Kosten ausgehen", hieß es.

Als Planungsvariante wird angestrebt, und dies auch auf Bonner Wunsch, einen Anschluß nach Paris herzustellen. Dies soll entweder über Köln oder Frankfurt erfolgen und einen gemeinsamen Einsatz von französischen und deutschen Triebzügen ermöglichen. Die Züge müßten dann allerdings umgerüstet werden, damit beide auch die jeweils unterschiedlichen Stromsysteme nutzen können.

Also formulierte der Herr Studienrat eine wichtige Frage

DW. Bonn

Der Bundestagesabgeordnete Herbert Werner, Oberstudienrat außer Diensten, formulierte folgendes Anliegen für eine Fragestunde des Deutschen Bundestags (Bundesdrucksache 10/2587, Frage 25):

„Hält die Bundesregierung Berechnungen für zutreffend, nach denen der von ihr geplante Steuerfreibetrag von 2484 DM jährlich je Kind und der ergänzende Kindergeldzuschlag bis zu 45 DM monatlich schwergewichtig für Erstkinder wirksam werden und im Ergebnis im Vergleich zum Leistungsstand des Familienlastenausgleichs in 1981 insbesondere zu erhöhten Entlastungen für Einkindfamilien ab gehobenen zu Zweikinderfamilien mit sehr hohen Einkommen führen, während Familien mit einem Kind mit bis zu mittleren Einkommen, mit zwei Kindern mit bis zu gehobenen und mit drei und mehr Kindern mit bis zu höchsten Einkommen bei etwa gleich hoher Finanzmasse durch eine ausgewogene Kombination von Kindergelderhöhungen unter Beseitung der Einkommensgrenzen, bescheiden erhöhten Steuerfreibeträgen und Wohngeldverbesserungen wesentlich stärker entlastet werden könnten?"

Die Bundesregierung hat noch nicht geantwortet. Sie soll sich noch auf der Suche nach dem Sinn dieser Frage befinden. Der 41jährige Pädagoge unterrichtete früher in Ulm Geschichte und Englisch.

LEUTE HEUTE

Entlassen

Der weltbekannte Kriminalautor **Georges Simenon** hat gestern die Universitätsklinik Lausanne verlassen. Wie die Klinikleitung mitteilte, sei Simenon nach der Operation eines gutartigen Gehirntumors wieder wohlauf. Der seit 1955 in der Schweiz lebende belgische Schriftsteller wird im Februar 82 Jahre alt.

„Morbus Mohl"

Auch das Fernsehen kann Krankheiten übertragen, glaubt der Essener Kommunikationswissenschaftler **Horst Merscheim**. In seiner Doktorarbeit zum Thema Medizin und Fernsehen schildert er den „Morbus Mohl", benannt nach dem Leiter der ZDF-Gesundheitssendung „Gesundheitsmagazin Praxis", **Hans Mohl**. Die Krankheit äußere sich in zahlreichen Patienten, die am Tage nach der ZDF-Sendung in die Arztpraxen kämen und glaubten, sie hätten die geschilderten Krankheiten selbst.

Lottoglück

Vor acht Jahren gewann **Erika Earhart** in der Lotterie des US-Bundesstaates Maryland eine Million Dollar. Sofort ließ sich ihr Mann scheiden und bekam hohe Alimente sowie die Tochter zugesprochen, die Gerichtskosten zahlte die Gewinnerin. Zwei teure Beinoperationen beeinträchtigten darüber hinaus ihren heutigen Barkeeper-Job. Lakonischer Kommentar: „Hätte ich das geahnt, hätte ich den Schein zerrissen."

Graf v. Galen verhaftet

Betrugsverdacht gegen früheren Bankmanager verdichtet

DW. Frankfurt

Unter dem dringenden Verdacht umfangreicher Betrügereien im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Privatbank Schröder, Münchmeier und Hengst (SMH-Bank) im Herbst 1983 ist der frühere persönlich haftende Gesellschafter der Bank und ehemalige Vorsitzende des Frankfurter Börsenvereins, Ferdinand Graf von Galen, am Sonntag nachmittag auf offener Straße im Frankfurter Bankenviertel festgenommen worden. Zur gleichen Zeit wurden auch der persönlich haftende ehemalige Gesellschafter der SMH-Bank, der 49jährige Hans Lampert, in seinem Haus in Kronberg sowie der zur Geschäftsführung gehörende 43jährige Wolfgang Stryg in Königstein festgenommen.

Unter anderem wird Galen und seinen beiden Mitgesellschaftern von der Frankfurter Staatsanwaltschaft vorgeworfen, trotz eindeutiger Warnungen des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen und schwacher Sicherungen der inzwischen in Konkurs gegangenen Mainzer Baumaschinengruppe IBH Kredite bis 950 Millionen Mark eingeräumt zu haben. Ferner sollen sie annähernd 500 Millionen Mark durch betrügerische Machenschaften zu Lasten von Refinanzierungsbanken beschafft haben.

Besonders schwerwiegend ist der Vorwurf, die SMH-Bank habe einen „Prospekt-Betrug" begangen, indem sie versuchte, mit falschen Bilanzangaben an der Börse eingeführt zu werden.

Galen hatte nach dem Zusammenbruch seiner Bank zunächst als vorbildlicher Schuldner gegolten, als er nach und nach 50 Millionen Mark aus seinem Privatvermögen zur Deckung dringlichster Verpflichtungen beisteuerte. So verkaufte er aus dem Familienbesitz ein Wasserschloß, ein Zwölf-Zimmer-Landhaus im niedersächsichen Dinklage und seine Frankfurter Villa im Prominentenviertel Lerchesberg. Ein erster Verdacht fiel auf den adligen Banker, als bekannt wurde, daß er seiner Frau wenige Monate vor dem Bankzusammenbruch rund 30 Millionen Mark für deren Anteile an der SMH-Bank gezahlt haben soll. Das Vermögen seiner Frau, einer geborenen Hengst, soll noch einmal rund 50 Millionen Mark betragen.



Auf offener Straße verhaftet: Ferdinand Graf von Galen. FOTO: WOLF P. PRANGE

WETTER: Naßkalt

Wetterlage: Atlantische Tiefausläufer überqueren Deutschland, die mitgeführte etwas mildere Meeresluft verdrängt im Laufe des Tages die in den Norden und Osten eingeflossene kalte Festlandsluft.



Vorhersage für Dienstag:
Östlich der Weser bedeckt, Niederschläge von Schnee in Regen übergehend, später Übergang zu wechselnder Bewölkung, vereinzelt Schauer. Temperaturen zwischen 2 Grad im Osten und 7 Grad im Westen. In der Nacht zum Mittwoch von Westen her Eintrübung und Regen. Temperaturen im Westen 3, im Osten um null Grad, Straßenglätte. Mäßiger im Küstengebiet frischer Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten:
Unbeständig mit weiteren Regenfällen, naßkalt.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	-4°	Kairo	18°
Bonn	5°	Kopenh.	1°
Dresden	-1°	Las Palmas	19°
Essen	4°	London	8°
Frankfurt	4°	Madrid	6°
Hamburg	-4°	Mailand	6°
List/Sylt	-1°	Mallorca	15°
München	4°	Moskau	-9°
Stuttgart	5°	Nizza	13°
Algier	16°	Oslo	-3°
Amsterdam	4°	Paris	5°
Athen	15°	Prag	-2°
Barcelona	13°	Rom	16°
Brüssel	5°	Stockholm	-5°
Budapest	-1°	Tel Aviv	19°
Bukarest	1°	Tunis	17°
Helsinki	-7°	Wien	-3°
Istanbul	8°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 8.24 Uhr, Untergang: 16.15 Uhr; **Mondaufgang**: 4.35 Uhr, Untergang: 14.07 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Reue über die Autobahnvignette?

IRENE ZÜCKER, Genf

Gestern haben französische Lastwagenfahrer, unterstützt von Schweizer Kollegen, ihre angekündigte 24stündige Blockade schweizerisch-französischer Grenzübergänge für den Schwerverkehr durchgeboxt, dies aus Protest gegen die Schwerverkehrsabgabe, die sie vom kommenden Jahr an in der Schweiz bezahlen müssen.

Doch die Suppe wurde nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht worden war: Von den 68 Zollstellen wurden 20 Grenzübergänge für LKWs gesperrt, zwölf im Raum Genf und sechs bei Basel.

Bei den Zollämtern Richtung Italien, Österreich und Deutschland blieben die Blockaden aus. Die deutschen Lastwagenfahrer waren von ihrem Verband aufgefordert worden, an den Protestaktionen nicht teilzunehmen.

Die Blockade wurde von der Schweizer Regierung offiziell verurteilt; sie will auf jeden Fall an der Schwerverkehrsabgabe festhalten und sich durch Blockaden nicht unter Druck setzen lassen.

Doch die entschiedene Haltung der Regierung kann nicht darüber hinweghelfen, daß sich heute viele Schweizer getäuscht fühlen. Sie vertreten die Ansicht, man habe dem Bürger vor der Volksabstimmung vom 28. Februar 1984 Sand in die Augen gestreut, indem dargelegt wurde, daß durch die Erhebung dieser neuen Steuer mit dem Ausland keine Schwierigkeiten entstünden.

Die Autobahnvignette wie die Schwerverkehrsabgabe wurden im Abstimmungskampf vor allem als eine von mehreren innenpolitischen Maßnahmen innerhalb eines Gesamtpaketes zur Sanierung der leeren eidgenössischen Bundeskasse dargestellt, wobei von „Opfersymmetrie" gesprochen wurde. Viele „Stimmbürger", die sich auf italienischen und französischen Autobahnen über die happigen Abgaben ärgern, haben sich aus nationalem Bewußtsein heraus für die Bezahlung dieser neuen Schweizer Steuer entschieden, ohne die Tragweite der außenpolitischen Schwierigkeiten zu realisieren.

Erst nach der Abstimmung gab es für viele ein böses Erwachen. Vor allem durch die deutschen Proteste wurde vielen Eidgenossen erst richtig klar, wie stark ihr Entscheid dem gesamteuropäischen Willen für eine koordinierte Verkehrspolitik und der Gebührenabschaffung zuwiderlaufe.

Die Regierung muß sich heute den Vorwurf gefallen lassen, daß sie vor der Abstimmung die wirkliche Situation verschleiert und sich mit dem Ausland zu wenig abgesprochen habe. Doch Bern weist diesen Vorwurf zurück mit dem Hinweis, es habe zum Beispiel 1983 die europäischen Verkehrsminister und Brüssel informiert. Damals sei von den Nachbarstaaten zwar nicht mit „Begeisterung" auf die geplante Verkehrsabgabe reagiert worden, doch niemand habe gewarnt und versucht, die Vorlage zu stoppen, was zu diesem Zeitpunkt noch möglich gewesen wäre.

Heute liegt der Handlungsspielraum der Schweizer Regierung praktisch bei null. Sie ist ausführende Behörde eines Volksentscheids, einer neuen Verfassungsbestimmung. Diese könnte zwar durch eine parlamentarischen Vorstoß geändert werden – ein dornenvoller Weg von drei Jahren.

Die Schweizer fühlen sich in der Zwickmühle: Deutschland und Finnland haben offiziell gegen die Schwerverkehrsabgabe protestiert. Doch auch Frankreich will sich noch wehren und Italien überdenkt die Möglichkeit, Schweizer Lkw zu besteuern.

Araber können sich ihren Harem nicht mehr leisten

Statt viele Frauen auf einmal haben sie viele nacheinander

PETER M. RANKE, Kairo

Die Regierungen der arabischen Golfstaaten haben ihren Kampf gegen fremde, vor allem westliche Einflüsse verschärft. Schüler und Studenten in Saudi-Arabien sollen keine europäische Kleidung mehr tragen, Hotels keine Ausländer mehr beschäftigen. Damit dürften Filipinos und Pakistani, Südkoreaner und Singhalesen ihren Arbeitskontrakt verlieren.

Die Regierung von Kuwait hat Hochzeiten zwischen Kuwaitis und ausländischen Mädchen untersagt. Bei den leichten Scheidungsgebräuchen im Islam sind verstoßene Ausländerinnen zu einem Problem in einem Scheichtum geworden, in dem nur 35 Prozent der 150 000 Staatsangestellten wirkliche Kuwaitis sind.

Auch andere Golfstaaten lassen keine ausländischen „Bräute" mehr zu. Der saudische König Fahd hat die jungen Männer aufgefordert, einheimische Mädchen zu heiraten; sie seien ebenso hübsch wie die Ägypterinnen und zudem mit den saudiarabischen Tugenden vertraut. Scheich Abdul Aziz Ibn Baz hat in Mekka einen Fonds gegründet, der bis zu 7000 Dollar an junge Freier zahlt, die ein einheimisches Mädchen ehelichen.

In Qatar wird es ähnlich gehandhabt. Die Tatsache, daß am Golf so viele Ägypterinnen und Pakistani-Mädchen geheiratet werden, liegt an deren niedrigen Brautpreisen. Oman hat das Brautgeld auf höchstens 1800 Dollar festgesetzt.

In den „Vereinigten Emiraten" müssen dagegen bis zu 70 000 Dollar bezahlt werden. Kein Wunder, daß vor allem Ägypterinnen bevorzugt wurden, die schon von Agenturen vermittelt werden.

Die arabischen Regierungen fürchten auch die sozialen Folgekosten, wenn der oft viel ältere Mann stirbt oder die ausländische Frau verstößt. Vor allem Männer über 60 heiraten ausländische Mädchen unter 20, um sie bald wieder zugunsten einer neuen Frau zu verstoßen. Das ist billiger als ein Harem. (SAD)

